



Erster Saarländischer Familienreport

Februar 2017

Impressum

Herausgeber

Organisationsberatungsinstitut Thüringen – ORBIT e. V.

Arvid-Harnack-Straße 1

07743 Jena

www.orbit-jena.de

Telefon: (+ 49) 03641 / 636 99 16

Fax: (+ 49) 03641 / 636 99 17

Verantwortlich

Ines Morgenstern

Kerstin Fieber-Martin

Luzia Rosenstengel-Kromke

Lisa Ihle

INHALT

A. Vorwort der Ministerin	6
B. Einleitung.....	8
1 Familien im Spiegel der Statistik.....	10
1.1 Allgemeines	10
1.2 Geburten und Familienformen	11
1.3 Seniorinnen und Senioren	14
1.4 Ausländische Bevölkerung, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete	15
1.5 Bevölkerungsentwicklung	17
2 Einrichtungen und Dienste	19
C. Befunde	21
1 Wohnen und Mobilität	22
1.1 Einleitung	22
1.2 Wohnen und Lebensformen.....	23
1.3 Wohnen im Alter	28
1.4 Mobilität.....	30
1.5 Zusammenfassung.....	34
2 Finanzielle Situation	35
2.1 Einleitung	35
2.2 Einkommenssituation insgesamt	36
2.3 Einkommenssituation unter Berücksichtigung von Haushaltsgrößen und -formen	38
2.4 Armutsrisiko.....	44
2.5 Zusammenfassung.....	49
3 Dialog der Generationen	50
3.1 Einleitung	50
3.2 Generationendialog	51
3.3 Ehrenamtliches Engagement.....	56
3.4 Mitbestimmung.....	60
3.5 Pflege.....	62
3.6 Zusammenfassung.....	65

4	Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf	67
4.1	Einleitung	67
4.2	Familie und Familienmodelle	68
4.3	Elternzeit - Wiedereinstieg in den Beruf - Arbeitszeit.....	71
4.3.1	Elternzeit.....	73
4.3.2	Wiedereinstieg in den Beruf – arbeitgeberseitige Unterstützungsmaßnahmen	75
4.3.3	Arbeitszeit.....	81
4.4	Kinderbetreuung	83
4.5	Pflege	86
4.6	Zusammenfassung	88
5	Beratung und Unterstützung	89
5.1	Einleitung	89
5.2	Familiäre Beratung und Unterstützung	90
5.3	Präventive Beratungs- und Unterstützungsleistungen	92
5.4	Einflussnehmende Beratungs- und Unterstützungsleistungen.....	96
5.4.1	Kinder- und Jugendhilfe	97
5.4.2	Menschen mit Migrationshintergrund.....	104
5.5	Menschen mit Behinderung	106
5.6	Pflegeberatung	107
5.7	Zusammenfassung	110
D.	Handlungsempfehlungen	111
1	Mehr Service und verbesserte Unterstützung für Familien aus einer Hand ..	112
2	Den Generationendialog fördern und Generationengerechtigkeit herstellen	113
3	Durch fachliche Steuerung die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln...	114
4	Unterstützungssysteme verzahnen und ausbauen	115
5	Wohnen für Familien und ältere Menschen thematisieren.....	116
6	Mobilität in jedem Alter ermöglichen	116
7	Armutsprävention fortführen	117
8	Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf weiterentwickeln.....	118
9	Beratung und Unterstützung niedrigschwellig gestalten	120

Abbildungsverzeichnis.....	121
Tabellenverzeichnis.....	123
Literaturverzeichnis	124
Anlagen.....	142

A. VORWORT DER MINISTERIN

„Unser Saarland – unsere Zukunft – unsere Familien“

unter diesem Motto steht das aktuelle familienpolitische Programm des Saarlandes, mit dessen Umsetzung wir ein Zeichen für ein modernes und familienfreundliches Saarland setzen und eine Zukunftsinitiative für unser Land starten wollen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Programms ist auch die Erstellung eines saarländischen Familienreportes, dessen erste Ausgabe Sie nun in den Händen halten.

Für eine Familienpolitik nahe an den Menschen und deren Lebenswirklichkeiten ist es wichtig, um deren Sorgen, Nöte, aber auch um deren Engagement und Möglichkeiten zu wissen.

Wie leben Familien im Saarland? Wie sieht ihr Alltag aus? Wir alle haben unsere Bilder und Vorstellungen von den Familien im Saarland. Wir wollten es jedoch genau wissen und haben deshalb zum 1. Juli 2015 das thüringische Institut ORBIT e.V. mit der Erstellung eines Gutachtens auf sozialwissenschaftlicher Basis beauftragt.

Mit dem vorliegenden Familienreport haben wir Neuland betreten und im Rahmen einer repräsentativen Familienbefragung über 5000 Familien die Möglichkeit gegeben, uns ihre Lebenswirklichkeiten zu schildern: Was unterstützt und was behindert Familien im Saarland? Mit welchen Sorgen und Nöten beschäftigen sie sich?

Neben den Familien als Experten in eigener Sache haben wir in vier Dialogkonferenzen weitere saarländische Akteure zum Thema Familie zu Wort kommen lassen. Wir haben dazu Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden, der Familienverbände, der Wohlfahrtsverbände, der Beratungsstellen, der Familienzentren, der Politik, der Kirchen, der Gewerkschaften, der Unternehmen, der Kammern sowie der lokalen Bündnisse für Familie eingeladen. Mit diesen Experten haben wir die Themen „Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“, „Zusammenleben der Generationen“ und „Neue Familien braucht das Land“ besprochen und gemeinsam -ausgehend von einer Bestandsanalyse- Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Verbesserung im Sinne eines familienfreundlichen Saarlandes diskutiert.

Zudem werden die saarländischen Befunde im vorliegenden Familienreport mit den bundesweiten Entwicklungen und mit den sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen ins Verhältnis gesetzt.



Eines darf ich Ihnen bereits vorab verraten: ein großer Teil der Familien lebt gerne im Saarland und findet das Saarland liebens- und lebenswert! Gleichzeitig besteht aber auch noch Verbesserungs- und Entwicklungspotenzial, das es zu nutzen gilt. Hierzu muss auch die Politik ihren Beitrag leisten. Familienpolitik muss an den Bedürfnissen der Familien ansetzen und ihren veränderten Lebenswelten Rechnung tragen.

Der erste saarländische Familienreport gibt der Familienpolitik im Saarland wertvolle Hinweise und Impulse.

Familien haben heute vielfältige Aufgaben und stellen sich großen Herausforderungen: Von der Erziehung der Kinder über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zur Pflege hilfsbedürftiger älterer oder behinderter Familienmitglieder. Wir wollen es jedem Einzelnen leichter machen, sich bewusst und mit Nachdruck für Familie zu entscheiden. Dazu sind finanzielle Sicherheit und Stabilität, eine gute soziale Absicherung, Zeit füreinander und miteinander und familienergänzende und familienunterstützende Angebote unverzichtbar.

Aufgabe von Gesellschaft und Politik ist es, Familien bei der Verwirklichung ihrer breit gefächerten Lebens- und Familienentwürfe zu unterstützen. Wir wollen Gestaltungsspielräume für Familien schaffen, die Entwicklungschancen von Kindern fördern, die Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen und gute Rahmenbedingungen für ein generationengerechtes Miteinander herstellen.

Familienpolitik ist immer auch Querschnittsaufgabe durch alle Politik- und Gesellschaftsbereiche. Gute Familienpolitik muss sich daran messen lassen, inwieweit es ihr gelingt, den Familien im Land wirtschaftliche Stabilität, Wahlfreiheit, Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zu ermöglichen.

Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten.

Ihre

Monika Bachmann

B. EINLEITUNG

*„Wir können den Wind nicht ändern,
aber wir können die Segel richtig setzen.“*
(Aristoteles)

Die Gesellschaft befindet sich im steten Wandel. Je vielfältiger das Zusammenleben der Generationen wird, desto komplexer werden die politischen Anforderungen an eine familienfreundliche Region. Das **SAARLAND** hat diese Herausforderung angenommen und im Koalitionsvertrag (2012-2017)¹ wichtige Weichen für die Entwicklung und den Ausbau familienpolitischer Maßnahmen gestellt. Zu erwähnen sind hierbei insbesondere die Etablierung einer „Servicestelle- und Kompetenzstelle für Familien“, die Weiterentwicklung der „Frühen Hilfen“, der Ausbau der „Lokalen Bündnisse für Familien“ und der „Mehrgenerationenhäuser“ sowie die Erarbeitung des Programms „Gesund alt werden im **SAARLAND**“. Die Landesregierung ging jedoch noch einen Schritt weiter und stellte im Jahr 2015 unter dem Leitspruch **„Unser SAARLAND – unsere Zukunft – unsere Familien“** das Programm **„Familienfreundliches SAARLAND 4.o“**² vor. Familienpolitik wird darin auch als Standortpolitik begriffen. Um das **SAARLAND** noch familien-, kinder- und seniorenfreundlicher zu gestalten, setzt die **saarländische** Landesregierung auf die aktive Teilhabe aller Generationen und auf die Förderung deren Eigenverantwortlichkeit bzw. die Eigenständigkeit der Familien. Unterstützend und anstoßend will das Land die Belange aller Generationen und aller Familienformen aufgreifen und auf die Bedürfnisse der Zukunft zuschneiden. Beispielhaft seien hier die Entwicklung einer **saarländischen** „Familien-App“ sowie die Erprobung „virtueller Mehrgenerationenhäuser“ genannt. Auch die weitere Etablierung bzw. Verstetigung der Strukturen „Frühförderung Plus“ und „Frühe Hilfen PLUS“ sowie die Einführung eines Landessiegels „Familienfreundliche Kommune“ sollen dem Menschen sowohl innerhalb seiner persönlichen Strukturen, aber auch im Bezirk oder Wohnort Teilhabe und einfachere Rahmenbedingungen zur Gestaltung des Alltags verschaffen.

Auch der hier vorliegende **erste saarländische Familienreport** stellt einen Schwerpunkt des familienpolitischen Programms dar. Mit dieser Maßnahme soll eine fortwährende Familienberichterstattung des Landes begonnen werden. Inhaltlich fokussiert sich der Report in seiner ersten Auflage auf den sozialpolitischen Bereich mit allen familienpolitischen Maßnahmen, Einrichtungen/Diensten sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen. Geplant ist, vor dem Hintergrund einer kontinuierlichen Fortschreibung, den bildungspolitischen Bereich als institutionalisierte Betreuung von Kindern im Rahmen der zweiten Auflage in den Fokus zu rücken. Der aktuelle Report stellt die Situation von Familien im **SAARLAND** dar. Im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsweise werden die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Voraussetzungen der **saarländi-**

¹ Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2012–2017).

² Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015). Unser Saarland – unsere Zukunft – unsere Familien. Familienfreundliches Saarland 4.o.

schen Familien beleuchtet und Handlungsimpulse zur Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit im **SAARLAND** abgeleitet. Die Basis dafür bildeten verschiedene wissenschaftliche - hauptsächlich partizipative und dialogisch orientierte - Methoden, welche im Folgenden kurz vorgestellt werden.

Zum Auftakt des Prozesses fand eine umfangreiche Sammlung sowie Analyse soziostruktureller und demografischer Daten statt. Ziel war es, ein umfassendes Bild über alle relevanten Aspekte des Themas Familie zu erhalten. Dazu gehörten unter anderem Daten zur finanziellen und beruflichen Situation, Kinder- und Jugendhilfestatistiken, Wohnsituation und Kinderbetreuung. Parallel zur Analyse der soziostrukturellen und demografischen Daten wurden bundesweite relevante Studien und Dokumentationen sowie gut funktionierende Beispiele (Best-Practice) zum Thema recherchiert. Für die Bestandsaufnahme interessierten ebenfalls alle bestehenden **saarländischen** familienpolitischen Maßnahmen sowie Einrichtungen und Dienste. Darüber hinaus verfügt das **SAARLAND** über eine Reihe von Verordnungen, Richtlinien und Förderprogrammen zur Stärkung der Familienfreundlichkeit, die ebenfalls recherchiert, gesichtet und für die Einordnung aller Ergebnisse sowie der Ableitung von Handlungsempfehlungen aufbereitet wurden. Den Hauptschwerpunkt bildete die schriftliche Befragung von über 5.000 **saarländischen** Haushalten. Mit dem Ziel eines breiten partizipativen Ansatzes wurden die zufällig ausgewählten Haushalte gebeten, Auskunft über verschiedene aktuelle Lebensbereiche wie Wohnen, berufliche und finanzielle Situation, Vereinbarkeit, Pflege sowie Beratung und Unterstützung zu geben. Mit einer Rücklaufquote von 16 % liegen erstmalig repräsentative Ergebnisse zur Familienfreundlichkeit im **SAARLAND** vor. In insgesamt vier Dialogkonferenzen diskutieren verschiedene **saarländische** Akteurinnen und Akteure die Ergebnisse aus der schriftlichen Haushaltsbefragung. Hierbei ging es hauptsächlich um die Einordnung der Erkenntnisse vor dem Hintergrund der eigenen praktischen Tätigkeit sowie darum, auf Herausforderungen oder bereits bestehende gute Ansätze aufmerksam zu machen.

Der vorliegende Familienreport besteht aus insgesamt drei Teilen. Das Kapitel B beschäftigt sich neben den einleitenden Worten mit einer kurzen statistischen Einordnung des Themas Familie sowie einer Übersicht der bestehenden **saarländischen** Einrichtungen und Dienste. Im Teil C folgt die Darstellung der gewonnenen Erkenntnisse aus der schriftlichen Befragung, den Dialogkonferenzen sowie den bundesweiten wissenschaftlichen Ergebnissen thematisch geordnet in folgende Kapitel:

- Wohnen und Mobilität,
- Finanzielle Situation,
- Dialog der Generationen,
- Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf,
- Beratung und Unterstützung.

Im Teil D werden die Handlungsimpulse zur Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit im **SAARLAND** präsentiert.

1 FAMILIEN IM SPIEGEL DER STATISTIK

1.1 Allgemeines

Im Jahr 2014 lebten bundesweit knapp 81,2 Millionen Menschen auf einer Fläche von 357.376 km². Dies entspricht einer Bevölkerungsdichte von 227 Menschen je km². Das **SAARLAND** ist, bezogen auf die Fläche, das kleinste Bundesland mit Ausnahme der Stadtstaaten. 2014 lebten insgesamt 989.035 Personen im **SAARLAND**, von denen 49,0 % männlichen und 51,0 % weiblichen Geschlechts waren. Setzt man die Fläche sowie die Bevölkerungsanzahl auch hier in Beziehung, ergibt sich eine Bevölkerungsdichte von 385 Menschen je km². Damit liegt das **SAARLAND** im Ländervergleich an fünfter Stelle.³ Der größte Anteil der *saarländischen* Fläche weist allerdings eine mittlere Besiedelungsdichte auf, 6,5 % der Fläche dagegen sind dicht besiedelt.⁴

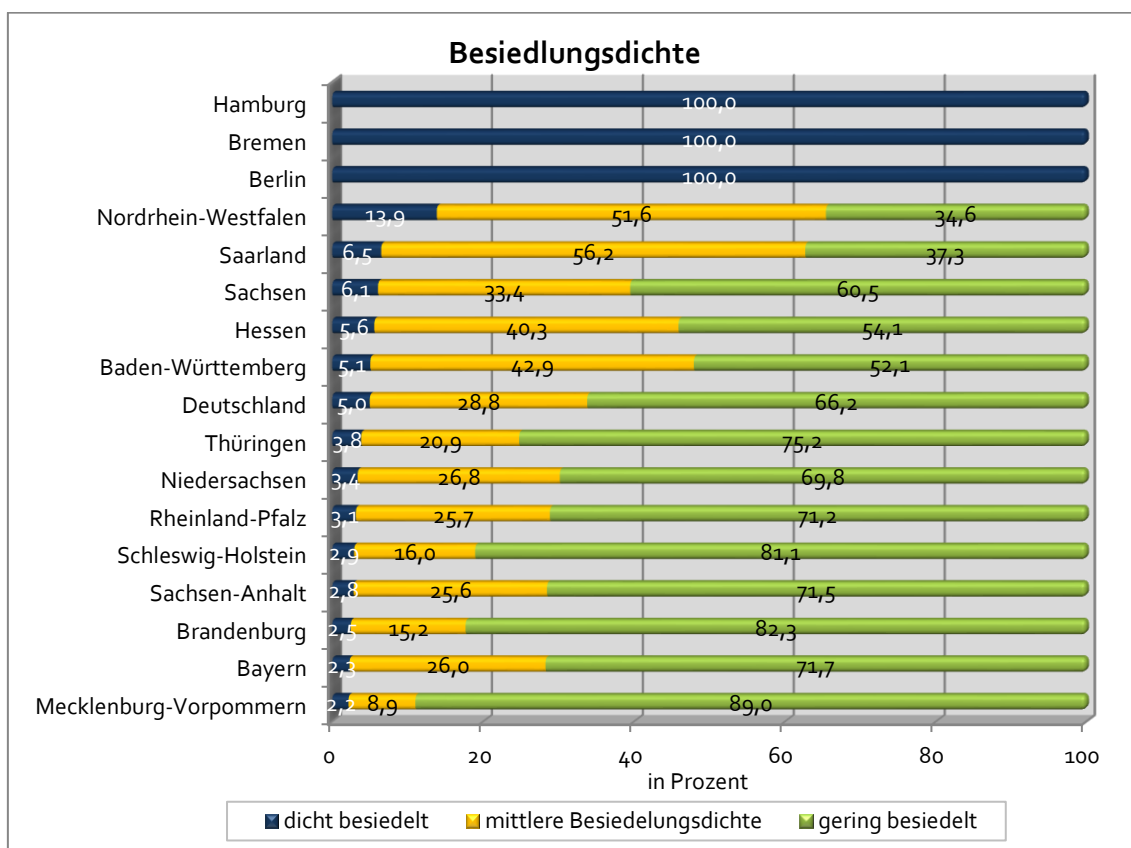


Abbildung 1 Bevölkerungsdichte in den Bundesländern im Jahr 2014 im Vergleich

Das **SAARLAND** gliedert sich in fünf Landkreise (Merzig-Wadern, Neunkirchen, Saarlouis, Saarpfalz-Kreis und St. Wendel) und den Regionalverband Saarbrücken. Mit 325.604

³ Statistisches Bundesamt (2015). Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte Gebietsstand: 31.12.2014. Wiesbaden.

⁴ Statistisches Bundesamt (2016). Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Grad der Verstädterung nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte Gebietsstand: 31.12.2015. Wiesbaden.

Einwohnerinnen und Einwohnern lebte 2014 etwa ein Drittel der *saarländischen* Bevölkerung im Regionalverband. Damit ist die Bevölkerungsdichte⁵ insgesamt mit über 750 Personen bis unter 1.000 Personen auf einem Quadratkilometer hier entsprechend am höchsten. Der Landkreis Neunkirchen folgt dahinter mit 500 bis 750 Menschen pro km².⁶ St. Wendel und der Landkreis Merzig-Wadern sind mit 88.259 Personen und 102.987 Personen dagegen die am geringsten besiedelten Gebiete.⁷

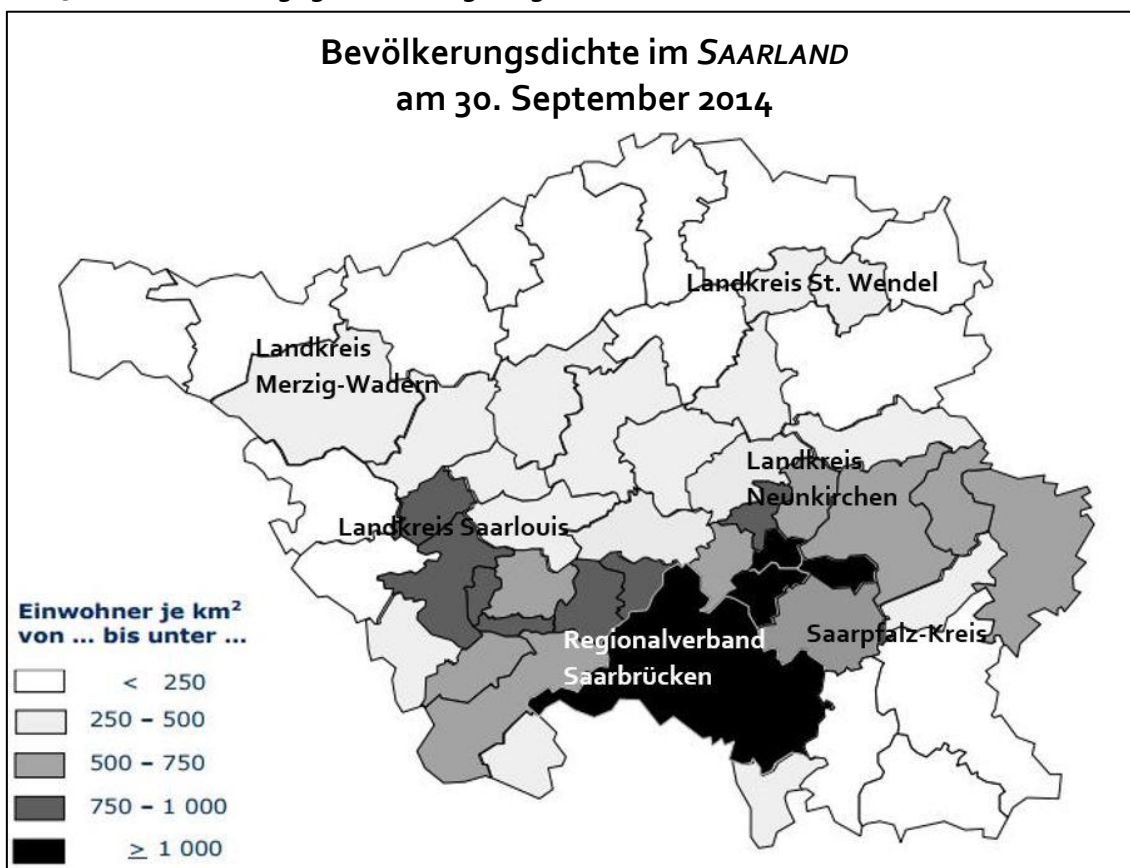


Abbildung 2 Bevölkerungsdichte im SAARLAND im Jahr 2014

1.2 Geburten und Familienformen

Zwischen 1990 und 2015 lässt sich sowohl bundesweit als auch im *SAARLAND* ein deutlicher Rückgang der **Geburtenanzahl** feststellen. Wobei im *SAARLAND* ein Rückgang der Geburten bis zum Jahr 2009 zu verzeichnen ist, gefolgt von einem leichten Anstieg 2010 und 2011. Seit 2014 steigen die Geburtenzahlen nun wieder.⁸ Unabhängig von diesem Trend steigt die **Geburtenziffer** bundesweit seit 2005 kontinuierlich an und erreichte

⁵ Vgl. Statistisches Amt Saarland. Bevölkerungsdichte im Saarland am 30. September 2014. Unter: [http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Al1-vj-Grafik_Internet_\(1\).pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Al1-vj-Grafik_Internet_(1).pdf).

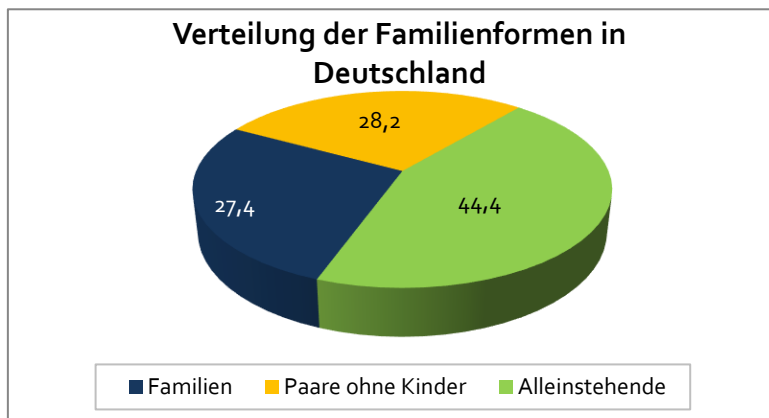
⁶ Vgl. Statistisches Amt Saarland. (2015^a). S. 1.

⁷ Vgl. Statistisches Amt Saarland. (2015^c).

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^a).

2014 mit 1,47 den höchsten Wert seit 1990 (1,45).⁹ Das bedeutet, dass absolut zwar weniger Kinder geboren werden, die Frauen jedoch tendenziell mehr Geburten aufweisen. Vergleicht man die Geburtenziffern von 2014 zwischen den Bundesländern, dann liegt das **SAARLAND** mit 1,35 Geburten pro Frau auf dem bundesweit letzten Platz und unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 1,47. Sachsen liegt mit einer Anzahl von 1,58 Geburten pro Frau auf dem ersten Platz, gefolgt von Brandenburg.¹⁰

Bei der vergleichenden Betrachtung der verschiedenen Lebensformen in Deutschland und im **SAARLAND** offenbarten sich im Jahre 2015 keine gravierenden Unterschiede. Dies



gilt im Besonderen für die Gemeinschaftsform Familie mit Kind.

Im **SAARLAND** leben im Vergleich zum Bund mehr Paare ohne Kind (+1,4 %) und weniger Alleinstehende Personen (-1,3 %).¹¹

Abbildung 3 Bevölkerung nach Familienformen in Deutschland 2015

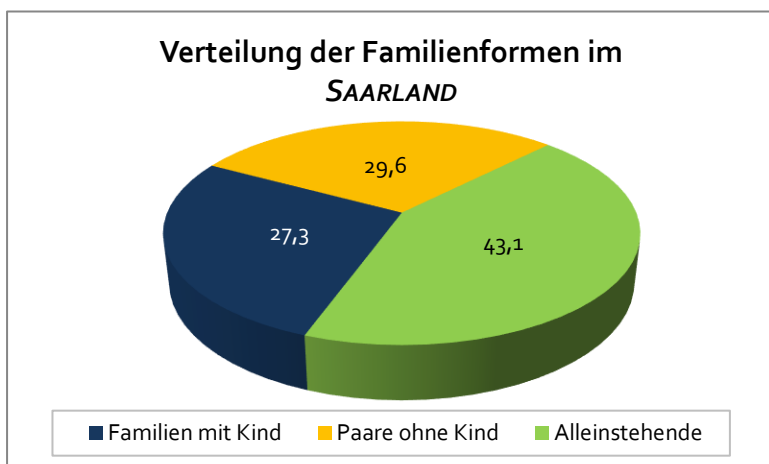


Abbildung 4 Bevölkerung in Familienformen im **SAARLAND** 2014

Die amtliche Statistik lässt keine Rückschlüsse auf die Anzahl der im Saarland lebenden gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zu. Explizit erfasst wird lediglich die Anzahl der eingetragenen Lebenspartnerschaften. Sie belief sich im Jahr 2015 insgesamt auf 104.¹² Aufgrund der statistisch zu gering besetzten Zahlenwerte, können keine weiteren Merkmale dargestellt werden.

⁹ Statistisches Bundesamt. Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren. Unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>.

¹⁰ Statistisches Bundesamt. (2017). Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl je Frau), Bundesländer. Wiesbaden.

¹¹ Statistisches Bundesamt. (2016^f). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Fachserie 1 Reihe 3. Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Tabellen 3.1 und 3.7 (Datengrundlage; eigene Darstellung).

¹² Statistisches Bundesamt. (2017). Genesis Online-Datenbank.

Differenziert man die Familien mit Kindern in Paare mit Kindern und Alleinerziehende, lässt sich eine Alleinerziehendenquote an allen Familien mit Kindern von 23,7 %¹³ für Deutschland und 24,2 %¹⁴ für das **SAARLAND** feststellen.

Ausgehend von den Daten des Mikrozensus ergibt sich eine Erhöhung der Alleinerziehendenquote im **SAARLAND** von 2005 bis 2014 um 1,3 Prozentpunkte und erreichte 2013 mit 25,4 % ihren Höhepunkt. Insgesamt betrachtet fällt weiterhin auf, dass die Quote für das **SAARLAND** seit 2005 über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Die Autoren des Zukunftsreports Familie 2030 gehen davon aus, dass der Anteil Alleinerziehender auch zukünftig konstant bleiben wird.¹⁵

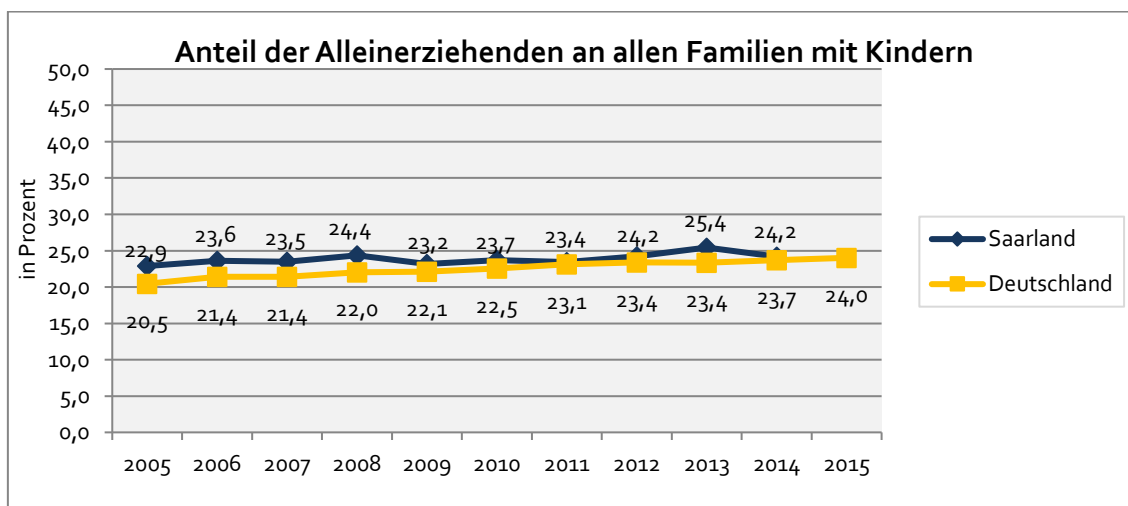


Abbildung 5 Alleinerziehendenquote im Zeitvergleich für Deutschland und das **SAARLAND**

Unter den in Deutschland lebenden Familien hat etwas mehr als die Hälfte ein minderjähriges Kind. Zwei minderjährige Kinder leben in 36 % der Familien und in circa 11 % drei und mehr minderjährige Kinder. Dabei sind in den alten Bundesländern, im Vergleich zu Deutschland insgesamt, etwas häufiger Familien mit mehr als einem minderjährigen Kind zu finden (48,3 %).¹⁶

Im **SAARLAND** sind 58,4 % der Familien Ein-Kind-Familien, während etwa ein Drittel der Familien zwei Kinder unter 18 Jahren und 9,0 % der Familien drei oder mehr minderjährige Kinder haben. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern des früheren Bundesgebietes weist das **SAARLAND** den höchsten Anteil an Ein-Kind-Familien auf.¹⁷

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015^b).

¹⁴ Vgl. Statistisches Amt Saarland. (2015^b). Seite 21.

¹⁵ Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). S. 62.

¹⁶ Statistisches Bundesamt. (2015^b). Seite 112.

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2016^b). Familien und Familienmitglieder mit minderjährigen Kindern in der Familie. Nach Bundesländern im Jahr 2015. Wiesbaden. Unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftS-taat/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/Tabellen/2_2_Familien_Bundeslaender.html.




			
	Familien mit einem Kind	Familien mit zwei Kindern	Familien mit drei oder mehr Kindern
Deutschland	52,9 %	36,3 %	10,8 %
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	51,8 %	37,1 %	11,2 %
Neue Länder mit Berlin	57,9 %	33,1 %	9,1 %
SAARLAND	58,4 %	32,6 %	9,0 %

Abbildung 6 Familien nach der Anzahl der minderjährigen Kindern in Deutschland, in den alten und neuen Bundesländern sowie im **SAARLAND** im Jahr 2015

1.3 Seniorinnen und Senioren

Das **SAARLAND** befindet sich mit einer Verteilung von 7,3 % der 60- bis 65-Jährigen und 10,8 % der 65- bis 75-Jährigen gemessen an der Gesamtbevölkerung im bundesweiten Mittelfeld. Im Ländervergleich der Quote der 75-Jährigen und älteren Menschen hatte das **SAARLAND** mit einem Wert von 12,0 % den vierthöchsten Anteil nach Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.¹⁸ Gleichermäßen ist der Anteil der Hochbetagten (Personen über 85 Jahre) mit 2,5 % höher als im bundesdeutschen Vergleich (Anteil 2,4 %).¹⁹

Seniorinnen und Senioren lebten 2014 zu 62 % in Paargemeinschaften.²⁰ Aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung traf dies auf 78 % der Männer und 49 % der Frauen zu.²¹ Dementsprechend waren 19 % der Senioren und 45 % der Seniorinnen alleinstehend. Unter den Personen über 85 Jahre waren 74 % der Frauen alleinstehend und 34 % der Männer.²²

¹⁸ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014⁹).

¹⁹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014). Zensus 2011. Seniorinnen und Senioren in Deutschland, Hamburg, S. 1. Unter: <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/Senioren.pdf>.

²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015¹). S. 5.

²¹ 6,1 % leben in sonstigen Lebensformen.

²² Statistisches Bundesamt. (2015¹). S. 7.

1.4 Ausländische Bevölkerung, Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete

Ein Fünftel der in Deutschland lebenden Personen hatte im Jahr 2014 einen Migrationshintergrund im engeren Sinne²³. In Bremen und Hamburg sind mit einem Anteil von 28 % Personen mit einem Migrationshintergrund am stärksten vertreten. In den neuen Bundesländern beträgt der Anteil dagegen etwa 5 % der Bevölkerung. Mit knapp 18 % haben im **SAARLAND** etwas weniger Menschen als im Bundesdurchschnitt einen Migrationshintergrund.²⁴

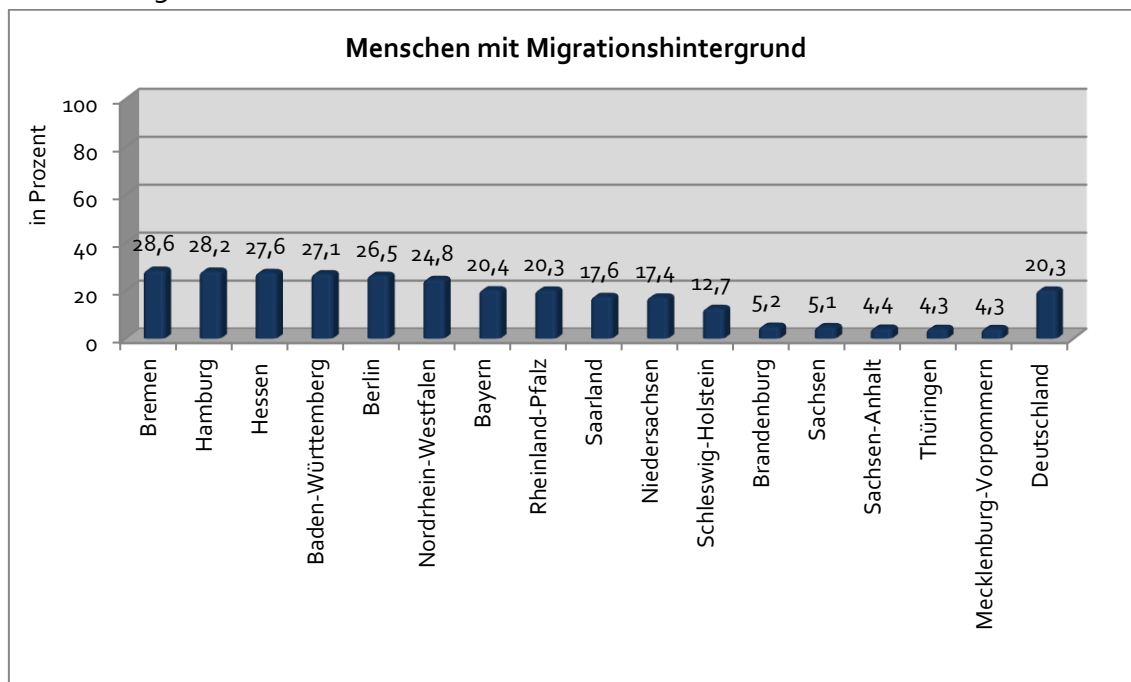


Abbildung 7 Prozentualer Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern

2015 sind in Deutschland 476.649 Asylanträge gestellt worden, wovon 93 % Erstanträge und 7 % Folgeanträge waren. Im Vergleich dazu sind in Niedersachsen und in Bremen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 mehr Asylanträge gestellt worden als im Vorjahr. Im **SAARLAND** lagen 2015 insgesamt 10.358 Asylanträge vor.^{25 26}

²³ Hierunter werden nach der Definition des Statistischen Bundesamts Ausländer, deutsche Zuwanderer ohne eine Einbürgerung, Eingebürgerte sowie Ausländer der zweiten oder dritten Generation und Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenem Elternteil gezählt (vgl. Statistisches Bundesamt (2013). Fachserie 1 Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wiesbaden, S. 5.)

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2013^a). S. 42.

²⁵ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^d). S. 7.

²⁶ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2016). S. 7.

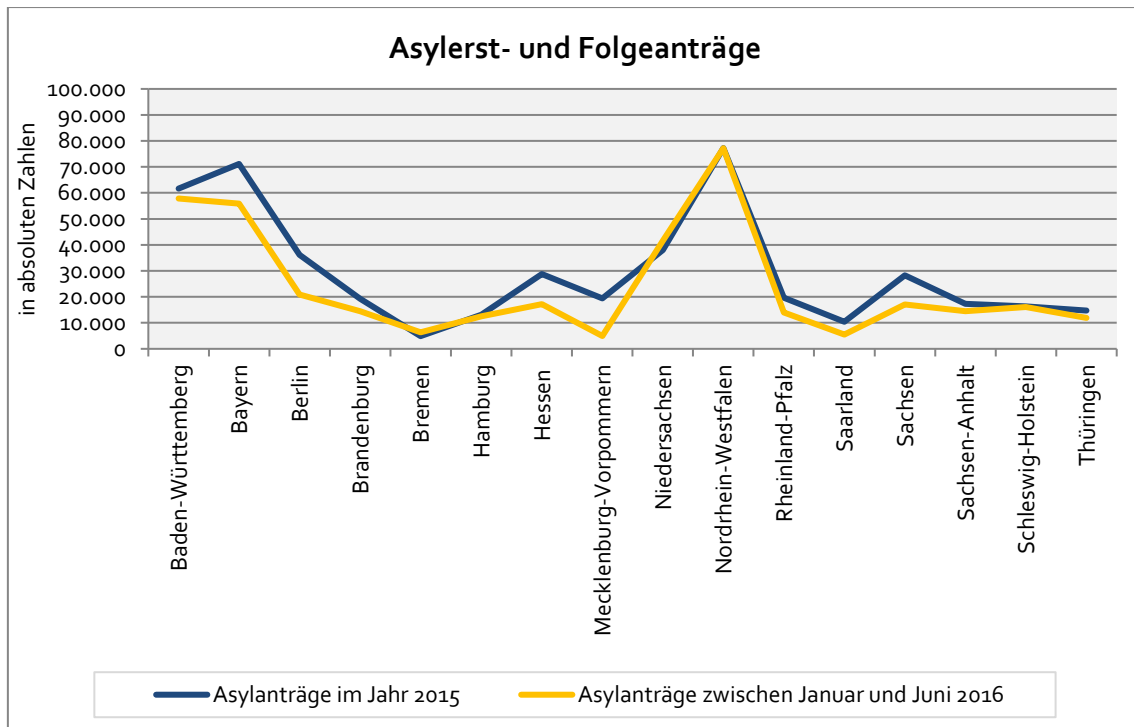


Abbildung 8 Asylerst- und Folgeanträge im Jahr 2015 und zwischen Januar bis Juni 2016

Insgesamt 13.442 Asylsuchende wurden 2015 im **SAARLAND** erfasst. Die folgende Grafik zeigt die Herkunftsländer dieser Personengruppe. Der Großteil der Asylsuchenden kam dabei aus Syrien mit 11.759 Personen. Aus Afghanistan suchten 458 Menschen und aus dem Irak 415 Menschen Asyl. Weitere Herkunftsländer waren der Kosovo, Eritrea, Albanien, Mazedonien, Serbien, Iran und Ägypten. ²⁷

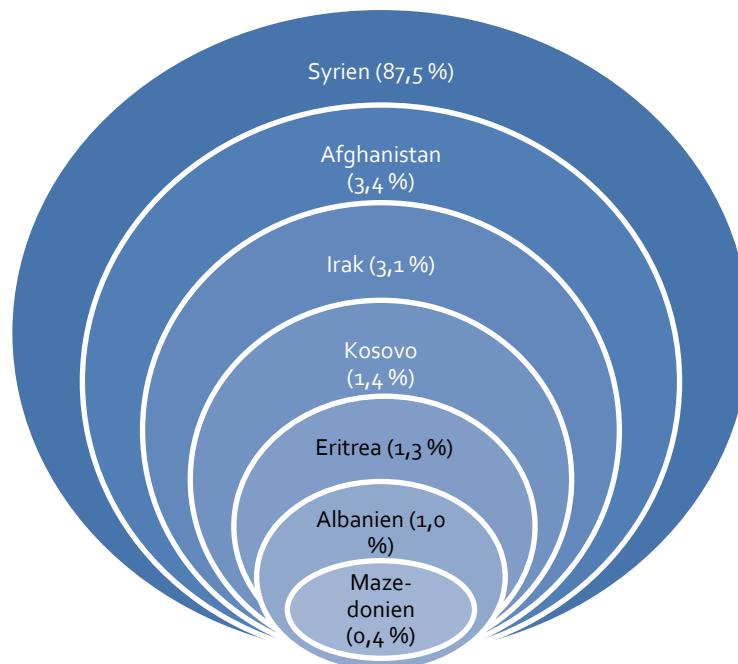


Abbildung 9 Herkunftsländer der Asylsuchenden im **SAARLAND** im Jahr 2015

²⁷ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^d). S. 10.

1.5 Bevölkerungsentwicklung

Für das Jahr 2014 war ein rückläufiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen.²⁸ Besonders im Regionalverband Saarbrücken und im Landkreis Saarlouis ließ sich für das Jahr 2014 eine Abnahme der Bevölkerung feststellen. Im Jahresvergleich zeichnet sich seit den 1990er Jahren ein Bevölkerungsrückgang im **SAARLAND** ab. Im Jahr 1993 lebten 1.084.522 Menschen hier, bis 2014 ist die Anzahl auf 989.035 Menschen gesunken, dies entspricht einem Rückgang von etwa 9 %.²⁹

Im Jahr 2014 bildeten im **SAARLAND** die unter 20-Jährigen 16,4 % der Gesamtbevölkerung. Weitere 60,9 % hatten ein Alter zwischen 20 und 64 Jahre, 65 Jahre und älter waren 22,7 %. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) kommen circa 38 Personen, die älter als 65 Jahre sind.³⁰ In den kommenden Jahren wird im **SAARLAND** sowohl der Anteil der unter 20-Jährigen als auch der Anteil der 20- bis 64-Jährigen sinken, wohingegen der Anteil der Älteren weiter ansteigen wird. Für das Jahr 2020 ist zu erwarten, dass in der Bevölkerung des **SAARLANDS** voraussichtlich ein Anteil von 15,5 % unter 20 Jahre alt sein wird und 59,5 % der Bevölkerung zwischen 20 bis unter 65 Jahren. Dies entspricht einer Abnahme von jeweils etwa 6 % bis 9 % im Vergleich zum Jahr 2014. Der Anteil der über 65-Jährigen im Jahr 2020 soll dagegen von 22,3 % auf 25,1 % anwachsen. Dieser Trend verstärkt sich weiterhin, sodass für das Jahr 2060 ein Anteil von etwa 34,7 % über 65-Jährige an der Gesamtbevölkerung prognostiziert wird. Der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen wird dann bei etwa 50,6 % liegen.³¹

Eine bundesweite Betrachtung zeigt, dass der Anteil der über 65-Jährigen in allen Bundesländern ansteigen wird. 2015 kamen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 bis 64 Jahre 35 Menschen über 65 Jahre. Damit liegen die Werte im **SAARLAND** etwas über dem bundesweiten Durchschnitt. Im Vergleich haben die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt im Jahr 2015 den höchsten Anteil an Seniorinnen und Senioren (je 43 Personen), während Berlin, Hamburg, und Bayern mit etwa 30 bis 33 Personen den niedrigsten Anteil an über 65-Jährigen aufweisen. Im **SAARLAND** kommen 2030 auf 100 Personen im Alter zwischen 20 bis 64 Jahre insgesamt 60 Menschen, die älter als 65 Jahre sind und im Jahr 2060 werden es 69 Menschen sein.³²

²⁸ Statistisches Amt Saarland (2016^a). S. 2.

²⁹ Statistisches Amt Saarland. (2016^b).

³⁰ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014^b).

³¹ Statistisches Amt Saarland. (2015^e). S. 7.

³² Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015^c).

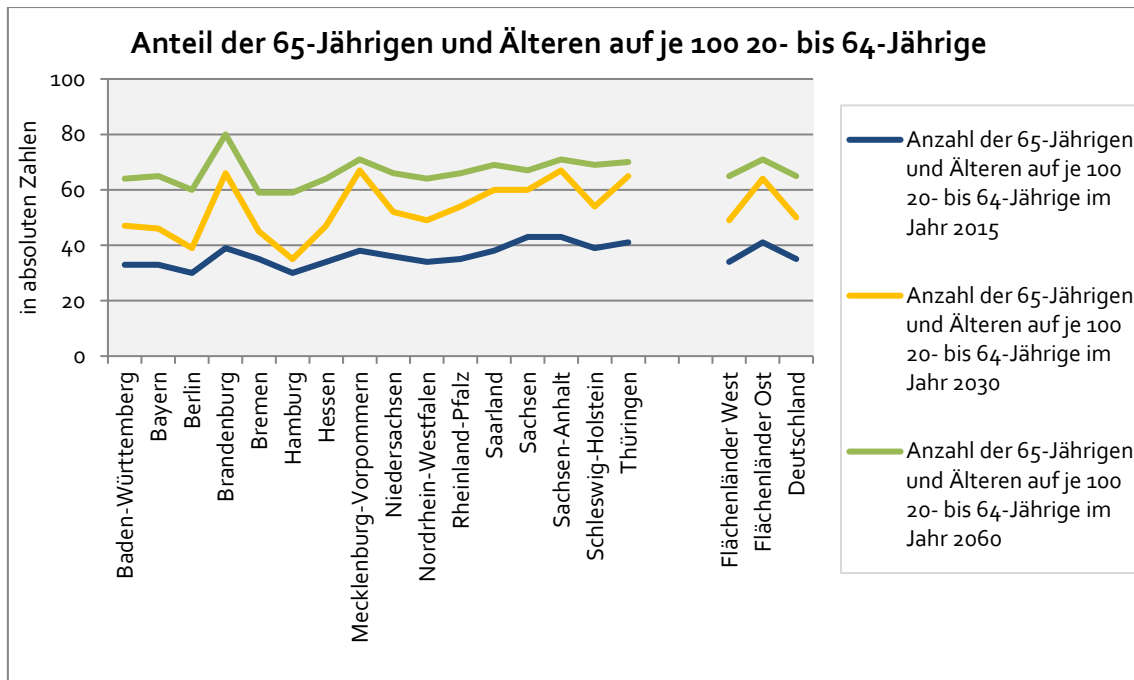


Abbildung 10 Anteil der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahre im Zeitverlauf

Bestätigt werden die bisherigen Erkenntnisse durch die Bevölkerungsvorausberechnung für das **SAARLAND**. Hierbei zeigt sich auch zukünftig ein rückläufiger Trend. So werden im Jahr 2030 nach dem negativsten Szenario 894.900 Menschen im **SAARLAND** leben. Für das Jahr 2060 erwarten die Prognosen im schlechtesten Fall 686.900 Menschen. Demnach würden 2060, im Vergleich zum Jahr 2013, 25 % bis 31 % weniger Einwohnerinnen und Einwohner im **SAARLAND** wohnhaft sein. Zudem zeigt sich wie oben beschrieben eine Verschiebung der Altersgruppen.³³

³³ Vgl. Statistisches Amt Saarland. (2015^e). S. 7 und 53.

2 EINRICHTUNGEN UND DIENSTE

Das **SAARLAND** bietet seinen Bewohnerinnen und Bewohnern eine beispielgebende vielfältige Beratungs- und Unterstützungslandschaft. Auch teilweise über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus finden **Saarländerinnen** und **Saarländer** in jeder denkbaren Lebensphase das passende Angebot. Damit nimmt das **SAARLAND** im Vergleich zu anderen Bundesländern in einigen Bereichen sogar eine Vorreiterstellung ein.

Gerade für junge Familien hält das **SAARLAND** umfangreiche Möglichkeiten der Unterstützung bereit – begonnen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Thema Schwangerschaft über die Geburt bis hin zu speziellen Erziehungsfragen gibt es Anlaufstellen. Wenn es darum geht, die Familie mit den beruflichen Anforderungen oder Pflegeaufgaben zu vereinen, stehen auch hier kompetente Fachkräfte mit Rat zur Seite. Über Angebote im Bereich der Frühen Hilfen, Unterstützungsmaßnahmen im häuslichen Bereich, die Nutzung von Angeboten der Lokalen Bündnisse bis zu Mehrgenerationenhäuser bieten sich vielfältige Möglichkeiten. Leistungen für Kinder, Jugendliche oder auch Erwachsene mit Migrationshintergrund in Form von Beratung und Maßnahmen zur Integration lassen sich außerdem als gute Beispiele benennen.

Saarländerinnen und **Saarländer** können insgesamt auf ein nahezu flächendeckendes Netz an Beratungsmöglichkeiten zurückgreifen. Auch wenn es um schnelle Hilfe in Not-situationen geht oder, wenn Beratungsstellen nicht direkt aufgesucht werden können, gibt es Möglichkeiten wie die telefonische Beratung oder eine Beratung über das Internet.

Für einen Überblick über die bestehenden Angebote für Familien im **SAARLAND** existiert ein umfangreicher Ratgeber „Der Familienhelfer – Ratgeber für Familien im **SAARLAND**“³⁴ mit allen wichtigen Informationen sowie einer Übersicht mit Adressen für Anlaufstellen. Aus diesem Grund soll hier nicht im Detail auf alle Angebote eingegangen werden. Innerhalb des Familienreports werden an den jeweiligen Stellen Angebote, die im Vergleich der anderen Bundesländer Besonderheiten aufweisen, vorgestellt und näher erläutert.

Um einen Eindruck von der Vielfaltigkeit der Angebote zu erhalten, sind in der nachfolgenden Grafik die Themenschwerpunkte aufgelistet:

³⁴ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Der Familienhelfer: Ratgeber für Familien im Saarland. Unter: <http://www.saarland.de/108370.htm>.

... bei Schwangerschaft, Geburt, Adoption und Pflegekinder
<ul style="list-style-type: none"> • Erziehungs-, Ehe-, Lebens- und Familienberatungsstellen • telefonische Beratungsmöglichkeiten sowie über Internet • Schwangerschafts- und Konfliktberatungsstellen • weitere Hilfen für werdende Mütter • Unterstützungsangebote im Bereich Frühe Hilfen • Unterstützung beim Thema Adoption • Beratung beim Thema Pflegekinder
... bei Erziehungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Familienbildungsstätten • Beratung in den Jugendämtern • Erziehungsberatungsstellen
... bei der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung und Vermittlungsangebote beim Wiedereinstieg • Haushaltshilfen, haushaltsnahe Dienstleistungen • Lokale Bündnisse für Familien • Familien- und Nachbarschaftszentren • Mehrgenerationenhäuser • Unterstützungen im Bereich Pflege (Pflegestützpunkte) • Unterstützung im Bereich Demenz (u.a. Landesfachstelle Demenz)
... im Bereich Schule
<ul style="list-style-type: none"> • Angebot an Ganztagschulen • Sonderpädagogische Förderangebote • Vermittlung von Integrationshelfern
... im Bereich Familiengesundheit
<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsvorsorge (Früherkennung) • Angebote im Bereich der medizinischen Versorgung • Unterstützung bei Erholung und Freizeit
... für Menschen mit Behinderung
<ul style="list-style-type: none"> • Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderung • interdisziplinäre Frühförderstellen • Arbeitsstelle für Integrationspädagogische Hilfen
.. für Menschen mit Migrationshintergrund
<ul style="list-style-type: none"> • Beratungsstellen • Angebote und Maßnahmen zur Integration • Migrationslotsen • Jugendmigrationsdienst und Migrationsberatung für Erwachsene
.. für Notfälle beziehungsweise schwierige Situationen
<ul style="list-style-type: none"> • Beratungsangebote im Bereich Kinder- und Jugendschutz • Unterstützungsleistungen bei Suchtproblematiken und Drogen • Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt • Frauennotruf und Frauenhäuser • spezifische Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt

Abbildung 11 Überblick über Beratungsschwerpunkte sortiert nach Themenfeldern

C. BEFUNDE

Familienfreundlichkeit ist seit mehreren Jahren das bundesweit beherrschende familienpolitische Thema. Länder und Kommunen haben dies längst als wesentlichen Standortfaktor erkannt und sind bestrebt, den Familien ein an ihren Bedürfnissen ausgerichtetes Lebensumfeld zu schaffen.³⁵ Was sich Familien hierbei konkret wünschen und wie es gelingen kann, diese langfristig an das **SAARLAND** zu binden beziehungsweise neuen Familien eine dauerhafte Lebensperspektive zu bieten, ist Bestandteil dieses Familienreports. Dabei erfolgt die Einordnung der **saarländischen** Besonderheiten und regionalen Bedingungen in die gegenwärtige gesamtdeutsche Diskussion.

Aktuell ist die **saarländische** Bevölkerung von einem steigenden Anteil an alleinerziehenden Familien sowie Lebens- und Paargemeinschaften ohne Kinder geprägt. Paare mit Kindern beziehungsweise in Ehe lebende Eltern sind ein eher rückläufiges Familienmodell. Hinzu kommt, dass, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, die Bevölkerung im **SAARLAND** bis 2060 um etwa ein Fünftel sinken wird. Der Anteil an älteren Menschen steigt dabei jedoch kontinuierlich weiter an. In den kommenden Jahren wird es also darum gehen müssen, diesen besonderen Entwicklungen Rechnung zu tragen, um den Familien ein adäquates Lebensumfeld zu schaffen. Beginnt man diese Diskussion, dann braucht es eine Auseinandersetzung mit der finanziellen Ausstattung von Familien, dem Vorhandensein von zielgruppenorientierten Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie von vereinbarkeitsfördernden Maßnahmen. Auch Beteiligungsstrukturen und die Sicherstellung von Mobilität sind untrennbar mit der Familienfreundlichkeit einer Region verbunden und fließen in die Diskussion ein. Das Kapitel C in diesem Report ist entsprechend dieser Handlungsfelder gegliedert. Dabei werden die jeweiligen Befunde aus der Haushaltsbefragung und den Dialogkonferenzen mit den bundesweiten wissenschaftlichen Forschungen in Beziehung gesetzt, sodass die Stärken und Potentiale der saarländischen Familienpolitik abgeleitet werden können.

³⁵ Vgl. Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). S. 6.

1 WOHNEN UND MOBILITÄT

„Wie Menschen denken und leben,
so bauen und wohnen sie.“

(Johann Gottfried von Herder (1744 - 1803), deutscher Kulturphilosoph)

1.1 Einleitung

Der Mensch verbringt den größten Teil seiner Lebenszeit in den eigenen vier Wänden. Der Freizeitmonitor der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen 2016 zeigt, dass die Deutschen inzwischen ihre Freizeit zunehmend im häuslichen Bereich verbringen.³⁶ Fernsehen, Radio hören oder Telefonieren gehören dabei zu den Beschäftigungen, die am häufigsten mindestens einmal pro Woche ausgeübt werden. Damit erreicht das Wohnen eine neue Qualität, die nun untrennbar mit Lebenszufriedenheit und Wohlfühlen verbunden ist. Aus dem Alterssurvey „Altern im Wandel“ des Deutschen Zentrums für Altersfragen (2016) geht hervor, dass der Großteil der 40- bis 85-Jährigen mit der eigenen Wohnsituation zufrieden ist.³⁷ Hier stellen die **Saarländerinnen** und **Saarländer** keine Ausnahme dar. Je älter die Menschen sind, desto positiver bewerten sie ihre Situation.³⁸ Um diesen positiven Trend weiter zu befördern, braucht es Ansatzpunkte, die eine Entwicklung von familienfreundlichen Wohngewenden unterstützt. Untersuchungen zeigen, dass sich je nach Lebensphase der Menschen ganz unterschiedliche Anforderungen an das direkte Wohnumfeld ergeben, die es gilt zu erkennen und zu berücksichtigen.

In diesem Kapitel wird auf die Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen - Familien mit und ohne Kinder, Alleinerziehende, Alleinstehende sowie Seniorinnen und Senioren - eingegangen. Mobilität bis ins hohe Lebensalter und ein barrierefreier Zugang zu bestehenden Angeboten wünschen sich darüber hinaus viele Menschen. Welche konkreten Bedürfnisse die **Saarländerinnen** und **Saarländer** diesbezüglich haben, wird ebenso diskutiert. Bundesweit lassen sich nur wenige Studien finden, die die Lebensbedingungen, die Zufriedenheit oder auch die Anforderungen der deutschen Bevölkerung an das Wohnen umfassend erforschen.

Befunde zum Thema Wohnen und Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland:

- ❖ Die deutsche Bevölkerung verfügt über immer weniger Wohneigentum.
- ❖ Die Höhe der Wohnausgaben in Bezug auf das Gesamteinkommen ist tendenziell eher rückläufig.
- ❖ Die wenigsten Deutschen setzen sich frühzeitig mit dem Thema „Altersgerechtes Wohnen“ auseinander.

³⁶ Stiftung für Zukunftsfragen. (2016). S. 18 ff.

³⁷ Vgl. Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2016). S. 295.

³⁸ Ebd.

❖ Das Wohnen in den eigenen vier Wänden ist für immer mehr ältere Menschen die bevorzugte Lebensperspektive.

1.2 Wohnen und Lebensformen

Wie bereits einleitend erwähnt, haben die Regionen die Bedeutung des Themas zunehmend erkannt und legen verstärkt den Fokus auf eine transparente und familienfreundliche Stadtplanung. Begonnen bei der Entwicklung von Kriterienkatalogen bis hin zur Ausrichtung an bestimmten Leitziele³⁹ wählen Kommunen dabei ganz unterschiedliche Vorgehensweisen. Das Ziel ist hierbei jedoch immer ähnlich: Eine Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen von Familien vor Ort. Die **saarländische** Landesregierung unterstützt ihre Kommunen bei der Umsetzung von familienfreundlichen Aspekten ebenfalls und bietet seit 2016 mit dem Siegel „Familienfreundliche Kommune“⁴⁰ in diesem Zusammenhang einen besonderen Anreiz. Wert gelegt wird bei der Vergabe insbesondere auch auf Vernetzung, Bewahrung der Eigenständigkeit und Herstellung von Teilhabemöglichkeiten zum Beispiel durch das Vorhandensein von lokalen Bündnissen vor Ort oder anderweitiger Beteiligung von verschiedenen Personengruppen an Entscheidungsprozessen. Weitere planungspolitische Handlungsansätze zur Unterstützung der **saarländischen** Kommunen bei der Entwicklung von familienfreundlichen Wohngebieten sind das seit 1974 existierende Spielplatzgesetz sowie die seit 1975 bestehende Spielplatzverordnung, in denen ausführlich auf verschiedene Kriterien für die Errichtung von Spielplätzen eingegangen wird (Anzahl an Spielgeräten, Sitzplätzen etc.).

Damit die Kommunen zielgruppen- und bedarfsorientierte Wohngebieten mit beispielsweise ausreichend Spielplätzen entwickeln können, ist es entscheidend zu wissen, welche Wünsche und Bedürfnisse die Familien in der heutigen Zeit haben. Der Familienatlas 2012 der Bundesregierung stellt klar, dass gerade für junge Familien mit neugeborenen Kindern die medizinische Betreuung sowie die Beratungs- und Bildungsangebote im unmittelbaren Wohnumfeld im Vordergrund stehen.⁴¹ Ebenso liegen Möglichkeiten des beruflichen Wiedereinstiegs, passende Betreuungsangebote für Kinder im Krippenalter sowie Ganztagsplätze in Kindergärten für junge Eltern hoch im Kurs.⁴² Für Eltern mit älteren Kindern sind die Ausgestaltung der Bildungslandschaft

³⁹ Stadt Friedrichshafen. Konzept und Kriterienkatalog „Kinder- und familienfreundliches Friedrichshafen“. Unter: https://www.friedrichshafen.de/fileadmin/user_upload/images_fn/Bildung_Erziehung/Kinderbetreuung/DL/Kriterienkatalog_kinder-_und_familienfreundliches_FN.pdf.

⁴⁰ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Landesgütesiegel „Familienfreundliche Kommune“. Unter: <http://www.saarland.de/139329.htm>.

⁴¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2012^a). S. 5.

⁴² Ebd.

und die vielfältigen schulischen Bildungsmöglichkeiten dagegen von großer Bedeutung.⁴³

Neben den institutionellen Vorzügen einer Wohnregion zeigte die Prognosstudie „Wohnen in Deutschland (2014)“ im Auftrag des Verbandes der Sparda-Banken, dass auch gute Einkaufsmöglichkeiten und eine gute Verkehrsanbindung sowie ein städtischer beziehungsweise ländlicher Charakter der Wohngegend eine wichtige Rolle für Familien spielen. Insbesondere Familien mit Kindern empfinden das Leben auf dem Land als erstrebenswert.⁴⁴

Knapp ein Drittel der befragten Deutschen möchte auf dem Land wohnen.⁴⁵ Entsprechend der Altersverteilung zeigen sich jedoch Unterschiede: Bevorzugen junge Menschen bis 30 Jahre noch die Großstädte, so zieht es die deutsche Bevölkerung zwischen 41 und 50 Jahren verstärkt in die ländlichen Regionen. Ab einem Alter von 51 Jahren nimmt dieser Wunsch tendenziell jedoch wieder ab.⁴⁶ Die Verfügbarkeit von ausreichend bezahlbarem Wohnraum muss vor dieser Tatsache diskutiert werden. Um junge Familien zu binden, bedarf es demnach ausreichender Möglichkeiten, Wohneigentum oder auch alternativ Bauland in ländlichen Gebieten zu erwerben. Bundesweit besitzen lediglich 40 % der Alleinerziehenden Wohneigentum, wohingegen es bei den Paaren mit Kindern 80 % sind. Eine entsprechende Berücksichtigung in den Bebauungsplänen der Kommunen könnte hierfür ein Ansatz sein. Demgegenüber benötigen gerade auch junge alleinlebende Personen, aber auch hochbetagte Seniorinnen und Senioren in den städtischen Gebieten entsprechend bezahlbaren Wohnraum.

Dass die finanziellen Aspekte beim Thema Wohnen eine bedeutsame Rolle spielen und bestimmte Zielgruppen in diesem Bereich besonders Unterstützung bedürfen, zeigen verschiedene Untersuchungen. Aktuell stellen die Ausgaben für das Wohnen den größten Kostenfaktor für private Haushalte dar (noch vor den Ausgaben für Verkehr und Nahrungsmittel beziehungsweise Freizeit)⁴⁷. In einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom September 2015 wird deutlich, dass die Wohnkosten 2013 mehr als ein Drittel des privaten Konsums deutscher Haushalte ausmachten. Dazu gehören Wohnen, Energie sowie Wohnungsinstandhaltung.⁴⁸ Betrachtet man die Entwicklung der Wohnausgaben, dann sind diese, gemessen am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen, von 2008 bis 2013 gesunken. Die Alleinlebenden müssen bundesweit

⁴³ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2012^a). S. 5.

⁴⁴ Vgl. Verband der Sparda-Banken. (2014). S. 9.

⁴⁵ Vgl. Verband der Sparda-Banken. (2014). S. 10.

⁴⁶ Vgl. Verband der Sparda-Banken. (2014). S. 11.

⁴⁷ Bertelsmann Stiftung (2013). Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte. S. 16.

⁴⁸ Statistisches Bundesamt. (2015). Wohnkosten betragen mehr als ein Drittel des privaten Konsums. Pressemitteilung vom 10. September 2015, S. 1.

dabei mit über 39 % den größten Anteil ihres Haushaltsnettoeinkommens für das Wohnen ausgeben, gefolgt von den Alleinerziehenden mit rund 35 %.⁴⁹ Bezüglich der Wohnausgaben kommt das Deutsche Zentrum für Altersfragen zu einer etwas anderen Einschätzung. Die monatliche Wohnkostenbelastung, gemessen am Einkommen, hat sich von 1996 bis 2014 nicht verringert, sondern im Gegenteil von 28 % auf 35 % erhöht, so der Alterssurvey.⁵⁰

Unabhängig von diesen unterschiedlichen Beurteilungen fühlten sich 2015 14 % der in Deutschland lebenden Personen durch ihre monatlichen Wohnkosten wirtschaftlich belastet. Bei der durch Armut betroffenen Bevölkerung liegt die Einschätzung sogar bei 27 %.⁵¹ Auch für die **Saarländerinnen und Saarländer** ist das Thema Wohnkosten ein wesentlicher Punkt. Fragt man sie nach ihren konkreten Wünschen und Vorstellungen zum Wohnumfeld, dann stehen der angemessene Preis der Wohnung/des Hauses deutlich im Vordergrund. Nachfolgend sind der städtische beziehungsweise ländliche Charakter der Gegend sowie die kurzen Entfernungen zur Arbeit, zu den Kindertagesstätten und den Schulen bedeutsam. Vielfältige Freizeitangebote spielen nicht die entscheidende Rolle.

Welche Kriterien waren Ihnen besonders wichtig für die Wahl Ihrer Wohnung bzw. Ihres Wohnumfeldes?	„sehr wichtig“/ „eher wichtig“ in Prozent
der angemessene Preis für die Wohnung/das Haus	73,8
der städtische/ländliche Charakter der Umgebung	69,9
die Entfernung zur Arbeit	61,4
die Entfernung zu Kindergärten und Schulen	59,2
die infrastrukturelle Umgebung	56,2
die Entfernung zu Familienangehörigen	52,7
dass dort Menschen im gleichen Alter wie ich/meine Familie leben	36,2
die Vielfalt der Freizeitangebote	25,0

Tabelle 1 Kriterien für die Wahl des Wohnortes (n=701-756), (Haushaltsbefragung)

Zieht man auch hier die verschiedenen Familienkonstellationen hinzu, so fällt auf, dass **saarländische** Familien mit Kindern besonderen Wert auf die Entfernung zur Arbeit und zu den Familienangehörigen legen. Paaren ohne Kinder sind vielfältige Freizeitangebote im unmittelbaren Umfeld deutlich wichtiger als den anderen Familienformen. Bei Alleinerziehenden spielen die Entfernung zu Kindertagesstätten und Schulen, der städtische/ländliche Charakter der Umgebung und insbesondere der angemessene Preis für die Wohnung/das Haus eine herausragende Rolle. Eingeordnet werden muss dieses konkrete Ergebnis vor dem Hintergrund, dass die Alleinerziehenden im **SAARLAND** deut-

⁴⁹ Statistisches Bundesamt. Wohnen. Unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/AnteilWohnkostenHHeinkommen_SILC.html.

⁵⁰ Vgl. Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2016). S. 299.

⁵¹ Statistisches Bundesamt. Wohnen. Unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Aktuell_EU_SILC.html.

lich häufiger als andere Familientypen über die Hälfte ihres Haushaltsnettoeinkommens für das Wohnen ausgeben und zudem über geringere Einkünfte verfügen.⁵² Der Umstand ausreichend Wohnraum bzw. Bauland für Familien innerhalb einer Region zur Verfügung zu stellen, wird an dieser Stelle noch durch eine finanzielle Komponente ergänzt.

Betrachtet man weiterhin speziell die ältere Bevölkerung, dann bevorzugen die Seniorinnen und Senioren in ihrer Wohngegend eine gute Infrastruktur sowie ein Wohnen mit gleichaltrigen Personen. Vielfältige Freizeitmöglichkeiten sind ihnen dabei ebenso wichtig.

Anhand der **saarländischen** Haushaltsbefragung lässt sich momentan eine große Zufriedenheit der **Saarländerinnen** und **Saarländer** bezüglich des aktuellen Wohnumfeldes feststellen. Leben die Befragten in Wohneigentum oder können auf ein gutes familiäres Unterstützungssystem zurückgreifen, sind sie insgesamt zufriedener mit der Wohnsituation. Das Sicherheitsgefühl im Wohnumfeld ist bei der Mehrzahl der Befragten ebenso gegeben, wobei sich hier zielgruppenspezifische Unterschiede ergeben. Seniorinnen und Senioren fühlen sich am unsichersten. Auch infrastrukturell betrachtet ergibt sich in der **saarländischen** Bevölkerung eine überwiegende Zufriedenheit. Die Ausstattung mit medizinischen Einrichtungen oder Schulen wird von der Mehrzahl als positiv eingeschätzt, Versorgungsmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren sowie Betreuungsplätze für pflegebedürftige Menschen allerdings nur von rund einem Drittel als ausreichend angesehen. Regionale Unterschiede zeigen sich bei der medizinischen Versorgung, den Einkaufsmöglichkeiten sowie den Versorgungsstrukturen für Seniorinnen und Senioren. Im ländlichen Bereich wird die Ausstattung als nicht sonderlich zufriedenstellend bewertet. Die Zustimmungswerte liegen bei allen Aspekten unter denen der Befragten aus eher städtischen Gebieten. Weiterhin empfinden Alleinerziehende und Alleinstehende die Ausstattung mit entsprechenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten als deutlich weniger ausreichend im Vergleich zu den Paaren mit und ohne Kinder.

Fasst man alle bisherigen Erkenntnisse über das Wohnumfeld nach den unterschiedlichen Familienformen zusammen, so ergeben sich die folgenden Übersichten:

⁵² Eine ausführliche Darstellung zum Haushaltsnettoeinkommen befindet sich im Kapitel „Finanzielle Situation“.

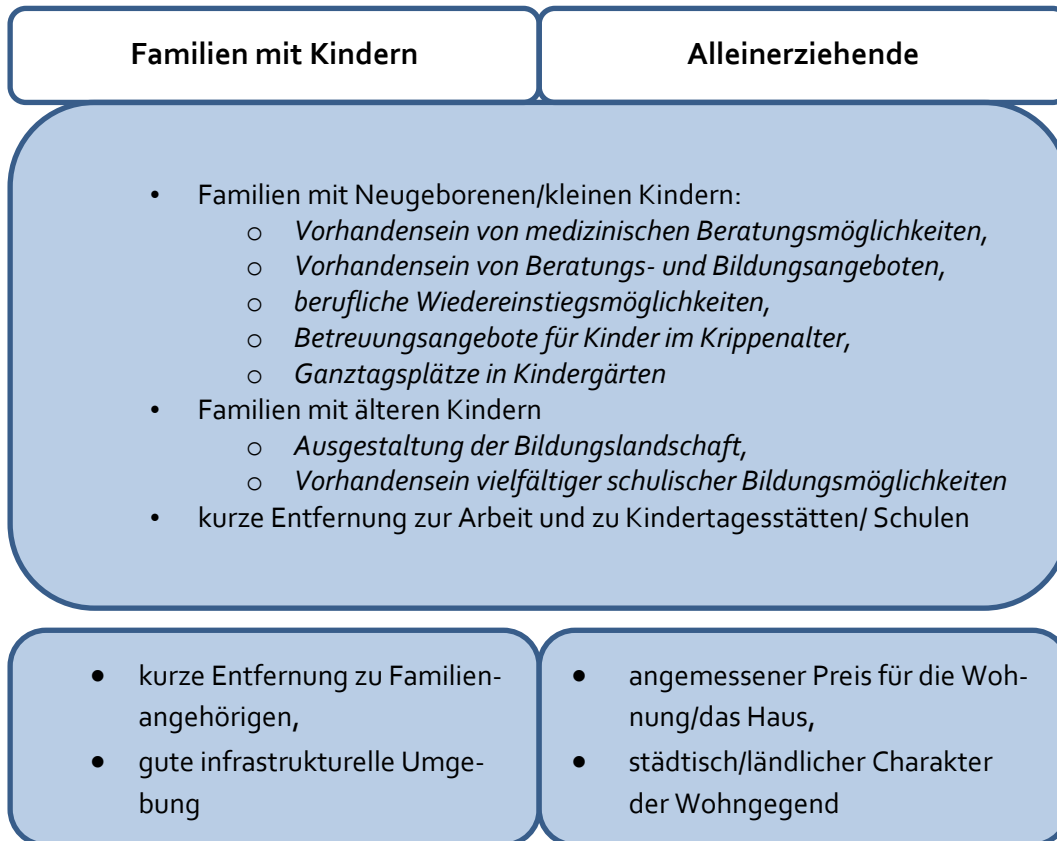


Abbildung 12 Wünsche an das Wohnumfeld nach Familien mit Kindern und Alleinerziehenden

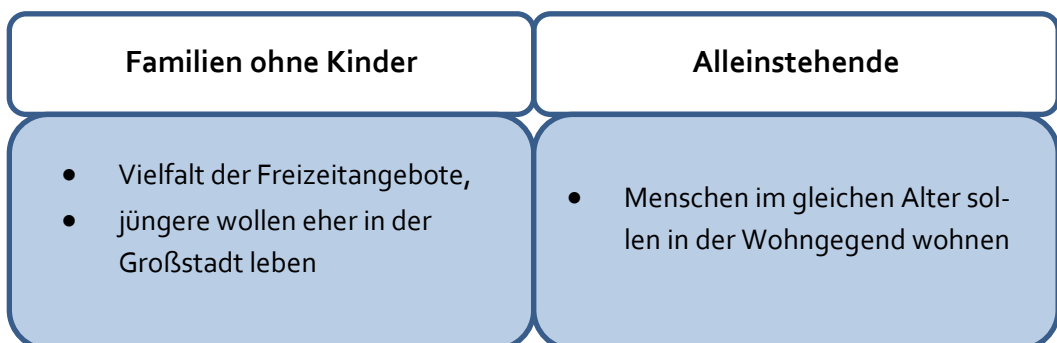


Abbildung 13 Wünsche an das Wohnumfeld nach Familien ohne Kinder und Alleinstehende

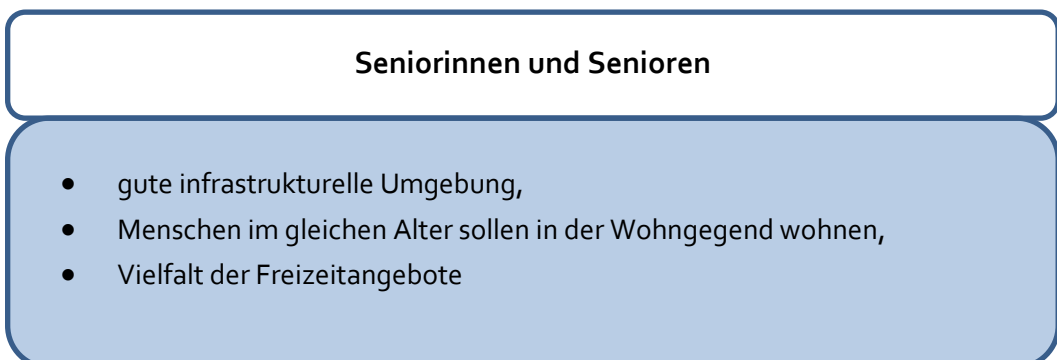


Abbildung 14 Wünsche an das Wohnumfeld nach Seniorinnen und Senioren

1.3 Wohnen im Alter

Neben den klaren Vorstellungen darüber, wie das unmittelbare Wohnumfeld gestaltet sein soll, haben die Seniorinnen und Senioren auch Ideen, wo sie ihren Lebensabend verbringen wollen.

Weniger als ein Drittel der Seniorinnen und Senioren aus dem **SAARLAND** möchte gern bei den Kindern wohnen beziehungsweise in einem betreuten Wohnen oder Service-Wohnen⁵³. Lediglich jede zehnte Seniorin beziehungsweise jeder zehnte Senior könnte sich vorstellen, in einem Pflegeheim/Altersheim zu leben. Befragt man die jüngeren Generationen zum Wohnen im Alter, dann sind es etwas mehr Personen (in etwa ein Drittel), die sich vorstellen könnten, im Alter in einem betreuten Wohnen beziehungsweise Service-Wohnen zu leben – die Befragten aus ländlichen Regionen tendenziell noch stärker als jene aus städtischen Gebieten.

Das, was sich die heutigen Seniorinnen und Senioren im Alter aber am meisten wünschen, ist das Leben in der eigenen Wohnung mit Pflegeleistung. Jeder zweite Deutsche möchte so seinen Lebensabend verbringen. Zu diesen Ergebnissen kommt unter anderem die Studie „Wohnen in Deutschland“ im Auftrag des Verbandes der Sparda-Banken.⁵⁴ Das langfristige Wohnen in den eigenen vier Wänden wird zunehmend als erstrebenswert angesehen. Diesen Trend bestätigen auch verschiedene andere Untersuchungen.⁵⁵ Die befragten **Saarländerinnen und Saarländer** stellen hierbei keine Ausnahme dar. 93 % der Seniorinnen und Senioren wollen im Alter in der eigenen Wohnung/im eigenen Haus bleiben – auch für den Fall, dass sie Hilfe und Unterstützung benötigen.

Somit bedarf es einer aktualisierten Debatte über das Wohnen im Alter im Rahmen der bedarfsorientierten kommunalen Planungen. Die Entwicklung neuer Wohnkonzepte sollte entsprechend stärker in den Fokus rücken und an diese Diskussion anknüpfen. Bezieht man nämlich die aktuelle Wohnsituation der Seniorinnen und Senioren im **SAARLAND** ein, fällt auf, dass diese Personengruppe mit 76 % im Bundesvergleich am häufigsten Wohneigentum besitzt. Im gesamten Bundesgebiet sind es lediglich 56 % der Personen über 65 Jahre, die über Wohneigentum verfügen.

Um dem Wunsch der älteren Menschen bezüglich eines langfristigen Verweilens in der eigenen Wohnung zu entsprechen, bedarf es verschiedener Unterstützungsmöglichkeiten – begonnen bei einer frühzeitigen Sensibilisierung für das Thema bis hin zu konkreten Hilfen. Gleichzeitig eröffnen sich mit dem bestehenden Wohneigentum Ansätze

⁵³ Service-Wohnen ist eine Wohnform verknüpft mit einem Dienstleistungsangebot.

⁵⁴ Vgl. Verband der Sparda-Banken e.V. (Hrsg.) (2014). S. 7.

⁵⁵ Vgl. Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (2014^a). S. 33 ff.

für die Entwicklung innovativer und beispielgebender Wohnkonzepte. Einige gute Projekte wie „Wohnen für Hilfe“⁵⁶ existieren zwar, bedürfen jedoch einer besseren Öffentlichkeitsarbeit, um die Wahrnehmung zu befördern. Ein weiteres Beispiel befindet sich in Saarbrücken unter dem Titel „Wir bleiben daheim“⁵⁷ Mit Unterstützung des Bundesmodellprojektes „Selbstbestimmtes Wohnen“ wurde dieses Projekt gestartet.

Die Expertinnen und Experten im Rahmen der Dialogkonferenzen waren sich an diesem Punkt einig, dass im **SAARLAND** mehr Angebote an generationenübergreifendem Wohnraum benötigt würden beziehungsweise ganz neue Formen von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnen entwickelt werden müssten.

Momentan ist lediglich etwa einem Fünftel der Deutschen der altersgerechte Ausbau beim Erwerb einer Immobilie wichtig. Deshalb erscheint es wenig erstaunlich, dass 70 % der über 50-Jährigen derzeit noch nicht altersgerecht wohnen.⁵⁸ Das Deutsche Zentrum für Altersfragen konstatiert im Alterssurvey 2016, dass das barriere reduzierte Wohnen im Jahr 2014 eher wenig verbreitet ist.⁵⁹

„Von den Personen, die eine Gehhilfe, einen Rollator beziehungsweise einen Rollstuhl benutzen, haben im Jahr 2014 6,9 % Prozent eine barriere reduzierte Wohnung.“⁶⁰

Sinnvoll erscheint es deshalb, eine frühzeitige Auseinandersetzung über Gesprächsrunden, regionale Zukunftswerkstätten oder ähnliches zu forcieren. Eine rechtzeitige Einbeziehung dieser Personengruppen beim Thema „Altersgerechtes Wohnen“ kann langfristig gesehen finanzielle Mittel einsparen helfen und die Zufriedenheit der Bevölkerung herstellen. Die **saarländischen** Pflegestützpunkte⁶¹ sowie die Wohnberatungsstelle im Landkreis Sankt Wendel bieten hier ebenfalls Unterstützung. Auch alternative Wohnformen können in diesem Zusammenhang diskutiert werden. Andere Unterstützungssysteme wie „Ambient Assisted Living“, die z.B. als Hausnotrufdienste, Bewegungsmelder, Sturzsensoren, sich selbst abschaltende Wasserkocher oder Herdplatten technische Hilfen im Alltag bieten, tragen ebenfalls zu einem längeren Verbleib in den eigenen Wohnräumen bei.

Zudem bietet das **SAARLAND** auch die Möglichkeit zur Förderung von barrierefreiem Wohnen. Über eine Förderrichtlinie des Landes kann eine finanzielle Unterstützung von bis zu 7.500 Euro zur behindertengerechten Anpassung von vorhandenem Wohnraum

⁵⁶ <http://www.wohnen-hilfe.de/projekt.php>.

⁵⁷ Diakonisches Werk an der Saar. Projekt „Wir bleiben daheim!“. Unter: http://diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=7152&parent_id=7124.

⁵⁸ Vgl. Verband der Sparda-Banken e.V. (Hrsg.) (2014). S. 7.

⁵⁹ Vgl. Deutsches Zentrum für Altersfragen (2016). S. 299.

⁶⁰ Deutsches Zentrum für Altersfragen (2016). S. 299.

⁶¹ Eine ausführliche Darstellung der Pflegestützpunkte befindet sich im Kapitel „Beratung und Unterstützung“.

im Eigenheim für Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung beziehungsweise und/oder Pflegestufe nach SGB XI beantragt werden.⁶² Insgesamt stehen hier 1,5 Millionen Euro bis zum 31. Dezember 2017 zur Verfügung. In Verbindung mit dem 2015 im Rahmen der Pflegereform erhöhten Zuschuss der Pflegekassen zu baulichen Wohnungsanpassungsmaßnahmen für Verbesserungen des individuellen Wohnumfeldes auf nunmehr 4.000 Euro je Maßnahme und Anspruchsberechtigten, kann so im Einzelfall eine maximale Gesamtförderung von bis zu 11.500 Euro für eine Maßnahme erreicht werden. Auch in der Vergangenheit gab es bereits ähnliche Fördermaßnahmen von Seiten des Landes. So wurde im Jahr 2008 von der Landesregierung das Sonderprogramm „Wohnen im Alter“ zur Förderung von baulichen Maßnahmen zur Anpassung von Wohnraum an die Belange älterer Menschen sowohl im selbstgenutztem Wohnraum als auch bei Mietwohnungen mit Einverständnis des Vermieters aufgelegt. Das Gesamtfördervolumen wurde im Jahr 2009 um eine weitere Million auf insgesamt 3,5 Millionen Euro aufgestockt. Für das Jahr 2012 standen zudem sechs Millionen Euro im Rahmen eines Sonderprogrammes zur Herrichtung von Mietwohnungen für ältere und behinderte Menschen für die barrierearme bzw. barrierefreie Gestaltung von Mietwohnungen zur Verfügung.

1.4 Mobilität

Mobilität bedeutet Lebensqualität. Kurze Wege, eine günstige Verkehrsanbindung oder die schnelle uneingeschränkte Nutzung von öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sind damit untrennbar verbunden. Ist die Bevölkerung mobil, führt das zu einer höheren Zufriedenheit, nicht nur mit dem eigenen Leben, sondern auch mit dem Wohnumfeld. Gerade auch für ältere Menschen spielt Mobilität eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, langfristig im gewohnten Umfeld bleiben zu können. Viele ältere Menschen möchten darüber hinaus nicht auf die Vorzüge des Fortkommens mit Hilfe eines eigenen PKWs verzichten.

Bundesweite Erhebungen weisen darauf hin, dass im **SAARLAND** die wenigsten Personen die Möglichkeit der öffentlichen Personenbeförderung nutzen. Erste Hinweise zu den Gründen liefert die schriftliche Haushaltsbefragung. Knapp 40 % der Befragten empfinden den öffentlichen Personennahverkehr als nicht barrierefrei; 90 % erachten eine Erweiterung der Sondertarife in diesem Bereich für sinnvoll. Barrierefreiheit sowie finanzielle Aspekte scheinen wichtige Einflussfaktoren zu sein und sollten demnach in den nächsten landespolitischen Diskussionen berücksichtigt werden.

⁶² Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Förderung der behindertengerechten Anpassung vorhandenen Wohnraums im Falle der Pflegebedürftigkeit oder bei außergewöhnlicher Gehbehinderung.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es auch nicht, dass der PKW-Anteil im bundesdeutschen Vergleich im **SAARLAND** am höchsten ist. Im Durchschnitt verfügt deutschlandweit in etwa jeder Zweite über einen PKW. Mit einem Anteil von 62 % liegt das **SAARLAND** jedoch deutlich darüber und nimmt im Ländervergleich den ersten Platz ein.⁶³

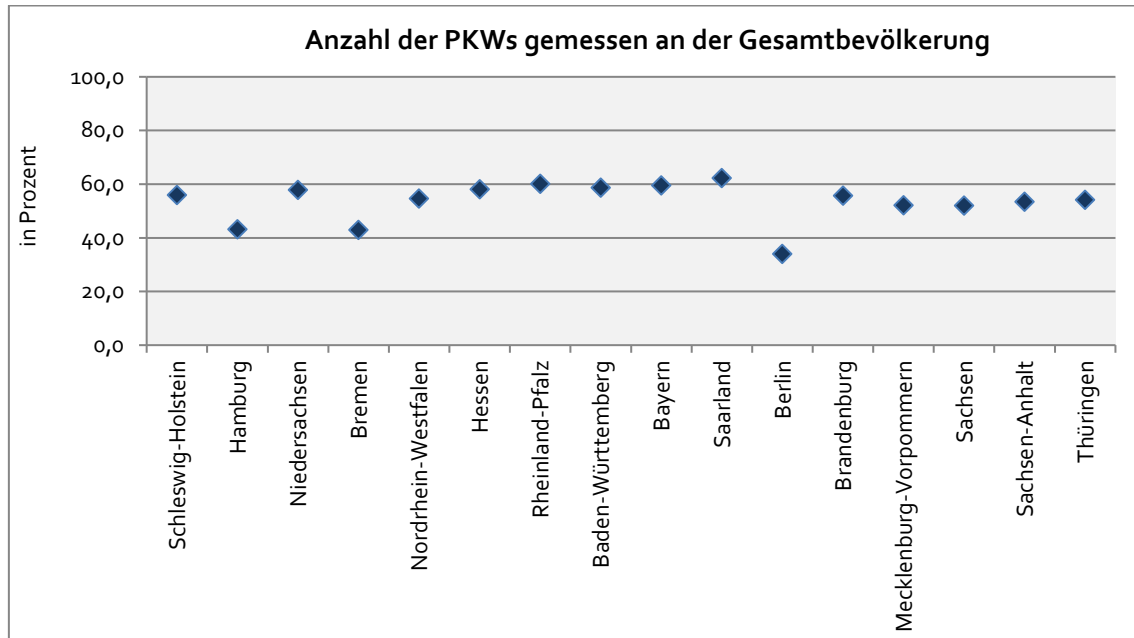


Abbildung 15 Anzahl der PKWs gemessen an der Gesamtbevölkerung

Der PKW ist somit das Fortbewegungsmittel der ersten Wahl. Gerade für ältere Menschen stellt dies jedoch auch eine erhöhte Gefahrenquelle dar. Untersuchungen zeigen einen Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und dem Rückgang personeller Kompetenzen im Straßenverkehr. Das statistische Bundesamt macht in einem Bericht von 2013 deutlich, dass die meisten schweren und tödlichen Unfälle bei Personen im höheren Lebensalter entweder im Haushalt oder im Straßenverkehr passieren. So verunglückten 2012 nach deren Angaben 44.881 Personen ab 65 Jahre.⁶⁴ Blickt man auf das Jahr 2015 waren - gemessen an allen Unfällen mit Personenschäden - circa 13 % Seniorinnen und Senioren beteiligt.⁶⁵ Bereits existierende präventive Maßnahmen im Bereich der Verkehrssicherheit und Gesundheitsvorsorge müssen eine breitere Öffentlichkeit finden.

Befragt man die **saarländische** Bevölkerung direkt zur Verkehrsinfrastruktur, dann sieht in etwa die Hälfte den Ausbau und die Anbindung an den privaten beziehungsweise öffentlichen (Nah-)Verkehr positiv. Die Barrierefreiheit im Nahverkehr schätzen die eher städtisch lebenden Personen deutlich positiver ein, im Vergleich zu den eher

⁶³ Eigene Berechnungen; Datenquellen: Mikrozensus 2011 (Gebietsstand 31.12.2014) und Statistisches Bundesamt. (2017). Verkehr. Verkehr aktuell. Fachserie 8 Reihe 1.1. Tabelle 4.2.

⁶⁴ Statistisches Bundesamt. (2013^b). S. 13.

⁶⁵ Statistisches Bundesamt. (2015^j). Verkehrsunfälle. Unfälle von Senioren im Straßenverkehr. S. 5.

ländlich wohnenden **Saarländerinnen und Saarländern**. Knapp 40 % bemängeln darüber hinaus die Barrierefreiheit in der eigenen Wohngegend. Hierbei lassen sich keine regionalen Unterschiede feststellen. Unterschiedliche Bewertungen zeigen sich jedoch wiederum bei der Verkehrsanbindung. Vor allem die Befragten aus eher ländlichen Regionen bewerten sowohl die aktuelle Verkehrsanbindung im Individualverkehr als auch die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr deutlich negativer.

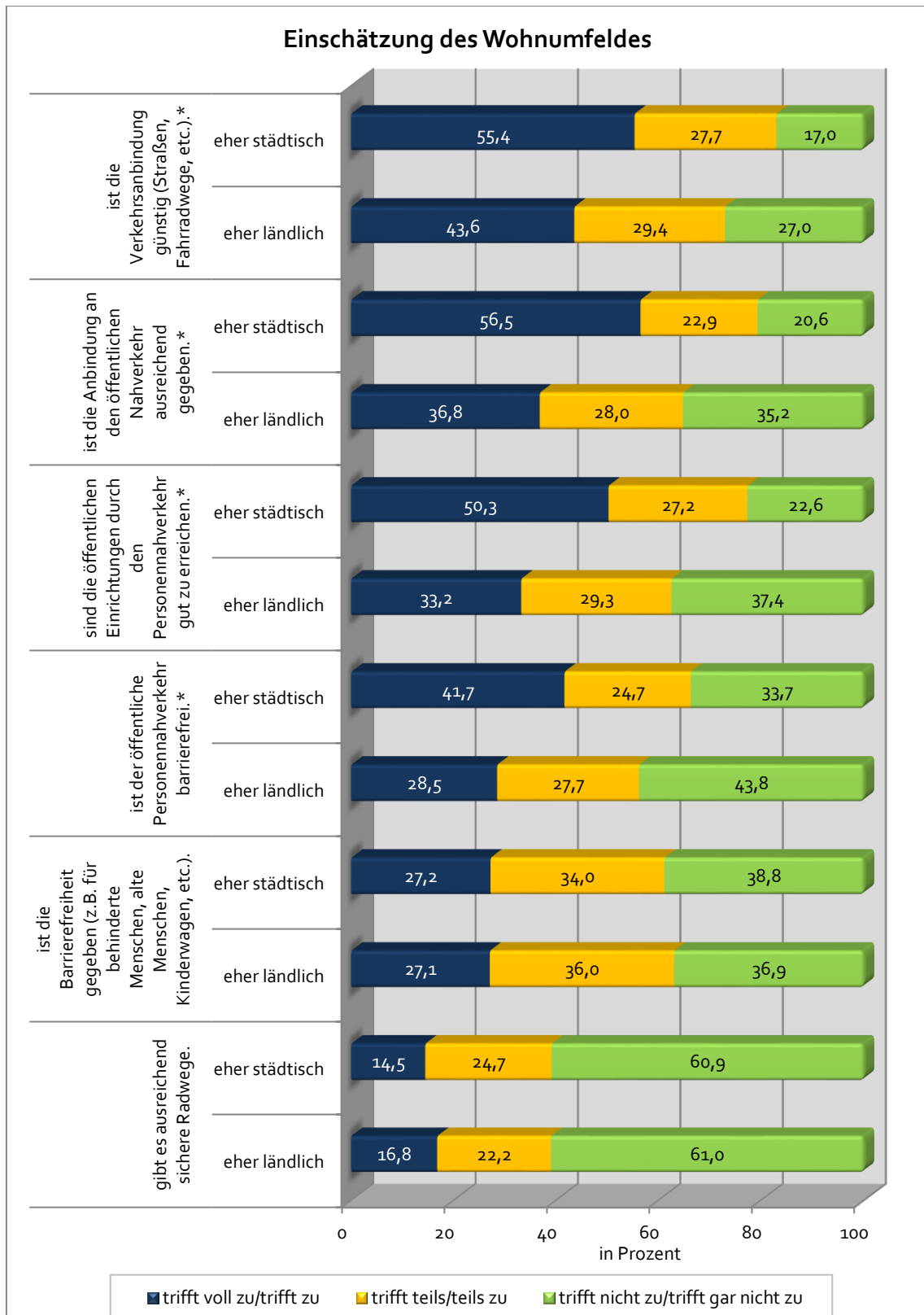


Abbildung 16 Einschätzung des Wohnumfeldes: Verkehrsinfrastruktur nach Wohngegend (n=556-768), (Haushaltsbefragung)

Die **saarländischen** Akteurinnen und Akteure monierten insbesondere die fehlende Verkehrsanbindung in den ländlichen Bereichen, die durch eine Einbindung der verschiedenen Ortsteile sichergestellt werden müsste. Entsprechende Lösungsansätze

wie Verbundlösungen, Nachtbusse gerade für Jugendliche oder Fahrdienste für Kinder und Jugendliche organisiert durch ansässige Vereine wurden dabei angesprochen. Ein gutes regionales Beispiel existiert in Merzig-Wadern. Hier wurde aus Mitteln des Landes sowie der EU ein Nachtbus für die Region eingeführt.

Um den **Saarländerinnen** und **Saarländern** ein Maximum an Mobilität zu bieten, ergeben sich somit, begonnen bei einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Anpassung von Fahrpreisen bis hin zur Entwicklung von alternativen/flexiblen Mobilitätsangeboten, verschiedene Handlungsoptionen.

1.5 Zusammenfassung

Besonders positiv hervorzuheben ist, dass die **Saarländerinnen** und **Saarländer** eine hohe Zufriedenheit mit ihrem Wohnumfeld aufweisen. Die Meisten leben dabei in Wohneigentum. Zur Verbesserung der Lebensqualität der **saarländischen** Bevölkerung initiierte die Landesregierung diesbezüglich Landes- und Förderprogramme beziehungsweise wurden durch Kommunen vielversprechende Projekte zum Thema Wohnen angestoßen. Besonders hervorzuheben sind das Landessiegel „Familienfreundliche Kommune“, die Fördermaßnahme für barrierefreies Wohnen bei Pflegebedürftigkeit oder Gehbehinderung sowie die landesseitig geförderten Projekte „Wohnen für Hilfe“ oder „Wir bleiben daheim“.

Um die Zufriedenheit der Bevölkerung mit ihrem Wohnumfeld weiter zu fördern, zeigen sich, je nach Bevölkerungsgruppe, verschiedene Ansatzpunkte zur Fortentwicklung. Thematisiert wurden innerhalb des Kapitels die geringe Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Wechselbeziehung mit dem hohen Anteil an Privat-Pkws, die geringe Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraums in städtischen Lagen sowie die schlechte Ausstattung mit Apotheken, Ärzten und Einkaufsmöglichkeiten im ländlichen Raum.

Die meisten **Saarländerinnen** und **Saarländer** sind derzeit durch die Nutzung eines eigenen PKWs mobil. Attraktive, alternative Mobilitäts- und generationenübergreifende Wohnkonzepte können unter anderem dazu geeignet sein, die Bedingungen für die **saarländische** Bevölkerung insbesondere im Alter zu verbessern und die Zufriedenheit zu stärken. Ein barrierefreier Nahverkehr sowie die Möglichkeiten des barrierefreien Fortbewegens im öffentlichen Raum können ebenso dazu beitragen.

2 FINANZIELLE SITUATION

„Weder vom Körper noch vom Geld hängt es ab, ob ein Mensch glücklich ist, sondern ob er mit sich zurecht kommt oder immer etwas anderes will.“

(Demokrit (470-380 v.Chr.), griechischer Philosoph)

2.1 Einleitung

In den vergangenen Jahren hat sich das familiäre Haushaltsnettoeinkommen deutschlandweit positiv entwickelt. Daher verwundert es auch nicht, dass heute mehr als die Hälfte der Familien ihre finanzielle Situation positiv bewerten, waren es im Jahr 2005 doch lediglich 38 %.⁶⁶ Im **SAARLAND** sind fast 60 % der Familien mit ihrer finanziellen Situation zufrieden. Dies ist insofern hervorzuheben, da das Haushaltsnettoeinkommen hier deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Da das Wohlbefinden von Kindern und deren Familien entscheidend von der finanziellen Situation geprägt wird, ist es umso bedeutsamer sich diesem Thema im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Familienpolitik zu widmen. Einflussfaktoren, die über die monetären Bedingungen von Familien entscheiden, sind das Einkommen, die Familienform, die Art der Beschäftigung, die Haushaltsgröße und auch staatliche Transferleistungen. Dabei bedürfen insbesondere Alleinerziehende und Mehrkindfamilien (drei und mehr Kinder) einer besonderen Aufmerksamkeit. Zwar wird in der durch die Prognos AG geleiteten „Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland“ darauf Bezug genommen, dass die derzeitigen staatlichen Leistungen auch bei Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien zu einer deutlichen finanziellen Entlastung führen, trotzdem weisen diese immer noch ein erhöhtes Armutsrisiko auf⁶⁷. Auch Seniorinnen und Senioren geraten immer mehr in den Fokus, da die Altersarmut mit Blick auf den demografischen Wandel an sozialpolitischer Relevanz gewinnt. Daher soll in diesem Kapitel untersucht werden, wie es im Bundesvergleich um die finanzielle Situation der Familien bestellt ist, wo die besonderen Herausforderungen im **SAARLAND** liegen und wie diesen begegnet wird bzw. werden kann.

Befunde zur finanziellen Situation in der Bundesrepublik Deutschland:

- ❖ Das Haushaltseinkommen beeinflusst das subjektive Wohlbefinden aller Familienmitglieder, insbesondere der Kinder.
- ❖ Alleinerziehende weisen die höchste Armutsgefährdung auf.
- ❖ Erwerbslose, Menschen mit einem niedrigen Qualifikationsniveau sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind überproportional häufig von Armut betroffen.
- ❖ Im Jahr 2014 lag die Armutsquote von Seniorinnen und Senioren erstmals über der Gesamtarmutsquote der Bundesrepublik Deutschland und ist in den vergangenen 10 Jahren um 46 % angestiegen.

⁶⁶ Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). S. 19.

⁶⁷ Prognos AG. (2014).

2.2 Einkommenssituation insgesamt

Das Einkommen bildet die finanzielle Grundlage des Haushaltes und hat damit maßgeblichen Einfluss auf die familiären Lebensbedingungen. Das monatliche **Haushaltsnettoeinkommen** lag 2014 in Deutschland bei 3.147 Euro und stieg von 2009 bis 2014 um 274 Euro an.⁶⁸ Im **SAARLAND** wurde in der Haushaltsbefragung ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von 2.885 Euro⁶⁹ ermittelt, was unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt.

Dabei kann festgestellt werden, dass zum einen die Arbeitslosenquote insgesamt im **SAARLAND** mit 7,3 % über dem bundesdeutschen Durchschnitt von derzeit 6,1 % liegt. Unter den Landkreisen hat der Regionalverband Saarbrücken mit einer Arbeitslosenquote von 9,9 % den höchsten Anteil an Arbeitslosen. Im Landkreis St. Wendel beträgt die Arbeitslosenquote dagegen 4,2 %.⁷⁰

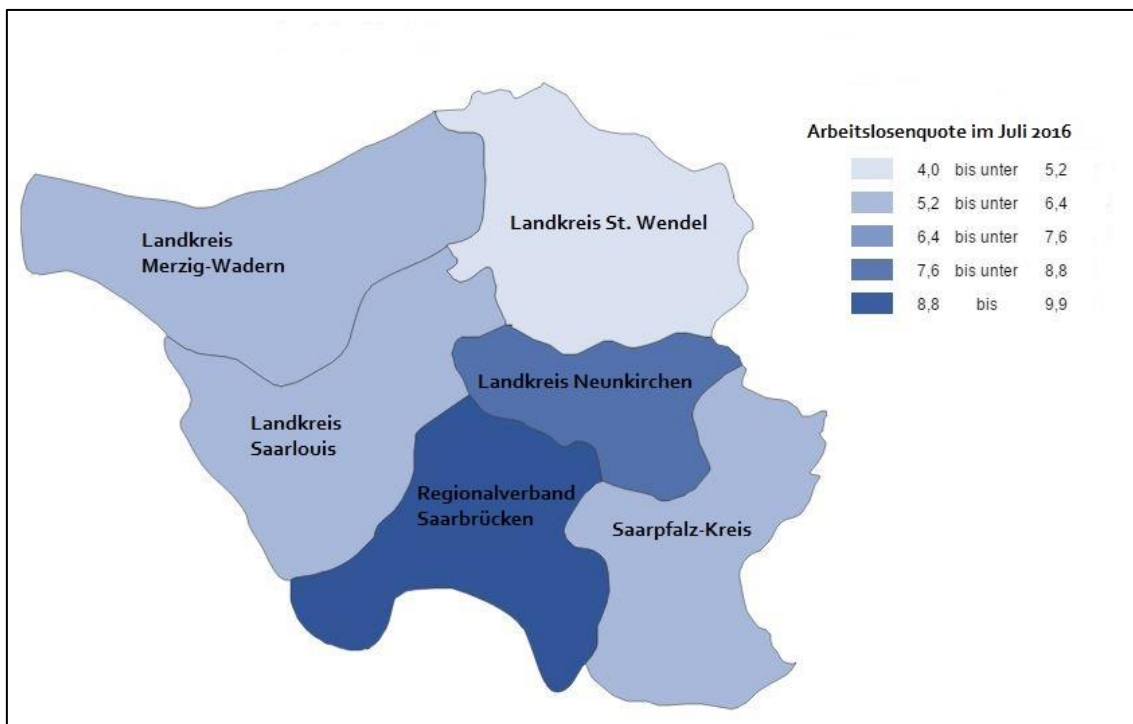


Abbildung 17 Arbeitslosenquote im Juli 2016 in den Landkreisen des **SAARLANDS**¹

Auch bei der Arbeitslosenquote nach SGB II und bei der Unterbeschäftigungsquote liegt das **SAARLAND** deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt.⁷¹ Ein weiteres Indiz

⁶⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016c). S. 14ff.

⁶⁹ Die Ergebnisse der Haushaltsbefragung sind bezogen auf die Einkommenssituation repräsentativ (vgl. Ergebnisbericht zur Haushaltsbefragung) und können somit auf die gesamte Bevölkerung des Saarlandes angewandt werden.

⁷⁰ Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2016): Immer auf dem Laufenden sein. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Saarland-Nav.html>.

⁷¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit. (2016).

für geringere Einkommen kann der erzielte Bruttostundenverdienst sein. Dieser liegt deutschlandweit bei 21,04 Euro und im **SAARLAND** bei 19,55 Euro.⁷²

Die Erwerbssituation beeinflusst sowohl deutschlandweit als auch im **SAARLAND** die finanzielle Lage der Familien deutlich. Vollerwerbshaushalte können über doppelt so viel Geld verfügen wie Erwerbslosenhaushalte.

Erwerbshaushalte	durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen
Vollerwerbshaushalte	3.747,53 Euro
Teilerwerbshaushalte	3.130,85 Euro
Erwerbslosenhaushalte	1.862,37 Euro

Tabelle 2 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Erwerbshaushalten im **SAARLAND** (n=428), (Haushaltsbefragung)

Unterschiede zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit wurden auch in den **Dialogkonferenzen** im **SAARLAND** diskutiert. Dabei stellten die Akteurinnen und Akteure fest, dass Erwerbslosigkeit nicht nur bedeutet, über weniger finanzielle Ressourcen zu verfügen, sondern auch, dass es mit geringen finanziellen Mitteln schwieriger ist, erwerbstätig zu sein. **Saarländische** Haushalte mit geringen finanziellen Ressourcen können sich beispielsweise keinen PKW leisten, um längere Arbeitswege zurückzulegen. Bereits vor der Aufnahme einer Beschäftigung können so niedrige Haushaltsfinanzen den Weg in die Erwerbsarbeit erschweren. Als Beispiele sind hier hohe Kosten für die Fahrten zu Bewerbungsgesprächen wie auch Umzugskosten bei einem berufsbedingten Wohnortwechsel genannt worden. Die im **SAARLAND** lebenden Akteurinnen und Akteure stellten außerdem die Notwendigkeit von kontinuierlicher und hinreichend entlohnter Vollzeitenerwerbstätigkeit heraus. Im Zusammenhang damit steht die Förderung von Normalarbeitsverhältnissen sowie die Verminderung atypischer Beschäftigung. Armutsrisiken sowie der damit verbundenen Belastung sozialer Sicherungssysteme könnte nach Meinung der Expertinnen und Experten so entgegengewirkt werden.

Aus bundespolitischer Sicht muss die Einführung des Mindestlohnes und dessen Fortentwicklung als Schritt in die richtige Richtung benannt werden. Die **saarländische** Landesregierung reagiert bereits auf die sich daraus ergebenden Herausforderungen, indem sie 2013 den Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im **SAARLAND** vorlegte, der neben konkreten armutspräventiven Maßnahmen auch Untersuchungen in Form eines Armuts- und Reichtumsberichtes vorsah. Außerdem enthalten war die Forderung, sich auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Mindestlohnes zu engagieren. Zu-

⁷² Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^d).

dem wurden die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch die Weiterentwicklung des *saarländischen* Tariftreuegesetzes und das Thema Leiharbeit auf die Agenda gesetzt.⁷³ Der 2016 vorgelegte Erste Armuts- und Reichtumsbericht für das SAARLAND bestärkt die Landesregierung, die hier beschriebenen Maßnahmen weiter fortzusetzen.⁷⁴

2.3 Einkommenssituation unter Berücksichtigung von Haushaltsgrößen und -formen

Betrachtet man die **Haushaltsgröße** der Privathaushalte bezüglich ihres Haushaltsnettoeinkommens, so ist festzustellen, dass der Pro-Kopf-Betrag mit steigender Haushaltsgröße bundesweit deutlich abnimmt.⁷⁵

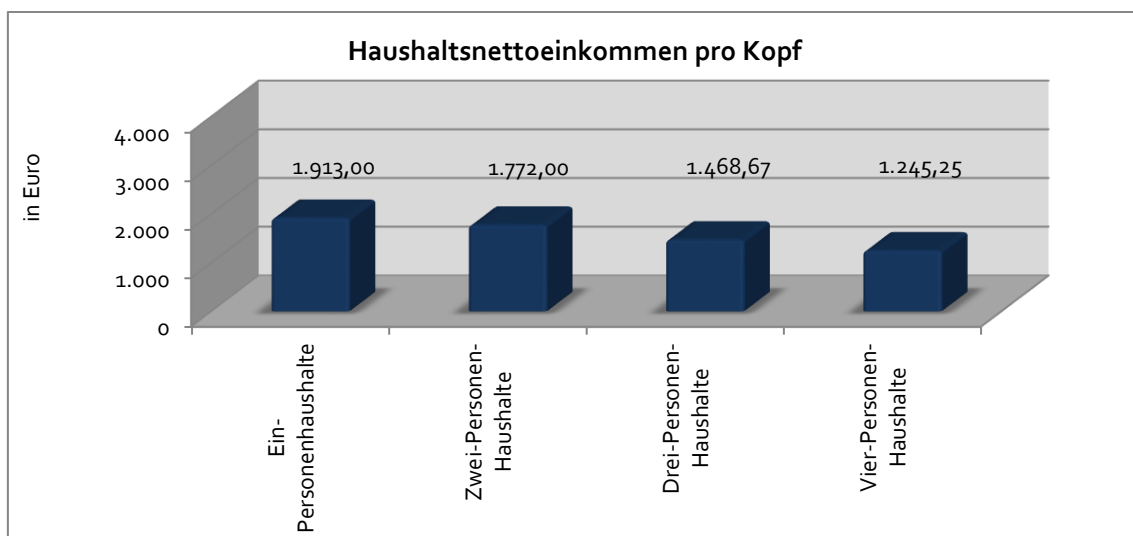


Abbildung 18 Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im Bundesdurchschnitt

Während der Unterschied zwischen Ein- und Zwei-Personenhaushalten noch geringer ausfällt, liegt die Differenz zwischen einem Vier-Personenhaushalt und einem Ein-Personenhaushalt bei knapp **670 Euro pro Person**. Auch die Ausführungen von Bertram und Deuflhard zeigen, dass Haushalte mit nur einem Kind das Medianeinkommen noch deutlich überschreiten. Mit dem zweiten Kind sinkt das zur Verfügung stehende Pro-Kopf-Einkommen merklich ab, während dieser Effekt bei Familien mit drei oder mehr Kindern noch stärker zu spüren ist. Besonders erwähnenswert ist, dass diese Einkommensrelationen bereits zu Beginn der 1970er Jahre existierten und es bis heute nicht gelungen ist, diese zu verändern.⁷⁶ In der Tendenz entsprechen die *saarländischen* Werte diesem deutschlandweiten Trend, wenn auch auf einem wesentlich geringeren Niveau. Die Differenz zwischen einem Vier-Personen-Haushalt und einem Ein-Personenhaushalt liegt hier sogar bei **763 Euro pro Person**.

⁷³ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2013). S. 14f.

⁷⁴ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a). S. 299f.

⁷⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^c). S. 26.

⁷⁶ Vgl. Bertram, Hans; Deuflhard, Carolin. (2015). S. 106.

Familiensituation	durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen	Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf
Haushalte insgesamt	2.885,00 Euro	
Ein-Personenhaushalt	1.642,67 Euro	1.642,67 Euro
Zwei-Personenhaushalt	2.874,87 Euro	1.437,43 Euro
Drei-Personenhaushalt	3.139,75 Euro	1.046,58 Euro
Vier-Personenhaushalt	3.517,95 Euro	879,49 Euro

Tabelle 3 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im SAARLAND (n=693), (Haushaltsbefragung)

Bezogen auf die verschiedenen **Haushaltsformen** ist zu konstatieren, dass Alleinlebende mit 1.913 Euro über das geringste Haushaltsnettoeinkommen deutschlandweit verfügen, Frauen dabei noch deutlicher als Männer (1.859 versus 2.006 Euro). Alleinerziehende folgen mit einem durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2.294 Euro pro Monat. Paaren insgesamt stehen pro Monat 3.992 Euro zur Verfügung. Betrachtet man diese Gruppe differenzierter, fällt auf, dass Paare ohne Kinder im Durchschnitt auf 3.729 Euro und mit Kindern auf 4.576 Euro zurückgreifen können.⁷⁷ Die *saarländische* Haushaltsbefragung bestätigt die oben beschriebenen Werte im Wesentlichen. Die Abweichungen zum durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen fallen bei Paaren mit Kindern deutlich geringer als auf Bundesebene aus, wogegen die Abweichung bei Alleinlebenden deutlich höher ist. Diese Tendenz ist auch bei Alleinerziehenden zu beobachten.

Familiensituation	durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen	Abweichung in Prozent vom Bundesdurchschnitt
Haushalte insgesamt	2.885,00 Euro	
Paare mit Kindern	3.650,59 Euro	+ 27 %
Paare ohne Kindern	2.975,24 Euro	+ 3 %
Alleinerziehende	1.915,67 Euro	- 34 %
Alleinstehende	1.637,91 Euro	- 43 %

Tabelle 4 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Familiensituation im SAARLAND (n=693), (Haushaltsbefragung)

Betrachtet man die **Zusammensetzung** des Haushaltsnettoeinkommens im SAARLAND, ist festzustellen, dass 57,5 % der Haushalte ihre Einkünfte aus Arbeitseinkommen generieren, 47,3 % aus Renteneinkünften und 27,8 % aus staatliche Transferleistungen.

⁷⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^c). S. 34.

Damit fällt der Anteil der Einkünfte aus Erwerbsarbeit im **SAARLAND** geringer als im Bundesdurchschnitt aus; dafür liegt der Prozentwert der staatlichen Transferleistungen und Renteneinkünfte über dem bundesdeutschen Mittel.

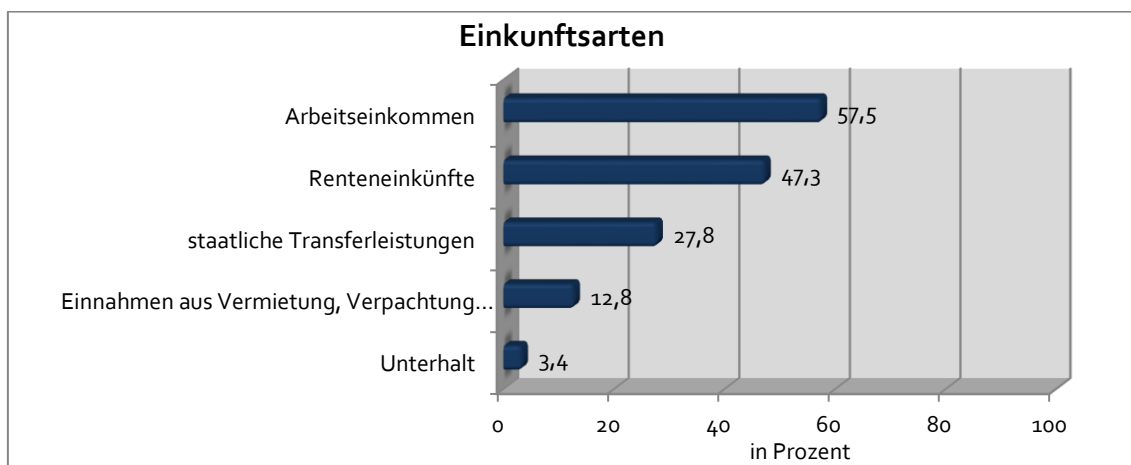


Abbildung 19 Einkunftsarten (n=844), (Haushaltsbefragung)

Die Differenzierung nach Haushaltsformen macht auf ein großes Dilemma - die Alleinerziehenden betreffend - aufmerksam. Diese Haushalte beziehen zum einen am häufigsten staatliche Transferleistungen als auch Unterhaltsleistungen aufgrund privatrechtlicher Vorgaben. Im Gegensatz zu den Paaren mit Kindern beziehen sie auch deutlich seltener Arbeitseinkommen. Dies legt die Deutung nahe, dass alleinerziehende Haushalte scheinbar ihre finanzielle Situation nicht deutlich durch eigene Erwerbstätigkeit verbessern können, sind sie doch auf andere, nicht selbst beeinflussbare Einnahmequellen angewiesen.

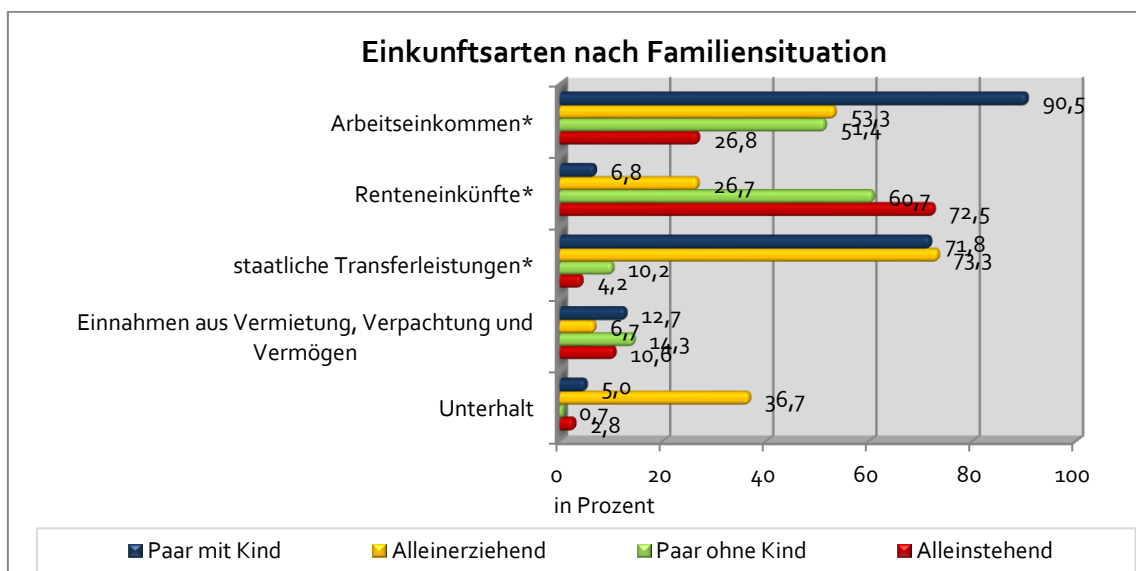


Abbildung 20 Einkunftsarten nach Familiensituation (n=832), (Haushaltsbefragung)

Bemerkenswert erscheint, dass (neben den 18- bis 25-Jährigen, die sich in der Regel noch in Ausbildung oder Studium befinden) auch die Seniorinnen und Senioren (ab 65 Jahre) unterhalb des bundesdeutschen Durchschnitts bewegen. Sie liegen circa 20 %

unter dem Durchschnitt, während die 18- bis 25-Jährigen sogar nur circa die Hälfte des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung haben.⁷⁸ Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der *saarländischen* Seniorenhaushalte (2.102 Euro) liegt um 27 % unter dem Landesdurchschnitt und damit auch unter den bundesweiten Vergleichsdaten für Seniorinnen und Senioren.

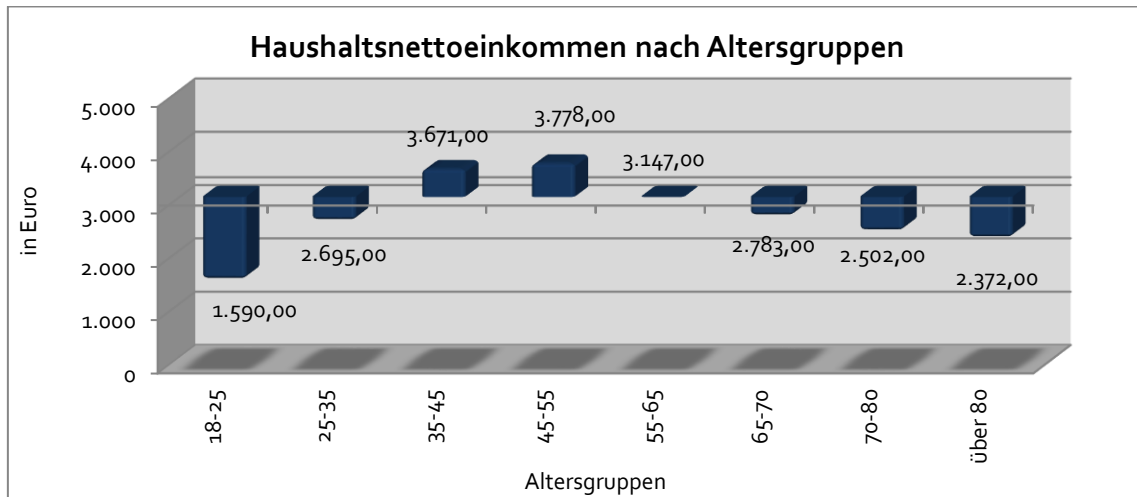


Abbildung 21 Haushaltsnettoeinkommen nach Altersgruppen in Deutschland

Seniorenhaushalte beziehen erwartungsgemäß zum überwiegenden Teil ihre finanziellen Ressourcen aus Renten und Pensionen. 8,5 % der Seniorenhaushalte haben darüber hinaus allerdings auch Einkünfte aus Erwerbsarbeit.

Betrachtet man nun die *saarländischen* Haushalte bezüglich ihrer monetären Situation genauer, scheinen Familien insgesamt eine gute finanzielle Position zu haben. Über zwei Drittel können sich alles kaufen, was sie zum Leben brauchen. Deutlichere Differenzen gibt es bei der Betrachtung der unterschiedlichen Haushaltsformen. Hier fallen insbesondere die Alleinerziehenden heraus, die mit nur 34,6 % eine wesentlich geringere Zufriedenheitsquote aufweisen. Auch Seniorenhaushalte sind deutlich weniger zufrieden mit ihrer finanziellen Situation.

⁷⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^c). S. 32.

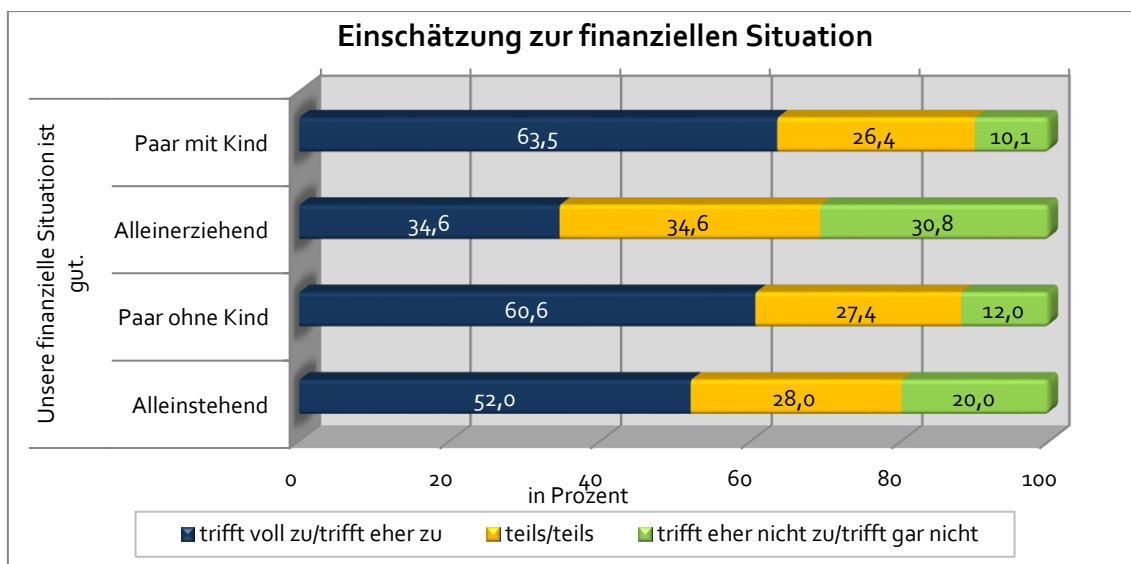


Abbildung 22 Aussagen zum Thema Geld nach Familiensituation (n=731-767), (Haushaltsbefragung)

Bei der Differenzierung nach den Familienformen wird ersichtlich, dass die Alleinerziehenden ein hohes Konfliktpotential bezüglich ihrer finanziellen Situation aufweisen. Diese müssen deutlich häufiger auf viele Dinge und insbesondere Urlaubsreisen verzichten. Auch die Kompensation von Sonderausgaben fällt ihnen schwerer.

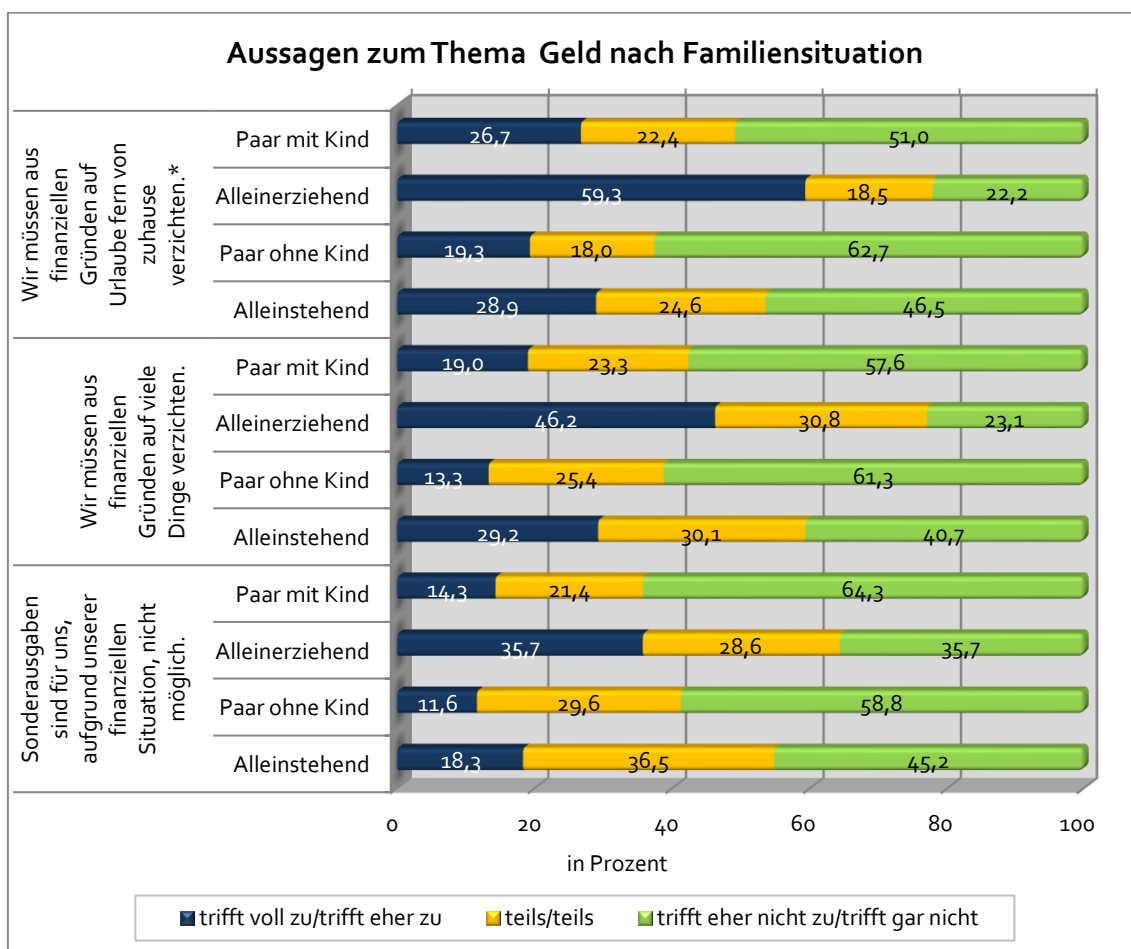


Abbildung 23 Aussagen zum Thema Geld nach Familiensituation (n=731-767), (Haushaltsbefragung)

Zudem können auch noch weitere Gruppen herausgestellt werden, die nach eigenen Angaben finanziell beeinträchtigt sind. Dazu gehören neben den Alleinerziehenden auch Haushalte mit geringem Haushaltsnettoeinkommen, mit Kindern unter 3 Jahren aber auch Seniorenhaushalte und solche mit Migrationshintergrund.

Der Ausgleich der hier beschriebenen finanziellen Ungleichheiten obliegt in erster Linie der Bundesregierung. Eine Vielzahl von steuerlichen (Ehegattensplitting oder Entlastungsbetrag für Alleinerziehende) und monetäre Leistungen (Kindergeld, Elterngeld oder Kinderfreibeträge) sollen heute schon dazu beitragen, dass Familien die verschiedenen Lebenssituationen besser meistern können. Die Prognos AG kommt im Endbericht der „Gesamtevaluation dieser ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland“ zu dem Ergebnis, dass diese Leistungen zu wirtschaftlicher Stabilität der Familien in unterschiedlicher Art und Weise beitragen. Insbesondere das Kinder- und Elterngeld als auch die öffentlich geförderte Kinderbetreuung scheinen einen bedeutenden Beitrag dazu zu leisten.⁷⁹

Die **saarländische** Landesregierung trägt ebenfalls dazu bei, die finanzielle Situation von Familien zu verbessern, indem sie beispielsweise die **Elternbeiträge** für die öffentliche **Kinderbetreuung** im 3. Kindergartenjahr einkommensabhängig staffelt. So erhalten Alleinerziehende mit einem Kind eine volle Beitragsbefreiung, wenn sie nicht mehr als 1.900 Euro im Monat zur Verfügung haben. Für Familien mit zwei Kindern beträgt die Einkommensgrenze 2.400 Euro. Eltern mit geringem Einkommen, deren Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, können zudem einen Antrag auf die Übernahme des Elternbeitrages beim zuständigen örtlichen Jugendamt stellen.

Auch die Festlegung der Landesregierung die **Kinderkrippen** weiter auszubauen und den Anteil der **Ganztagesplätze** zu erhöhen, stellt eine gute Möglichkeit zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien dar, da hierdurch die Erwerbstätigkeit beider Elternteile befördert wird und im Ergebnis höhere Familiennettoeinkommen erzielt werden können.

Je nach Haushaltstyp beschreiben dennoch zwischen 10 und 30 % der **saarländischen** Familien ihre finanzielle Situation als eher schlecht. Um diese Gruppe genauer zu betrachten und dabei die beschriebenen Besonderheiten von Alleinerziehenden und Seniorenhaushalten herauszustellen, wird im Folgenden das Armutsrisiko der **saarländischen** Familien beleuchtet.

⁷⁹ Prognos AG. (2014). S. 360.

2.4 Armutsrisiko

Alleinerziehende, Familien mit drei und mehr Kindern, Frauen, Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau sowie Menschen mit Migrationshintergrund sind besonders stark von Armut betroffen. Auffällig ist, dass sich die Situation der genannten Personengruppen seit über 10 Jahren nicht verändert hat. Die Armutsquote von Alleinerziehenden und Menschen mit geringer Qualifikation ist sogar gestiegen.⁸⁰

Im *saarländischen* Armuts- und Reichtumsbericht wird die Quote mit 16,1 % für das Jahr 2014 ausgewiesen⁸¹. Hervorzuheben ist, dass die Armutsquote des **SAARLANDES** über dem Bundesdurchschnitt liegt. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote und die SGB II-Quote⁸². Im Länderranking der Armutsquoten findet sich das **SAARLAND** gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen auf Platz 8.⁸³

Wie bereits oben erwähnt, hat die *saarländische* Landesregierung mit dem Aktionsplan zur Armutsbekämpfung eine Strategie vorgelegt, mit der Armutsphänomene in den Blick genommen werden sollen. Um Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen wurde das Landesprogramm „Arbeit für das **SAARLAND** – ASaar“ zur Flankierung der öffentlich geförderten Beschäftigung im **SAARLAND** ins Leben gerufen. Damit will die Landesregierung gemäß Koalitionsvertrag 2012 – 2017: „... alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um jedem die Möglichkeit zu geben, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte und dauerhafte Arbeit zu verdienen“.⁸⁴ Das Programm wurde gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, der Bundesagentur für Arbeit, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden sowie den Trägern von Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen entwickelt. Die Untersuchungen zum Armuts- und Reichtumsbericht lassen die Feststellung zu, dass auch zukünftig nicht auf ein solches Programm verzichtet werden kann.

Alleinerziehende und Mehrkindfamilien

Während das Armutsrisiko Alleinerziehender im Jahr 2005 noch bei 39,3 % lag, betrug es 2014 bereits 41,9 %. Paare mit Kindern haben dagegen ein Armutsrisiko in Abhängigkeit von der Kinderzahl von 9,6 % bis 24,6 %.⁸⁵ Der *saarländische* Armuts- und Reichtumsbericht weist für das Jahr 2014 eine regionalisierte Armutsquote von 39 % für Alleinerziehende und von 29,5 % für Paare mit drei und mehr Kindern aus.⁸⁶ Alleinerziehende beziehen zudem fünfmal häufiger Leistungen nach dem SGB II und sind wie

⁸⁰ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2016). S. 23.

⁸¹ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a). S. 73.

⁸² Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2016). S. 17ff.

⁸³ Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2016). S. 19.

⁸⁴ Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2012–2017). S. 19.

⁸⁵ Ebd. S. 24.

⁸⁶ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a). S. 73.

bereits beschrieben auf teilweise „unsichere“ Unterhaltszahlungen angewiesen. Bedeutsam ist diese Entwicklung auch dahingehend, dass augenscheinlich eine steigende Erwerbsquote der zumeist weiblichen Alleinerziehenden nicht dazu führt, das Armutsrisiko zu senken.⁸⁷ Der „Zukunftsreport Familie 2030“ macht deutlich, dass inzwischen bei fast zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter das Einkommen zur Existenzsicherung ausreicht, allerdings häufiger dann, wenn die Frauen in Vollzeit oder vollzeitnah tätig sind. Bei einer Tätigkeit von bis zu 15 Stunden pro Woche reicht das Einkommen nur selten zur Existenzsicherung.⁸⁸

Das „**Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar**“ hat durch das 2014 vorgelegte Konzeptpapier zur Fachkräftesicherung und den darin enthaltenen Maßnahmen einen guten Grundstein für die Verbesserung der finanziellen Situation von Familien heute und in der Zukunft gelegt. Dabei werden sowohl die schulische Bildung, die berufliche Ausbildung, die Hochschullandschaft als auch die berufliche Weiterbildung und Qualifizierung in den Blick genommen. Ferner liegt der Fokus zudem auf älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem wird angestrebt, durch die verabschiedete Strategie Abwanderung zu verhindern. Mit klaren abrechenbaren Zielen soll so bis 2025 eine deutliche Verbesserung im Rahmen der Fachkräftesicherung erzielt werden.

Erwerbsbeteiligung von Frauen

Mit einer Quote von nur 63,8 % hatte das **SAARLAND** im Jahr 2014 die niedrigste Frauenerwerbstätigenquote im Bundesgebiet (Bundesdurchschnitt 69,5 %).⁸⁹ Das Anfang des Jahres 2016 beschlossene Arbeitsprogramm zur „Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung“ im Rahmen des „Zukunftsbündnisses Fachkräfte Saar“ analysiert die Situation von Frauen auf dem **saarländischen** Arbeitsmarkt und macht verschiedene Problemlagen aus, die Frauen an einer gleichberechtigten Erwerbsbeteiligung hindern. Diese sind neben der Entwicklung der Beschäftigung im Lebensverlauf aufgrund der oft schwierigen Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf besonders auch der Wiedereinstieg, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs) oder das Arbeiten in Teilzeit, das Berufswahlverhalten sowie die Neigung zum Dienstleistungsbereich und zu frauentypischen Branchen. Durch Sensibilisierung, Beratung und Qualifizierung soll es der eigens zur Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung eingerichteten zentralen Anlaufstelle „Frauen im Beruf“ (FiB) gelingen, die verschiedenen Akteure auf kommunaler und überörtlicher Ebene zu vernetzen und eine transparente Informationsinfrastruktur zur Frauenerwerbstätigkeit aufzubauen. Ferner ist es das Ziel, im Rahmen des Programmes die Gründungstätigkeit von Frauen als Alternative zur abhängigen Beschäftigung

⁸⁷ Lenze, Anne und Funke, Antje. (2016). S. 20.

⁸⁸ Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). S. 27.

⁸⁹ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr. (2016). S. 5.

zu befördern.⁹⁰ An dieser Stelle soll auch das Projekt "**AhA - Agenturen für haushaltsnahe Arbeit**" Erwähnung finden, deren Agenturen bereits seit 2004 insbesondere Frauen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich anbieten. Gleichzeitig wird **saarländischen** Privathaushalten ein flächendeckendes Angebot an legalen hauswirtschaftlichen Dienstleistungen gemacht, die die Schwarzarbeit in diesem Bereich eindämmen soll.⁹¹

Freizeitgestaltung

Insbesondere im Freizeitverhalten fühlen sich Alleinerziehende deutlich häufiger finanziell beeinträchtigt als alle anderen Familien. Auch Familienurlaube finden vermehrt aus finanziellen Gründen nicht statt.

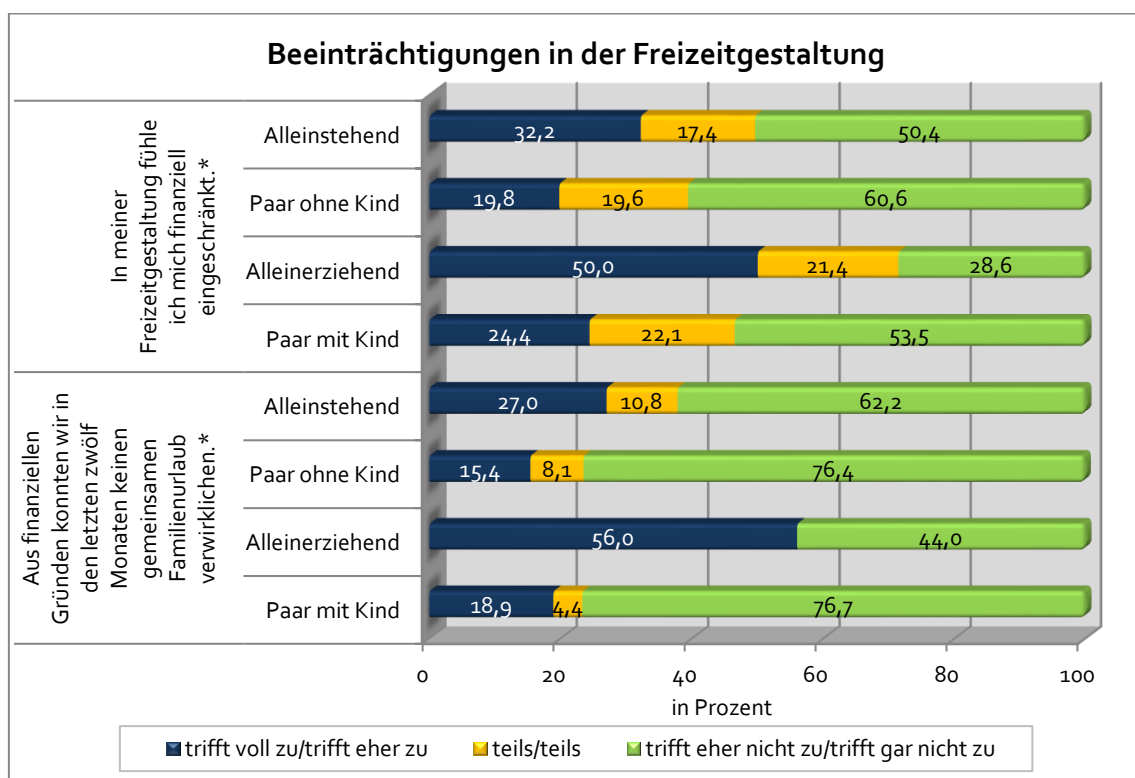


Abbildung 24 Beeinträchtigungen in der Freizeitgestaltung aus finanziellen Gründen (n=218-767), (Haushaltsbefragung)

Zudem werden Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche von Alleinerziehenden als wenig erschwinglich eingestuft. Wohneigentum besitzen lediglich 40 % der Alleinerziehenden, wohingegen es bei den Paaren mit Kindern 80 % sind.

Für ein höheres Arbeitseinkommen wären Alleinerziehende fast doppelt so häufig wie Paare mit Kindern bereit, das **SAARLAND** zu verlassen.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Vgl. AhA – Agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen. Unter <http://www.saarland.de/SID-618AD0oA-04F4707D/1950.html>.

Um auch Alleinerziehenden und Mehrkindfamilien **Feriererlebnisse** zu ermöglichen, bietet die **saarländische** Landesregierung unter bestimmten Fördervoraussetzungen für Familien mit 3 und mehr Kindern und Alleinerziehende mit mindestens zwei Kindern und Familien sowie Alleinerziehende mit mindestens einem Familienmitglied mit Behinderung einen einkommensabhängigen Zuschuss an.

Seniorinnen und Senioren

Das Haushaltsnettoeinkommen von Seniorinnen und Senioren liegt im **SAARLAND** - wie bereits beschrieben - mit rund 2.102 Euro unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Je älter die Personen im Haushalt sind, desto geringer ist das monatliche Haushaltsnettoeinkommen. Die Armutsgefährdungsquote der Seniorinnen und Senioren lag 2005 bei 11,0 % und stieg bis zum Jahr 2014 um 30,9 % auf 14,4 %. Betrachtet man diese Altersgruppe nach dem Erwerbsstatus, dann liegen die Quoten für Beziehende von Rente und Pension noch einmal höher (2005 bei 10,7 % und 2014 bei 15,6 %) und damit erstmals über der durchschnittlichen Armutsquote von 15,4 %.⁹² So liegt die Armutsquote der Rentnerinnen und Rentner aktuell um knapp 46 % höher als 10 Jahre zuvor. In keiner anderen Bevölkerungsgruppe ist eine solch starke Erhöhung zu verzeichnen. Einher geht diese Entwicklung mit einer deutlichen Zunahme der Bezieherinnen und Bezieher von Altersgrundsicherung. Diese Quote hat sich von 2005 (2,2 %) auf 2014 (3,1 %) um fast 50 % erhöht. Besonders betroffen vom Risiko der Altersarmut sind alleinlebende Seniorinnen und Senioren und innerhalb dieser Gruppe ganz besonders Frauen. Paalhaushalte sind dementsprechend seltener vom Armutsrisiko betroffen.⁹³ Die Entwicklung der Armutsgefährdungsquote der **saarländischen** Seniorinnen und Senioren ist mit den bundesweiten Daten vergleichbar. Gemessen am Bundesmedian betrug im Jahr 2005 die Quote der Personengruppe ab 65 Jahren 13,3 % und stieg bis 2013 auf 19,2 %. Dabei tragen Frauen auch hier ein höheres Armutsrisiko (22,0 % versus 15,6 %).⁹⁴

Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Anteil derer, die nach Eintritt ins Rentenalter erwerbstätig sind, deutlich gestiegen. Waren es 1996 noch 5,1 %, stieg der Anteil im Jahr 2014 auf 11,6 %. Besonders hohe Beschäftigungsquoten weisen 66- bis 71-Jährige, Männer, in den alten Bundesländern Lebende und Menschen mit einem hohen Bildungsabschluss auf.⁹⁵ Ein Zusammenhang zwischen geringem Haushaltsnettoeinkommen und Beschäftigung im Rentenalter konnte nicht nachgewiesen werden. In den verschiedenen oben genannten Studien stimmen die Autorinnen und Autoren überein, dass die Entscheidung zur Erwerbsarbeit im Alter freiwillig erfolgt und nicht nur aufgrund fehlender finanzieller Mittel getroffen wird.

⁹² Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2016). S. 24.

⁹³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2013). S. 294.

⁹⁴ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a). S. 73.

⁹⁵ Mahne, Katharina, Wolff, Julia K., Simonson, Julia, Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.). (2016). S. 56.

7 % der Haushalte der **saarländischen** Haushaltsbefragung sind neben dem Bezug von Rente oder Pension noch berufstätig. Über drei Viertel der Befragten, die weiterhin **berufstätig** sind, hat Freude an der Tätigkeit und die Mehrzahl darüber hinaus das Gefühl gebraucht zu werden. Über die Hälfte dieser Gruppe verschafft die Arbeit ein Gefühl der Zufriedenheit. Nur sehr wenige Personen empfinden ihre Tätigkeit als Belastung. Über drei Viertel der Befragten, die **keiner entgeltlichen Beschäftigung** mehr nachgehen, sind allerdings froh, mit Eintritt der Rente nicht mehr arbeiten zu müssen. Darüber hinaus wäre auch die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner dazu körperlich nicht mehr in der Lage. Knapp 5 % würden gern arbeiten, haben aber noch keine passende Tätigkeit gefunden. Über drei Viertel der Gruppe, die gern arbeiten möchte, verfügt über ein eher geringes Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro.

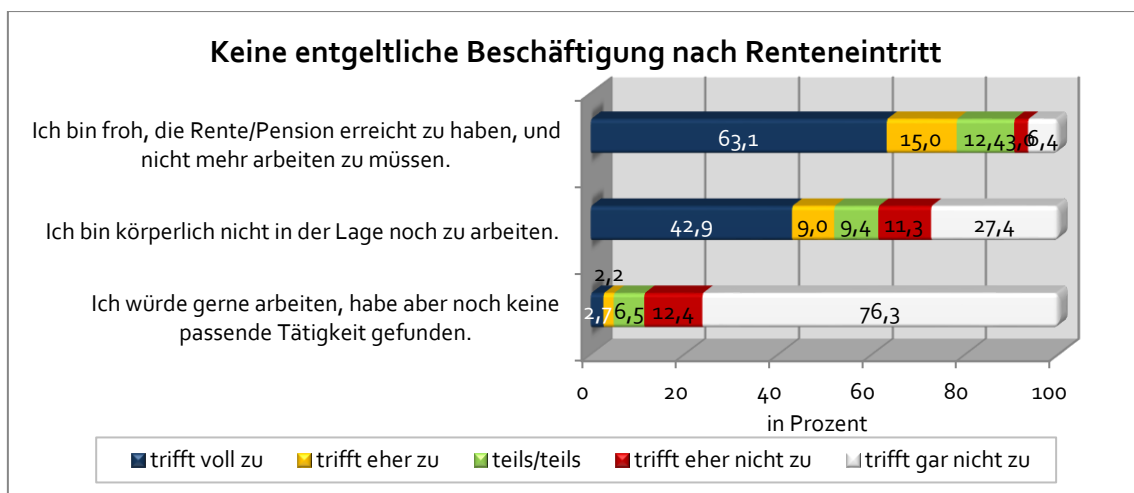


Abbildung 25 Gründe, nach Renteneintritt keiner entgeltlichen Beschäftigung nachzugehen (n=186-233), (Haushaltsbefragung)

Dabei würden Befragte, die zur Miete wohnen, häufiger wieder arbeiten, haben aber noch nicht die passende Tätigkeit gefunden, als jene, die in Wohneigentum leben (22 % versus 3 %).

Auch in den **Dialogkonferenzen** zum Familienreport des **SAARLANDES** wurde das Thema Altersarmut diskutiert. Die Beteiligten bezeichneten insbesondere prekäre Arbeitsverhältnisse als Grundproblem eines wachsenden Armutsrisikos im Alter. Hinsichtlich atypischer Erwerbsformen und den damit verbundenen häufigeren Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit, ist es für die Betroffenen schwieriger einen ausreichenden Rentenanspruch zu generieren. Das gilt für die gesetzliche wie auch für die private Altersvorsorge. Wobei zu sagen sei, dass Altersarmut ausgelöst durch prekäre Beschäftigung eher für zukünftige Rentengenerationen ein Risiko darstellt. Die gegenwärtigen Rentnerinnen und Rentner beziehen niedrige Renten häufiger aufgrund von Nichterwerbstätigkeit während des Krieges und der Nachkriegszeit. Insbesondere seien Frauen betroffen, da sie traditionell die Rolle der Hausfrau und Mutter begleiteten. Dementsprechend gingen sie nur einer geringfügigen oder überhaupt keiner Erwerbstätigkeit nach. Rentenansprüche konnten so nur in einem geringen Maße erzielt werden.

Im Ersten Armuts- und Reichtumsbericht für das **SAARLAND** verweisen die Autoren darauf, dass vermutlich in Zukunft immer mehr Seniorinnen und Senioren im Rentenalter arbeiten müssen, um ihre finanzielle Situation aufzubessern.⁹⁶

2.5 Zusammenfassung

Die Mehrzahl der *saarländischen* Familien schätzt ihre finanzielle Situation als zufriedenstellend ein. Allerdings liegt das Haushaltsnettoeinkommen insgesamt betrachtet deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt und damit das Armutsrisiko unverkennbar darüber. Nur die *saarländischen* Paare mit Kindern verfügen im deutschlandweiten Vergleich über ein höheres Haushaltsnettoeinkommen.

Allerdings ist auch festzustellen, dass sich insbesondere gering qualifizierte Alleinerziehende in einer besonders prekären Lebenslage befinden, da sie ein hohes Armutsrisiko haben und so auch zukünftig auf staatliche Unterstützung angewiesen sein werden.

Im bundesdeutschen Vergleich ist im **SAARLAND** die niedrigste Frauenerwerbsquote zu verzeichnen. Hinzu kommt ein hoher Anteil an Frauen in Teilzeit und in Minijobs. Dies führt zu einem hohen Armutsrisiko dieser Zielgruppe und muss auch weiterhin in den Blick genommen werden.

Hervorzuheben ist hier die *saarländische* Strategie „Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar“ zur Fachkräftesicherung, verbunden mit einem speziellen Fokus auf die Frauenerwerbsbeteiligung. Aber auch das Programm „Arbeit für **SAARLAND** – ASaar“ mit einer besonderen Ausrichtung auf die Verbesserung der Situation von Langzeitarbeitslosen kann dazu beitragen, die finanzielle Situation von Familien zu verbessern. Allerdings sei an dieser Stelle auch angemerkt, dass es gerade für Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende immer schwerer zu werden scheint, den Weg in den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsmarkt zu finden. Mit dem Aktionsplan zur Armutsbekämpfung und dem daraus resultierenden Armuts- und Reichtumsbericht besitzt die Landesregierung eine gute Grundlage, um die Strategien zur nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation von Familien in den verschiedenen Lebensformen weiterzuentwickeln.

Saarländische Seniorinnen verfügen bundesweit über die niedrigsten Renten und sind somit in besonderer Weise von Altersarmut betroffen. Damit werden vermutlich zukünftig mehr Seniorinnen und Senioren auch im Rentenalter arbeiten müssen. Die Herausforderung wird sein, die im Titel des Koalitionsvertrages benannte Vision: „Zusammenhalt bewahren.“ auch in der Zukunft umzusetzen.

⁹⁶ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a). S. 168.

3 DIALOG DER GENERATIONEN

*„Die Jugend ist die Zeit, die Weisheit zu lernen.
Das Alter ist die Zeit, sie auszuüben.“*

(Jean-Jacques Rousseau (1712 – 1778), Schriftsteller, Philosoph, Pädagoge)

3.1 Einleitung

Das Leben ist geprägt von Beziehungen zu anderen Menschen, innerhalb der Familie, zu Freunden, im Arbeitsleben und auch zwischen den Generationen. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur eigenen Lebensqualität, der sozialen Teilhabe oder auch der persönlichen Entwicklung⁹⁷. In Zeiten des demografischen Wandels rücken die Beziehungen zwischen den Generationen immer stärker in den Fokus, da es zu einer Verschiebung der Gewichte zwischen den Generationen kommt, indem der Anteil der älteren Menschen ansteigt und der jüngeren sinkt. Gleichzeitig kommt es zu einer Pluralisierung der Familienkonstellationen und einer sinkenden Verlässlichkeit der familiären Strukturen, sodass eine verstärkte Individualisierung zu beobachten ist. Daraus resultieren neue Beziehungsformen zwischen den Generationen. Sowohl Familien als auch Seniorinnen und Senioren mit geringen Unterstützungsformen im unmittelbaren Umfeld sind auf Hilfe und Unterstützung aus der Nachbarschaft beziehungsweise freiwilliges Engagement angewiesen.

Die demografische Entwicklung wirft zunehmend die Frage auf, wie die Generationen künftig miteinander leben wollen. Voraussetzung für ein gelingendes Miteinander ist dabei die Bereitschaft aller Generationen, die jeweiligen Bedürfnisse, Erwartungen, Kompetenzen, aber auch die generationenspezifischen Belastungen und Problemlagen wahrzunehmen sowie unterschiedliche Stärken und Schwächen zu erkennen und auszugleichen. Für die Solidarität unter den Generationen, für gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Akzeptanz über Altersgrenzen hinweg ist es deshalb in Zukunft besonders wichtig, dass die Dialogfähigkeit zwischen den Generationen erhalten bleibt und - wo notwendig – weiter verbessert wird. Im Dialog der Generationen besteht großes Potential für eine zukunftsfähige Entwicklung der Gesellschaft, die den Anforderungen aller Generationen gerecht wird. Verschiedene bundesdeutsche Studien zeigen, dass die Förderung von Generationenbeziehungen dazu beitragen kann, familienpolitische Potentiale in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zu heben.

⁹⁸

Darauf beziehend widmet sich dieses Kapitel zunächst einer allgemeinen Betrachtung der vorherrschenden Generationenbeziehungen, um anschließend den Fokus so-

⁹⁷ Vgl. Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2010). S. 1.

⁹⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 7.

wohl auf Mitbestimmungsmöglichkeiten als auch auf Formen des ehrenamtlichen Engagements zu legen. In diesem Zusammenhang wird in diesem Kapitel auch das Thema Pflege behandelt. Wobei der kommende Bedeutungszuwachs der älteren Generation in unserer Gesellschaft sich keineswegs auf diese Thematik beschränkt.

Befunde zum Dialog der Generationen in der Bundesrepublik Deutschland:

- ❖ Zwischen den Generationen lässt sich eine ausgeprägte Solidarität feststellen.
- ❖ Das Unterstützungspotential der älteren Generation gegenüber der jüngeren wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen.
- ❖ Den Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern wird eine bedeutende Funktion im Zusammenleben und Zusammenhalt von Familien beigemessen.
- ❖ Außerfamiliäre Generationenbeziehungen kompensieren das Wegbrechen familiärer Strukturen, meist unter einem bestimmten Funktionszusammenhang.
- ❖ Altruistische Motive bürgerschaftlichen Engagements überwiegen gegenüber Nutzenerwägungen.
- ❖ Besonders in Lebensphasen des Umbruchs oder auch im Alter können Mehrgenerationenhäuser unterstützen, ein Netzwerk zu erhalten und zu erweitern.
- ❖ Bürgerinnen und Bürger fordern immer stärker Möglichkeiten der direkten Demokratie ein.
- ❖ Das Unterstützungspotential der pflegenden Generation wird sich in den kommenden Jahren verringern.

3.2 Generationendialog

Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter. Im Jahr 2000 waren 17,5 %⁹⁹ der **saarländischen** Bevölkerung über 65 Jahre. Im Jahr 2015 stieg der Anteil bereits auf 22,6 %¹⁰⁰ an. Prognosen errechnen für das Jahr 2020, dass im **SAARLAND** 24,5 %¹⁰¹ der Bevölkerung der Gruppe der über 65-Jährigen angehören. Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung wird demnach immer weiter ansteigen. Im Umkehrschluss sinkt der Anteil der unter 20-Jährigen im Verhältnis weiter ab. Es ist unumstritten, dass diese Entwicklung auch Auswirkungen auf gesellschaftliche Prozesse haben wird. Bei einem steigenden Anteil älterer Menschen in der Bevölkerung wird auch ihr

⁹⁹ Vgl. Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales. (1996). S. 10.

¹⁰⁰ Vgl. Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales. (2007). Saarbrücken. S. 31.

¹⁰¹ Vgl. ebd. S. 31.

gesellschaftliches Gewicht wachsen, wodurch ein Dialog zwischen den Generationen an Bedeutung gewinnt. Momentan kann deutschlandweit eine ausgeprägte Solidarität zwischen den Generationen festgestellt werden, die sich in vielfältigen Transfer- und Unterstützungsleistungen äußert.¹⁰²

Um potentielle Unterstützungsleistungen abzubilden, kann der „intergenerationelle Unterstützungskoeffizient“ herangezogen werden. Dieser stellt die demografische Größenordnung zweier aufeinanderfolgender Generationen dar. Über die tatsächlichen Familienbeziehungen kann dieser Koeffizient jedoch keine Aussage treffen, er bildet lediglich demografische Trends ab, die auf mögliche Potentiale zwischen den Generationen hindeuten. Für das Unterstützungspotential der älteren Generation gegenüber der jüngeren werden die über 65-Jährigen mit den unter 20-Jährigen ins Verhältnis gesetzt. 2010 kamen 1,1 Personen über 65 Jahre auf eine Person unter 20 Jahre.¹⁰³ 2014 ist der Unterstützungskoeffizient bereits auf 1,2 angestiegen. Im **SAARLAND** lag er bei 1,4 zu eins. Die Prognose deutet darauf hin, dass dieses Verhältnis in der Zukunft immer weiter steigen wird. So kommen 2030 voraussichtlich zwei über 65-Jährige auf einen unter 20-Jährigen und 2060 sogar 2,4. Dies bedeutet nicht nur für das **SAARLAND** einen Anstieg des Potentials der älteren Generation für die jüngere.

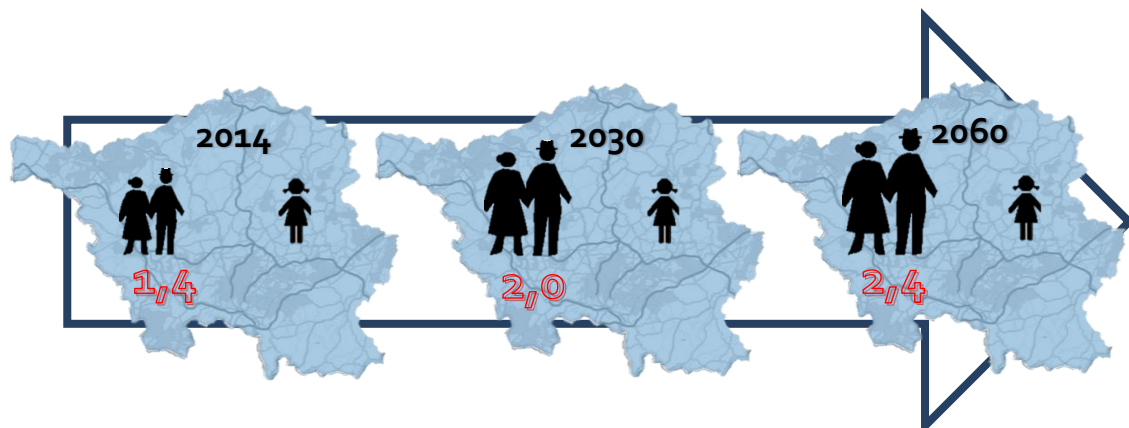


Abbildung 26 *saarländischer* intergenerationeller Unterstützungskoeffizient (eigene Berechnung)

Dieses Potential kommt einerseits durch innerfamiliäre Generationenbeziehungen zum Ausdruck, als auch andererseits durch außerfamiliäre Generationenbeziehungen, die oftmals institutionell organisiert werden (müssen).

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weist in der wissenschaftlichen Untersuchung zu den Generationenbeziehungen darauf hin, dass den Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern eine bedeutsame Funktion im Zusammenleben und Zusammenhalt von Familien beigemessen wird. Als wesentliches Merkmal dieser Beziehung werden die unterschiedlichen Lebenserfahrungshintergründe der Generationen benannt. Ganz explizit wird dies als eine Bereicherung für ein

¹⁰² Vgl. Amrhein, Volker; Schüler, Bernd. (2005). S. 10f.

¹⁰³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2012^b). S. 17.

wechselseitiges Verständnis dargestellt. Ein weiteres Merkmal bilden materielle und instrumentelle Unterstützungsleistungen. Insbesondere in der Pflege von Angehörigen kommt den innerfamiliären Unterstützungsleistungen eine zentrale Bedeutung zu.¹⁰⁴ Die Befragung der **saarländischen** Haushalte konnte in diesem Zusammenhang feststellen, dass die Mehrzahl der Familien in räumlicher Nähe zu Verwandten lebt. Knapp 4 % leben sogar mit drei und mehr Generationen in einem Haushalt. Diese Haushalte sind durch folgende weitere Merkmale geprägt:

Drei- und mehr- Generationen- haushalte

- Personen, die seit der Geburt im Saarland wohnen
- Haushalte, die im Eigentum wohnen
- Haushalte, mit zu pflegenden Angehörigen
- Haushalte, mit guter familiärer Unterstützung
- Haushalte, die eher ländlich wohnen

Abbildung 27 Drei- und mehr-Generationenhaushalte nach Haushaltsmerkmalen, (Haushaltsbefragung)

Darüber hinaus zeigen die **saarländischen** Befunde, dass die Nähe und der Bezug zu nahen Verwandten, wie Kindern, Enkeln und Großeltern, für die Mehrzahl der Befragten wichtig ist. Im Verhältnis scheint das Zusammensein mit und der Bezug zu Kindern und Enkelkindern jedoch wichtiger als die örtliche Nähe zu ihnen zu sein. Dabei fällt auf, dass Familien dem Zusammensein mit Kindern eine höhere Bedeutung beimessen, als dies Seniorinnen und Senioren tun. Diese wiederum gewichten die Nähe der Wohnorte höher. Generell haben Freizeit und gemeinsam verbrachte Zeit eine große Bedeutung für die Ausgestaltung von Generationenbeziehungen. Mehr als zwei Drittel der **saar-**

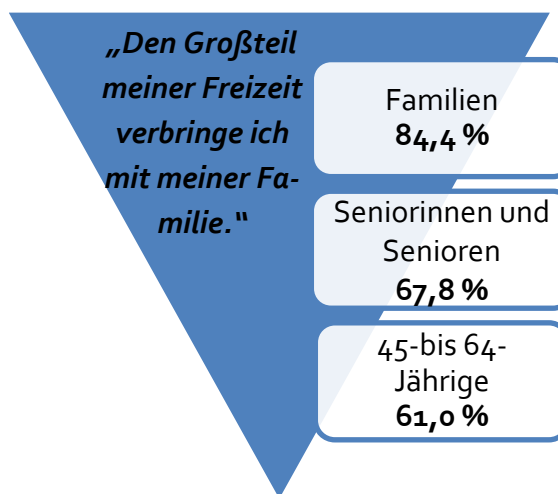


Abbildung 28 „Den Großteil meiner Freizeit verbringe ich mit meiner Familie.“ nach Zielgruppe „trifft voll zu/trifft eher zu“ (n=780), (Haushaltsbefragung)

ländischen Haushalte gestalten den Großteil ihrer Freizeit mit ihrer Familie. Von den Seniorinnen und Senioren verbringen über ein Fünftel den Großteil der Freizeit mit den Enkelkindern. Sobald Kinder mit im Haushalt leben, steigt der Anteil der verbrachten Freizeit miteinander an. Dabei unterscheiden sich Paare mit Kindern und Alleinerziehende kaum. Größer ist der Unterschied zu den Seniorinnen und Senioren. Aus den Er-

¹⁰⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 22 f.

gebnissen lässt sich somit schlussfolgern, dass zwar lediglich ein geringer Teil der Haushalte mit mehreren Generationen in einem Haushalt lebt, jedoch die Bedeutung der familiären Generationenbeziehung hoch ist.

Eine Vielzahl von Faktoren kann dazu führen, dass innerfamiliäre Generationenbeziehungen wegbrechen oder gar nicht erst entstehen. Hierzu gehören beispielsweise Kinderlosigkeit, Trennungen und Scheidungen.¹⁰⁵ Unter den Gesichtspunkten der bereits oben beschriebenen Vorteile und Potentiale von Generationenbeziehungen besteht die Notwendigkeit, diese auch außerfamiliär abzusichern, zu stärken oder aufzubauen. Außerfamiliäre Generationenbeziehungen kommen meist unter einem bestimmten Funktionszusammenhang bzw. einer bestimmten Aufgabenzuweisung zu Stande, mit der eine Aufgabe, die sonst durch die Familie erfüllt worden wäre, kompensiert wird. Außerfamiliäre Generationenbeziehungen sind meist unabhängig vom Alter.¹⁰⁶ Institutionelle Voraussetzungen für die Entwicklung von außerfamiliären Generationenbeziehungen sind einerseits das Vorhandensein von Gelegenheiten für Begegnungen und andererseits eine beschränkte Verbindlichkeit. Oftmals sind Möglichkeiten für die Förderung außerfamiliärer Generationenbeziehungen im Rahmen ehrenamtlichen Engagements begründet.¹⁰⁷ Der Anlass vieler Menschen, sich in Projekten zu engagieren, ist häufig der Wunsch nach Erfahrungen und Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Generationen¹⁰⁸. Auch das Institut für Demoskopie Allensbach untersuchte die Motive bürgerschaftlichen Engagements. Es kam zu dem Schluss, dass die Freude an der jeweiligen Arbeit, die Selbstwirksamkeit und die Hilfe für andere zu den Hauptmotiven gehören. Circa jeder Fünfte engagiert sich unter dem Motiv einer Nutzenerwägung und nur jeder Zehnte aufgrund finanzieller Anreize.¹⁰⁹

Das **SAARLAND** unterstützt vielfältige Projekte und Initiativen für einen außerfamiliären Generationenaustausch in unterschiedlichen Kontexten. Für die Förderung des Generationendialogs in dörflichen und städtischen Gemeinschaften unterstützte die **saarländische** Landesregierung 2014 Bürgerprojekte unter dem Titel „Alt und Jung – gemeinsam geht’s besser“ bis zu einer Höhe von 2.000 Euro je Einzelprojekt. Mit der Maßnahme sollten Aktivitäten, die den Austausch, die Kommunikation und den Zusammenhalt der Generationen ermöglichen, gefördert werden.¹¹⁰ Darüber hinaus können gemeinwohlorientierte Projekte eine Förderung von bis zu 3.000 Euro im Rahmen der

¹⁰⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 25.

¹⁰⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 28.

¹⁰⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 30 f.

¹⁰⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 33.

¹⁰⁹ Vgl. Haumann, Dr. Wilhelm. (2014). S. 16.

¹¹⁰ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Fördermaßnahme für Städte und Gemeinden „Alt und Jung – Gemein geht’s besser“. Unter: <http://www.saarland.de/110651.htm>.

Initiative „**SAARLAND** zum Selbermachen“ erhalten. Diese Initiative ist aus dem Gedanken entstanden, die Anerkennungskultur zu intensivieren. Thematisch ist die Fördermaßnahme offen konzipiert. So ist es unter anderem auch möglich, Projekte im Bereich der Integration und Flüchtlingshilfe zu fördern.¹¹¹ Außerdem besteht im **SAARLAND** das Demografie Netzwerk Saar, das sich an regionale Betriebe aus allen Branchen richtet. Das Netzwerk engagiert sich unter der Prämisse einer vermehrten Anstrengung zur Fachkräftesicherung durch die Unternehmen aufgrund des demografischen Wandels.¹¹²

Im Bereich außerfamiliärer Generationenbeziehungen haben sich **Mehrgenerationenhäuser** in den vergangenen Jahren zu unverzichtbaren Bestandteilen im sozialen Mit- und Füreinander in Kommunen und Landkreisen entwickelt. Bisher zeigte die Arbeit der Mehrgenerationenhäuser Erfolge in verschiedenen Bereichen. Sie stellen Begegnungsorte und Anlaufstellen für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft dar. Alle Mehrgenerationenhäuser sind am lokalen Bedarf orientiert und auf verschiedene Schwerpunkte ausgerichtet (Alter und Pflege; Integration und Bildung; Angebot und Vermittlung von Haushaltsnahen Dienstleistungen; Freiwilliges Engagement)¹¹³. So wird das Miteinander gestärkt und Begegnungen werden ermöglicht, aber auch Rücksichtnahme, Toleranz und Verantwortung werden vermittelt. Ansprechen sollen die Angebote vor allem Menschen, die andere Hilfen nicht in Anspruch nehmen wollen oder können, Schwierigkeiten im Kontakt mit anderen Menschen haben oder sich freiwillig engagieren wollen¹¹⁴. Besonders in Lebensphasen des Umbruchs oder auch im Alter unterstützen sie, ein Netzwerk zu erhalten und zu erweitern, das in vielfältigen Lebenssituationen hilfreich ist. Im **SAARLAND** gibt es derzeit acht Mehrgenerationenhäuser, die hauptsächlich im südlichen Teil des Landes angesiedelt sind. Dabei sind die Häuser unterschiedlich ausgerichtet, beispielsweise auf Angebote für junge Familien, ältere Menschen oder Jugendliche¹¹⁵. Im Vergleich der Bundesländer ist das Verhältnis pro Mehrgenerationenhaus zur Einwohnerzahl in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen (84.000 und 94.000 Einwohnerinnen und Einwohner pro Mehrgenerationenhaus) am besten und in den Stadtstaaten am schlechtesten. Das **SAARLAND** liegt mit einem Verhältnis von einem Mehrgenerationenhaus zu 123.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im vorderen Mittelfeld.¹¹⁶ Ergänzt werden die acht Mehrgenerationenhäuser durch vier Modellkommunen, in denen virtuelle Mehrgenerationenhäuser erprobt werden. Dabei werden in einem ersten Schritt je Kommune 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im

¹¹¹ Vgl. Staatskanzlei Saarland. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zeichnet Projektträger der 6. Runde von „Saarland zum Selbermachen“ aus. Weitere 19 Projekte erhalten ebenfalls Förderung. <http://www.saarland.de/211741.htm>.

¹¹² Vgl. Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e. V. Das Demografie Netzwerk Saar (DNS). <http://www.demografie-netzwerk-saar.de/>.

¹¹³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2015^b). S. 8.

¹¹⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2015^b). S. 12.

¹¹⁵ Vgl. Krickel, Ursula; Lübking, Uwe. (2014). S. 12.

¹¹⁶ Liste der Mehrgenerationenhäuser (Juni 2016): <https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationen-haeuser/haeusersuche/>.

Umgang mit einem Tablet-PC und den Möglichkeiten der Onlinekommunikation geschult. Ziel ist es unter anderem auch, dadurch über den Teilnehmerkreis hinaus eine generationenübergreifende Vernetzung sowohl im realen als auch im virtuellen Leben anzustoßen und langfristig auch die Nachbarschaftshilfe zu stärken. Besonders Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen oder geringen sozialen Kontakten, die möglicherweise auch selten das Haus verlassen und noch wenig Berührung mit modernen Kommunikationsmöglichkeiten hatten, soll hiermit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden.¹¹⁷

Der Ausbau von generationenübergreifenden Freizeitangeboten, wie Mehrgenerationenhäuser, wird durch über zwei Drittel der **saarländischen** Haushalte als sinnvoll erachtet. Wird die Aussage nach der Art der Haushalte unterschieden, zeigt sich, dass insbesondere die Drei- und mehr- Generationenhaushalte für den Ausbau generationenübergreifender Freizeitangebote stimmen.

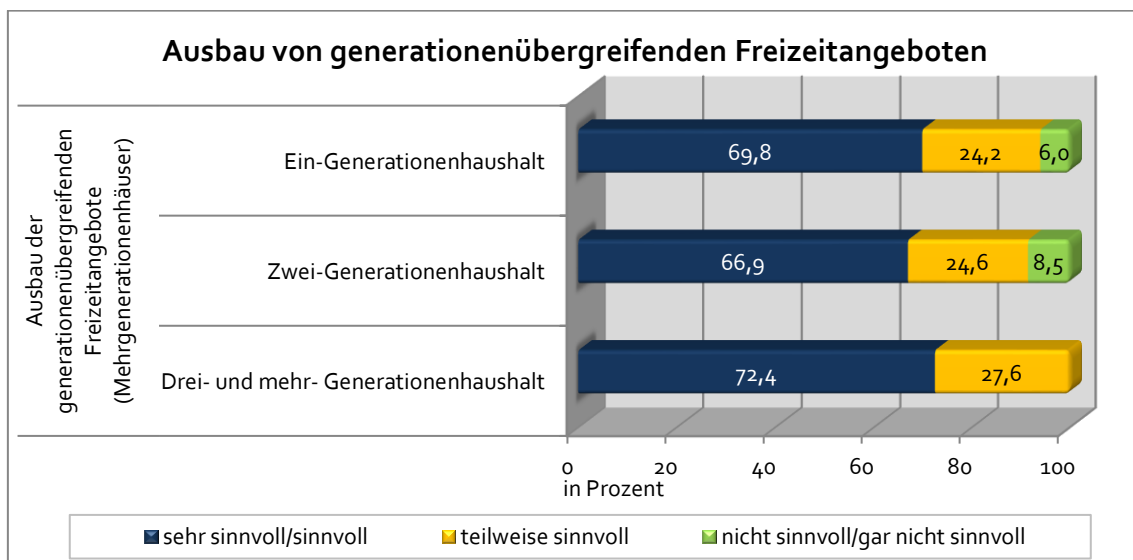


Abbildung 29 Ausbau der generationenübergreifenden Freizeitangebote (Mehrgenerationenhäuser) (n=740), (Haushaltsbefragung)

3.3 Ehrenamtliches Engagement

Im Jahr 2014 **engagierten** sich in Deutschland 43,6 % der Bevölkerung ab 14 Jahren **freiwillig**. In den letzten 15 Jahren lässt sich in Deutschland ein Anstieg der Engagementquote um 10 % verzeichnen. Jedoch weisen Personen ab 65 Jahren mit 34,0 % die niedrigste Engagementquote auf. In den Altersgruppen zwischen 14 und 64 Jahren engagieren sich ca. 47 %, wobei die 30- bis 49-Jährigen am engagiertesten sind.¹¹⁸ Da der aktuelle Freiwilligensurvey von 2014 keine länderspezifischen Engagementquoten aus-

¹¹⁷ Das Virtuelle Mehrgenerationenhaus. Unter: <http://www.onlinerlandsaar.de/virtuelles-mehrgenerationenhaus/>.

¹¹⁸ Vgl. Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens. (2016). S. 5.

weist, muss für einen Ländervergleich die Quote aus dem Jahr 2009 herangezogen werden. In dem Jahr engagierten sich in Deutschland insgesamt 36 % der über 14-Jährigen. Dabei weist das **SAARLAND** eine überdurchschnittliche Engagementquote von 39 % auf.¹¹⁹

Aus den Befragungsergebnissen im **SAARLAND** lassen sich Personengruppen mit einem über- und unterdurchschnittlichen Engagement identifizieren. Diejenigen die sich ehrenamtlich engagieren, sind überwiegend im Sportverein, in der Kirchgemeinde sowie im sozialen Bereich organisiert.

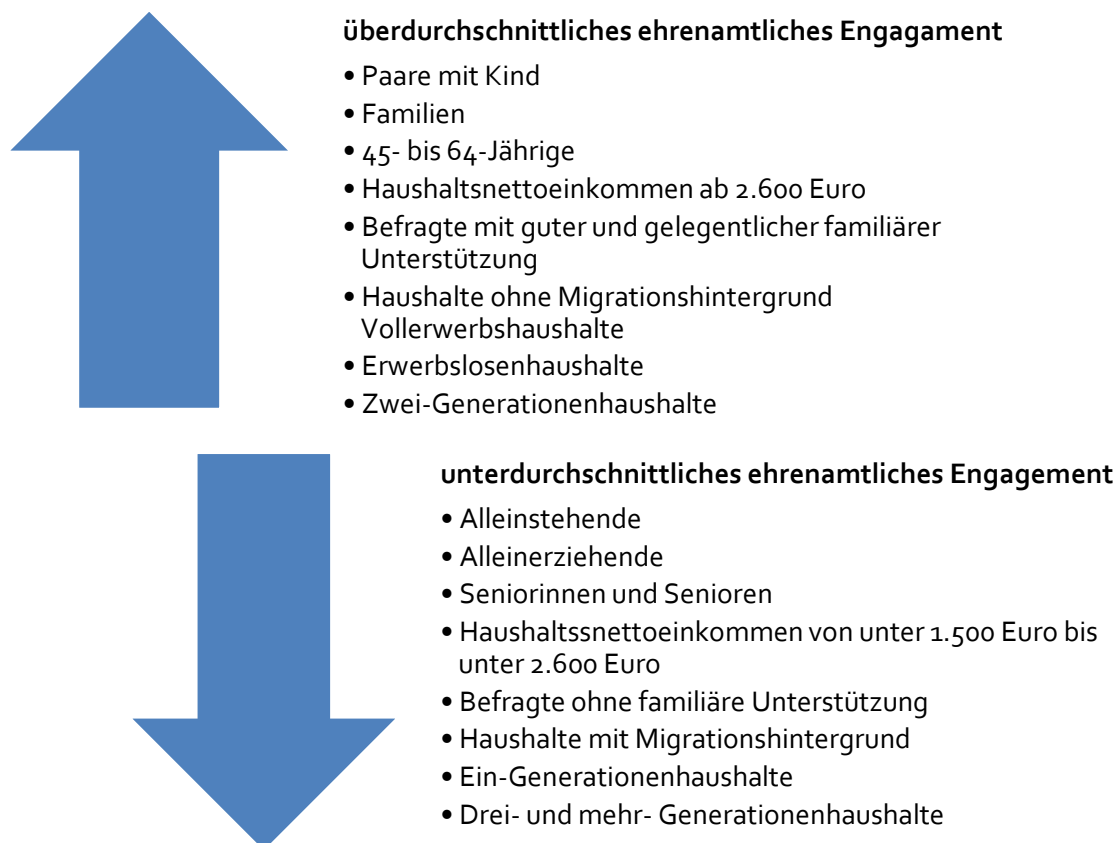


Abbildung 30 Ehrenamtliches Engagement nach Haushaltsmerkmalen (n=501-844), (Haushaltsbefragung)

Trotz der, laut dem Deutschen Freiwilligensurvey, vergleichsweise hohen Engagementquote im **SAARLAND**, weist der Generali Engagementatlas 2015 auf eine niedrige Anzahl von Einrichtungen hin, die das ehrenamtliche Engagement unterstützen. Dieser liegt im **SAARLAND** bei durchschnittlich 2,6 Einrichtungen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ein umgekehrtes Verhältnis zeigt sich beispielsweise in Thüringen, wonach es 8,4 Einrichtungen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, jedoch nur eine Engagementquote von 31 % gibt. Unter Engagement unterstützenden Einrichtungen sind Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunale Stabsstellen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren, soziokulturelle Kontaktzentren sowie Kombinationszentren aus den genannten Einrichtungen

¹¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2010). S. 25.

zu verstehen.¹²⁰ Diese Einrichtungen sollen dafür sorgen, dass interessierte Bürgerinnen und Bürger Projekte und Initiativen vermittelt bekommen, in denen sie sich auch über einen kurzen Zeitraum hinweg engagieren können. Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über die im Engagementatlas aufgeführten Einrichtungen im **SAARLAND**.¹²¹

Engagement unterstützende Einrichtungen	Anzahl
Freiwilligenagentur	7
Seniorenbüro	5
Selbsthilfekontaktstelle	1
Bürgerstiftung	1
Mehrgenerationenhaus	8
Mütterzentrum	3
Soziokulturelles Zentrum	0
Kommunale Stabsstelle	1
Anzahl Anlaufstellen	26
Anzahl Städte und Gemeinden mit Anlaufstellen	11

Tabelle 5 Engagement unterstützende Einrichtungen im **SAARLAND**

Ähnliche Befunde liefern auch die Ergebnisse der Haushaltsbefragung im **SAARLAND**. Etwa ein Drittel schätzt die Bedingungen für das ehrenamtliche Engagement im **SAARLAND** als gut ein, während jeweils etwa jeder Fünfte glaubt, dass die Kommunen oder das Land Hürden abbauen sollten, um das Ehrenamt in der Region weiter auszubauen. Nur etwa jeder Sechste ist der Ansicht, dass ehrenamtlich Engagierte ausreichend Anerkennung erhalten. Die Teilnehmenden der **Dialogkonferenzen** sprachen hierzu die Kooperation von hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in den jeweiligen Unternehmen und Organisationen an. Sie schilderten zudem auch die Notwendigkeit des Ausbaus der Ehrenamtsstrukturen generell.

Über die bestehenden Engagement unterstützenden Einrichtungen hinaus hat das **SAARLAND** für die Jahre 2016 und 2017 eine Richtlinie zur Förderung ehrenamtlichen Engagements im Rahmen der Flüchtlingshilfe und im Sozialbereich mit einem Volumen von 220.000 Euro verabschiedet. Hierdurch sollen gezielt Ehrenamtsprojekte, die der „Verbesserung der Lebenssituation von hilfs- und unterstützungsbedürftigen Menschen im **SAARLAND**“ dienen, gefördert werden.¹²² Zu ehrenamtlichen Projekten und Initiativen zählen auch Familienpatenschaften und Großelterndienste. Im **SAARLAND** sind derzeit sieben Projekte, überwiegend im Bereich der Leihgroßelternschaft, an sechs Standorten vorhanden.^{123 124} Menschen, die sich im **SAARLAND** für andere engagieren,

¹²⁰ Vgl. Zeckra, Christoph; Amrhein, Uwe; Sittler, Loring. (2015). S. 12 ff.

¹²¹ Ebd. S. 57.

¹²² Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^b). S. 1.

¹²³ Vgl. Bfw- Unternehmen für Bildung. (2016). Servicestelle Kinderbetreuung und Kindertagespflege. Unter: <https://www.service-kinderbetreuung.de/>.

¹²⁴ Förderverein Patenschaften Aktiv e. V. Aktivpaten. <http://aktivpaten.de/vermittlungen-in-ihrer-nahe/>.

können als Zeichen der Anerkennung die **saarländische** Ehrenamtskarte erhalten. Seit 2012 gibt es dieses Projekt, zunächst in den Landkreisen Merzig-Wadern und Neunkirchen und inzwischen auch im Regionalverband Saarbrücken sowie dem Landkreis St. Wendel. Personen, die die Ehrenamtskarte erhalten, bekommen Vergünstigungen in Einrichtungen des Landes sowie in den beteiligten Landkreisen. Mit der Ehrenamtskarte erhalten Menschen, die bislang keine finanzielle Aufwandsentschädigung für ihr Engagement erhielten, finanzielle Wertschätzung durch Vergünstigungen in Einrichtungen des Landes sowie in den beteiligten Landkreisen. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz für ein ehrenamtliches Engagement erzeugt.¹²⁵ Im Rahmen der Flüchtlingshilfe baute das **SAARLAND** in kurzer Zeit zudem weitere Strukturen des ehrenamtlichen Engagements aus. So richtete die Landesregierung im September 2015 eine Koordinierungsstelle Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe beim Familienministerium ein. Die Koordinierungsstelle dient als Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren wollen. Sie ist über eine eigene Telefonhotline erreichbar. Weiterhin dient ein Internetportal der Information und Koordination von Spenden und ehrenamtlichem Engagement. Menschen die sich engagieren möchten, können sich direkt über das Internetportal über Gesuche informieren und zu den Ansprechpartnern vor Ort weitergeleitet werden. Gesuche und Bedarfe können wiederum durch Organisationen und Kommunen nach erfolgreicher Registrierung auf dem Portal veröffentlicht werden. Das **SAARLAND** hat durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle und des innovativen virtuellen Marktplatzes „Das **SAARLAND** hilft!“ eine beispielhafte Engagement unterstützende Initiative im Rahmen der Flüchtlingshilfe geschaffen.¹²⁶

Im Projekt „Senioren sicherheitsberater“ werden ehrenamtliches Engagement und polizeiliche Fachkompetenz vereint. Seniorinnen und Senioren können durch eine Qualifikation zum Sicherheitsberater Informationen über Kriminalitätsformen und Möglichkeiten der Vorbeugung an die ältere Generation im privaten oder gesellschaftlichen Bereich weitergeben. Konkrete Inhalte der Ausbildung sind beispielsweise Haustürgeschäfte, Sicherung von Haus und Wohnung, Notrufnummern, Opferschutz, Sicherheit im Straßenverkehr und allgemeine Verbraucherschutzfragen.¹²⁷ Seit dem Frühjahr 2011 gibt es im **SAARLAND** ein flächendeckendes Angebot hinsichtlich der präventiven Sicherheitsberatung im Alter.¹²⁸

Betrachtet man die Zukunftsperspektive der befragten **saarländischen** Haushalte, dann steht die Mehrheit der Zukunft des **SAARLANDES** positiv gegenüber, wenn sich viele ehrenamtlich engagieren. Seniorinnen und Senioren, die selbst ein unterdurchschnittliches Engagement aufweisen, sowie Haushalte mit guter familiärer Unterstützung sind hiervon besonders überzeugt.

¹²⁵ Vgl. Staatskanzlei Saarland. Ehrenamtskarte. Unter: <http://www.saarland.de/98403.htm>.

¹²⁶ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. <https://www.das-saarland-hilft.de/>.

¹²⁷ Landespolizeipräsidium. Unter: <http://www.saarland.de/10495.htm>.

¹²⁸ Landtag des Saarlandes (2015). Unter: https://www.landtag-saar.de/Drucksache/Aw15_1285.pdf.

3.4 Mitbestimmung

Bürgerinnen und Bürger fordern Transparenz gegenüber politischen Entscheidungen ein und sind an Möglichkeiten der Beteiligung interessiert. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung spricht in diesem Zusammenhang von einer Weiterentwicklung der Demokratie, die über repräsentative Formen hinausgeht. Der aktuelle Trend entwickelt sich zu einem neuen Bürgerbeteiligungsverständnis, in Form von „Leitlinien“ und „Leitfäden“, die mehr Verbindlichkeit herstellen, gegenüber den bisher weitverbreiteten „informierenden“ Beteiligungsformaten.¹²⁹ Das **SAARLAND** forciert Bürgerbeteiligungen beispielsweise im ländlichen Bereich durch „Dorfgespräche“. In diesen Dorfgesprächen diskutieren Bürgerinnen und Bürger als Expertinnen und Experten für ihren Lebensraum miteinander und können so zur Steigerung der Attraktivität ihrer Orte beitragen.¹³⁰

Betrachtet man hierzu die Ergebnisse der Befragung *saarländischer* Haushalte, dann überwiegt die Unzufriedenheit mit dem Einsatz der kommunalen Politik für Familien, für Seniorinnen und Senioren sowie für Kinder und Jugendliche. Dabei unterscheiden sich die Bewertungen für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen nur geringfügig. Tendenziell wird der Einsatz der kommunalen Politik für Kinder und Jugendliche am negativsten bewertet.

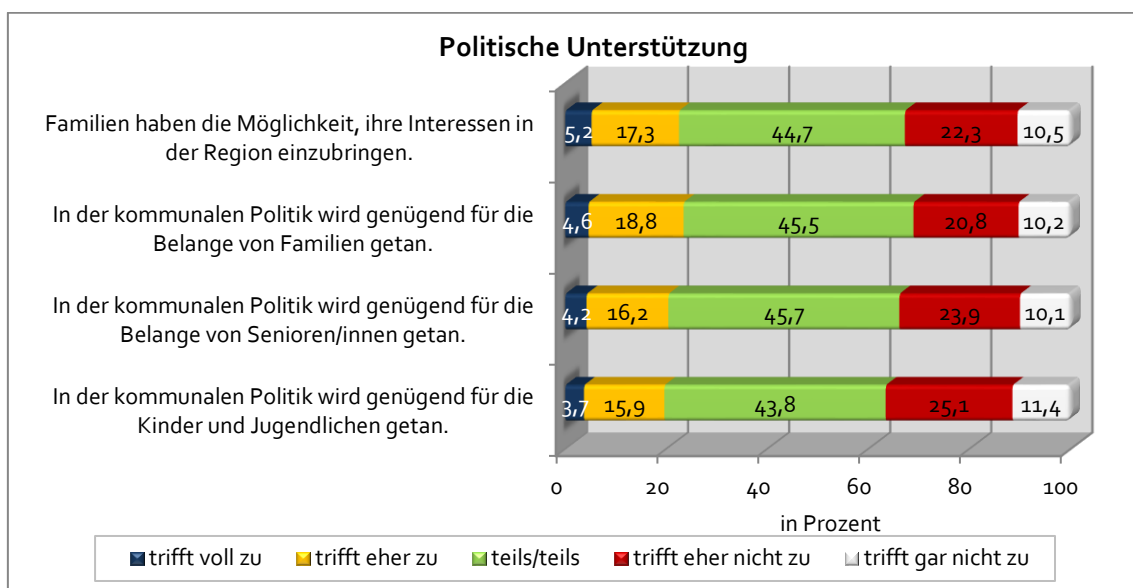


Abbildung 31 politische Unterstützung (n=768-784), (Haushaltsbefragung)

Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im **SAARLAND** sind im Kommunaleselbstverwaltungsgesetz des **SAARLANDES** verankert. Danach besteht die

¹²⁹ Vgl. Klages, Helmut. (2014). S. 5.

¹³⁰ Vgl. Ministerium für Inneres und Sport im Saarland. Dorfgespräche – Bürgerbeteiligungen. Unter: <http://www.saarland.de/5114.htm>.

Möglichkeit, Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben durch „Sachverwalterinnen und Sachverwalter“ zu beteiligen und Gremien für Jugendliche einzurichten¹³¹. Aktiv fand Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über das Partizipationsprojekt „DingDeinDorf“ zuletzt 2013 statt, bei dem Jugendliche die Jugendfreundlichkeit ihres Wohnortes durch einen Fragebogen und im Gespräch bewerten konnten, sowie die Möglichkeit bestand, mit Entscheidungsträgern vor Ort in einen Austausch zu treten.¹³² Darüber hinaus eröffnen Jugendverbände die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung. Der Landesjugendring übt zudem als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen eine partizipative Funktion aus. Er kritisiert jedoch in seiner Funktion die Nutzung der gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche.¹³³ Auch der vierte Kinder- und Jugendbericht des **SAARLANDES** stellt die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Hinblick auf die Beteiligungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten im **SAARLAND** heraus und empfiehlt die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten in allen die Kinder und Jugendlichen betreffenden Belangen.¹³⁴

Die Interessen und die gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren werden im **SAARLAND** in besonderer Weise durch den Landessenorenbeirat vertreten. Der Landessenorenbeirat stellte Leitlinien *saarländischer* Seniorenpolitik auf, in denen neben Wertschätzung und Selbstbestimmtheit auch die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die aktive Mitwirkung und Mitgestaltung im Rahmen freiwilligen Engagements angesprochen wird.¹³⁵ Damit greift der Landessenorenbeirat die Ziele der Bundesregierung auf, die im Demografiebericht formuliert wurden. Demnach sollen die Potentiale Älterer aktiviert und gleichzeitig die Teilhabe am sozialen Leben unterstützt werden.¹³⁶ Die Interessen von Seniorinnen und Senioren werden zudem auf kommunaler Ebene durch insgesamt 18 kommunale Seniorenbeiräte vertreten¹³⁷. Zur Betrachtung der Lebenslagen älterer Menschen im **SAARLAND** veröffentlichte das **SAARLAND** einen Landessenorenplan, der zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit thematischen Schwerpunktsetzungen fortgeschrieben wurde. Zuletzt erschien der dritte Teil des Landessenorenplans zum Thema „Alter und Pflege“.¹³⁸

Die *saarländischen* Haushalte erachten den Ausbau der Angebote zur gesellschaftlichen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren mehrheitlich als sinnvoll, um die Famili-

¹³¹ Vgl. Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten. (2011). S. 35.

¹³² Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Erfolgreiches Partizipationsprojekt DingDeinDorf – Landesjugendring übergibt Landesergebnisse an Familienminister Storm. Unter: http://www.saarland.de/6767_107588.htm.

¹³³ Vgl. Landesjugendring Saar. Jugendserver-saar.de. <http://www.jugendserver-saar.de/?id=273>.

¹³⁴ Vgl. Müller, Heinz; Grossart, Anne; Baas, Stephan; Dittmann, Eva; Schwamb, Nicole. (2014). S. 205ff.

¹³⁵ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes. Leitlinien saarländischer Seniorenpolitik. <http://www.seniorenbeirat-saarland.de/index.php?id=10>.

¹³⁶ Vgl. Bundesministerium des Inneren. (2011). S. 66 ff..

¹³⁷ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Seniorenbeiräte. Unter: <http://www.seniorenbeirat-saarland.de/index.php?id=9>.

¹³⁸ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2012).

enfreundlichkeit zu steigern. Auch der Ausbau generationenübergreifender Freizeitangebote und regionaler Familiennetzwerke erscheint einer Mehrheit der **Saarländerinnen** und **Saarländer** sinnvoll zur Steigerung der Familienfreundlichkeit im Land.

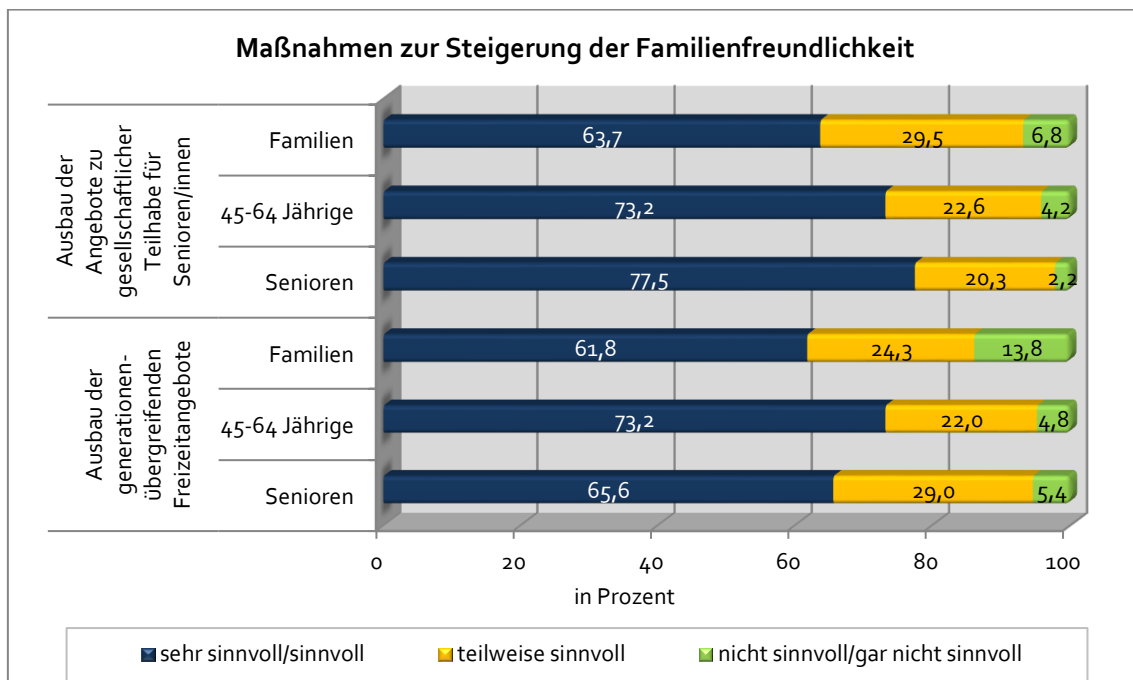


Abbildung 32 Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit nach Zielgruppe (n=735-765), (Haushaltsbefragung)

Insgesamt betrachtet, lässt sich für das **SAARLAND** erkennen, dass die Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung für die im **SAARLAND** lebenden Generationen unterschiedlich verteilt sind. Sind die Seniorinnen und Senioren durch die Landesseniorenvertretung und die kommunalen Seniorenbeiräte im **SAARLAND** umfangreich vertreten, so stellt sich das Bild für Kinder und Jugendliche nicht ganz so umfassend dar. Sie stellen in den Kommunen, beispielsweise durch Jugendparlamente, derzeit selten eigene Interessenvertretungen.

3.5 Pflege

Mit einer insgesamt älterwerdenden Gesellschaft rückt das Thema Pflege zunehmend in den Fokus. Untersuchungen zeigten, dass es zwischen Jung und Alt eine ausgeprägte Solidarität gibt, die sowohl die Pflege der älteren Generation berührt, als auch die Betreuung der Enkel¹³⁹. Werden derzeit die meisten pflegebedürftigen Personen in Deutschland noch von Angehörigen zu Hause gepflegt, sind zukünftig möglicherweise deutlich häufiger andere Modelle ergänzend notwendig. Besonders die Entlastung Berufstätiger, die Angehörige zu Hause pflegen, aber auch der Erhalt der Selbstständigkeit für eine möglichst lange Zeit rücken dabei in den Blick. Neben flexiblen Modellen

¹³⁹ Vgl. Amrhein, Volker; Schüler, Bernd. (2005). S. 11.

der Betreuung älterer Menschen je nach Bedarf, sind auch erprobte Freiwilligendienste, wie die Pflegebegleiterin und der Pflegebegleiter, gute Möglichkeiten¹⁴⁰.

Für eine Annäherung an die Bedarfe von älteren Menschen und pflegenden Angehörigen kann auch hier der intergenerationelle Unterstützungskoeffizient herangezogen werden. Dieser lässt sich auf die Unterstützungs- und Pflegeleistungen für Ältere anwenden, wird die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen ins Verhältnis zur Anzahl der Personen im Alter ab 80 Jahre gebracht. Gegenläufig zum Trend des Unterstützungspotentials gegenüber den unter 20-Jährigen sinkt der intergenerationelle Unterstützungskoeffizient seit den 1950er-Jahren deutlich. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung noch verstärkt.¹⁴¹ Im **SAARLAND** kommen aktuell auf eine Person im Alter zwischen 50 und 64 Jahren knapp vier Personen ab 80 Jahren.¹⁴²

Derzeit leben 1,3 % aller Pflegebedürftigen in Deutschland im **SAARLAND**. Für eine differenzierte Betrachtung ist die Versorgung der Pflegebedürftigen von Interesse.



Pflegebedürftige	2.626.206 Personen	34.102 Personen
Unterstützungskoeffizient	3,9 ZU 1	3,9 ZU 1
Pflege zu Hause	70,9 %	72,6 %
Stationäre Pflege	29,1 %	27,3 %

Tabelle 6 Kennzahlen zur Pflege in Deutschland und im **SAARLAND**^{143 144}

Die in den **saarländischen** Haushalten zu pflegenden Angehörigen sind mehrheitlich hochbetagt und verfügen über die Pflegestufe I. Über ein Drittel der Pflegebedürftigen haben zudem die Pflegestufe II. Augenfällig ist die hohe Belastung der Pflegenden. So investiert jeder vierte Pflegenden durchschnittlich 20 bis 40 Stunden pro Woche für die Pflege, der Durchschnitt liegt bei 17 Stunden pro Woche. Jeder zweite Pflegenden aus einem Zwei-Generationenhaushalt berichtet von negativen Auswirkungen auf die familiäre Situation sowie die starken Einflüsse auf das soziale Leben und das seelische

¹⁴⁰ Vgl. Lincke, Hans-Joachim. (2012). S. 14.

¹⁴¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^b). S. 16.

¹⁴² Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2014).

¹⁴³ Statistisches Bundesamt. (2013^d).

¹⁴⁴ Statistisches Amt Saarland. (2013).

Wohlbefinden. Für knapp die Hälfte der pflegenden Angehörigen stehen die Pflegeaufgaben im Alltag an erster Stelle. Circa jeder vierte pflegende Angehörige hat das Gefühl, dass ihm Wertschätzung entgegengebracht wird. Jedoch gaben auch mehr als ein Viertel der Angehörigen an, nur unzureichende Anerkennung für die geleistete Arbeit zu erfahren. Circa ein Fünftel erachtet es für notwendig, ausreichend Angebote für eine flexible Betreuung zu etablieren.

Sollte selbst einmal Pflege nötig sein, würde die Hälfte der Befragten die Pflege soweit wie möglich in die Hände naher Angehöriger legen. Diese Vorstellung äußerten verstärkt Alleinstehende, Haushalte mit niedrigeren Einkommen, Mehrpersonenhaushalte mit fünf und mehr Personen sowie jene mit guter familiärer Unterstützung. Ein Drittel wäre sogar bereit, den Wohnort im Alter zu wechseln, wenn dadurch nahe Angehörige die Pflege übernehmen könnten. Etwa ein Fünftel der befragten **Saarländerinnen** und **Saarländer** möchte später **nicht** durch einen nahen Angehörigen gepflegt werden.

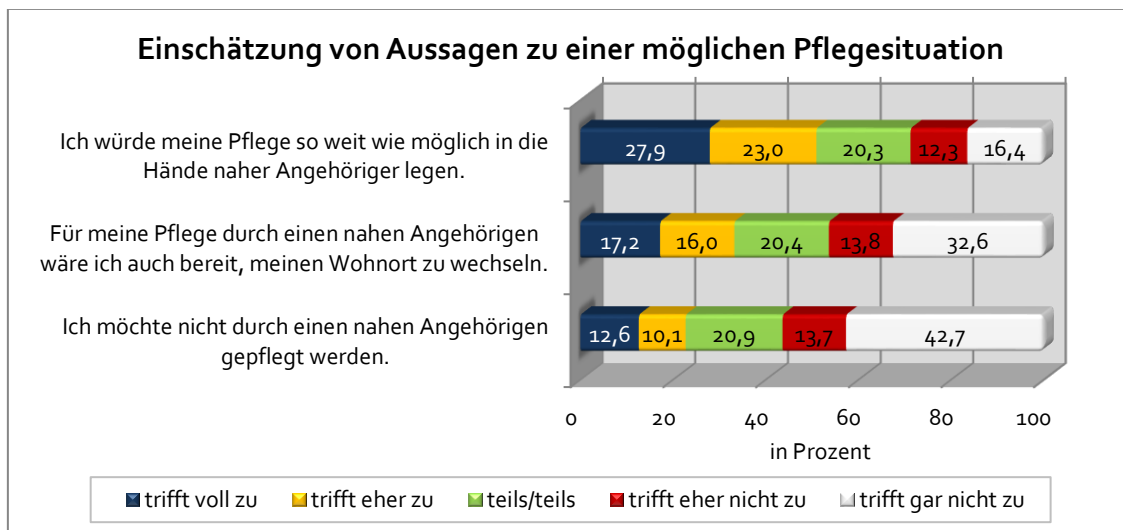


Abbildung 33 „Sollten Sie selbst einmal Pflege benötigen, inwieweit würden folgende Aussagen auf Ihre Situation zutreffen?“ (n=716-748), (Haushaltsbefragung)

Personen, die aktuell zu pflegende Angehörige betreuen, sowie Haushalte, in denen keine Person einer Erwerbstätigkeit nachgeht, wollen ihre spätere eigene Pflege eher nicht in die Hände von nahen Angehörigen legen. Alleinstehende oder auch Personen mit einem eher geringeren Haushaltsnettoeinkommen stimmen dem häufiger zu.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den **Dialogkonferenzen** merkten an, dass zwischen völliger Selbständigkeit und Vollzeitpflege wenig bis keine Angebote vorhanden seien. Viele ältere Menschen bräuchten zunächst geringere Hilfen als eine Vollzeitpflege. Zudem könnten Kosten gesenkt werden, wenn Angebote zwischen diesen beiden Polen gestaltet würden. Für die Tagesbetreuung und -pflege seien flexible Finan-

zierungsmodelle wünschenswert, um sie an den Bedarfen und Entwicklungen ausrichten zu können. Die vorherrschende Vorstellung der eigenen Pflegesituation sei der Verbleib im gewohnten Umfeld.

Personen, die mindestens fünf Jahre eine pflegebedürftige, kranke oder behinderte Person im häuslichen Bereich unentgeltlich gepflegt haben, können bei der Verleihung der Pflegemedaille des **SAARLANDES** berücksichtigt werden. Sie erhalten damit Anerkennung und Würdigung ihrer Dienste. In Belangen der Pflege gibt es im **SAARLAND** zudem einen unabhängigen Pflegebeauftragten. Diese vom Landtag gewählte Interessenvertretung richtete das **SAARLAND** bereits 2013 als erstes Bundesland ein.¹⁴⁵

Bei der Unterstützung älterer Menschen durch Pflegekräfte zeigt sich ein Personalmangel im Bereich der Pflege. Studien errechnen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland bis 2030 auf 3,4 Millionen angewachsen sein wird, bei gleichzeitig bestehendem demografiebedingtem Fachkräfte- und Personenmangel. 2030 fehlen nach Schätzungen der Studie demnach 506.000 Pflegekräfte, der Bedarf steigt schon 2020 auf zusätzliche 280.000 Personen. Außerdem nimmt die Pflege durch Angehörige (bedingt durch die Erwerbssituation und neue Familienbilder) bis 2030 stark ab, sodass weitere 125.000 Ersatzkräfte benötigt werden. Dabei geht es insbesondere um das bessere Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, breitere Ausbildungen und eine gesteuerte Zuwanderung, sodass auch im Pflegebereich gezielte und nachhaltige Transformationen eingeleitet werden können.¹⁴⁶ Auch das intensive Bewerben des Berufsfeldes sowie eine attraktivere Gestaltung der Arbeit, z.B. durch gerechte Entlohnung, angepasste Arbeitszeiten usw. sind mögliche Handlungsoptionen.

Die Teilnehmenden der **Dialogkonferenzen** sprechen sich weiterhin für den Ausbau der Mehrgenerationenhäuser aus. Durch Angebote in Mehrgenerationenhäusern bleiben ältere Menschen in der Gesellschaft integriert und können bei Bedarf kleinere Hilfestellungen erhalten, die den Alltag erleichtern.¹⁴⁷

3.6 Zusammenfassung

Das **SAARLAND** weist bereits jetzt aufgrund der räumlichen Nähe der unterschiedlichen Generationen zueinander und der überwiegend guten innerfamiliäre Bedingungen einen gelebten Generationendialog auf. Die Grundlage für einen gelingenden außerfamiliären Generationendialog ist durch das besondere ehrenamtliche Engagement der Bevölkerung ebenfalls gegeben. Damit bietet sich dem **SAARLAND** ein Potential, das es zukünftig zu nutzen gilt. Verstärkt wird dieses Potential durch den steigenden Anteil

¹⁴⁵ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016).

¹⁴⁶ Vgl. vbw Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (2012). S. 1.

¹⁴⁷ Vgl. Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II. Regionalkonferenzen 2014. S. 22.

älterer vitaler Menschen, die auch jetzt schon auf der Suche nach Möglichkeiten zur Betätigung sind. Bisher werden Ehrenamtliche hauptsächlich in Kirchen und Sportvereinen tätig. Mit den bereits vorhandenen Strukturen im niedrighwelligen Bereich gelingt es jedoch derzeit noch nicht das vorhandene Potential ehrenamtlichen Engagements auszuschöpfen. Gerade für Menschen, die sich kurzfristig oder für eine bestimmte Zeit engagieren wollen und zuvor keine Kontakte zu Kirchen oder Vereinen hatten, wird der Ausbau von Strukturen benötigt, wodurch dieses Potential nutzbar machen.

Hervorzuheben sind außerdem die Teilhabechancen für ältere Menschen auf kommunaler und Landesebene. Die Befunde zeigen jedoch auch, dass ältere Menschen durch Interessenvertretungen stärker profitieren als die restliche Bevölkerung und insbesondere Kinder und Jugendliche.

Im Bereich der Pflege ist ein überaus hohes Engagement der Angehörigen zu verzeichnen. In Anbetracht der beschriebenen veränderten familiären Kontexte und dem Wunsch der Seniorinnen und Senioren, auch im Alter in den eigenen vier Wänden zu leben, werden zukünftig Pflegeformen gefunden werden müssen, die diesen beiden Aspekten Rechnung tragen.

Die Mehrgenerationenhäuser erfahren eine positive Resonanz der Bevölkerung. Gleichwohl wird in den Untersuchungen auch der Wunsch nach einem Ausbau dieser Begegnungsmöglichkeiten deutlich geäußert.

4 VEREINBARKEIT VON FAMILIE, PFLEGE UND BERUF

*Die Zeit ist das kostbarste Gut:
Man kann sie für Geld nicht kaufen.*

(Jakob Emden (1697-1776), deutschstämmiger jüdischer Gelehrter, Rabbiner)

4.1 Einleitung

Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wurde in der Vergangenheit zum viel-diskutierten familienpolitischen Thema. Diese besondere Relevanz ergibt sich daraus, dass eine gute Lebensqualität und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Familien inzwischen untrennbar miteinander verbunden sind¹⁴⁸ und sich gegenseitig bedingen¹⁴⁹. Aufgrund steigender gesellschaftlicher Anforderungen, gepaart mit zeitlichen Engpässen zwischen Familie, (Kinder-)Betreuung und Erwerbstätigkeit, fühlen sich vor allem die Mütter durch die Familienarbeit in ihren beruflichen Möglichkeiten eingeschränkt und Väter haben das Gefühl, dass ihr Berufsleben zu stark auf das Privatleben einwirkt.¹⁵⁰ Dabei zeigen, vergleichbar zur finanziellen Situation, bestimmte Familienkonstellationen wie beispielsweise Alleinerziehende oder auch Haushalte ohne familiäres Unterstützungssystem größere Schwierigkeiten beim Thema Vereinbarkeit auf als andere.¹⁵¹

Mit Unterstützung der Bundesinitiative bildeten sich im **SAARLAND** insgesamt 27 Lokale Bündnisse für Familie mit dem Ziel, Familien durch die Bündelung von Aktivitäten und Angeboten zu unterstützen sowie eine Brückenfunktion zwischen den Kommunen und dem Land herzustellen. Das Netzwerk besteht dabei aus haupt- und ehrenamtlich Engagierten aus Unternehmen, Kirchengemeinden, Elternvertretungen, örtlichen Behörden, Mehrgenerationenhäusern, Vereinen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege, Schulen sowie Bürgerinnen und Bürgern.

Befunde zum Thema Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf in der Bundesrepublik Deutschland:

- ❖ Die Ehe ist innerhalb der deutschen Bevölkerung ein tendenziell eher rückläufiges Familienmodell.
- ❖ Wunsch und gelebte Realität bei der partnerschaftlichen Aufteilung von Familienaufgaben weichen voneinander ab (traditionelle Rollenaufteilung zu meist nach Geburt des ersten Kindes).
- ❖ Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist in den letzten Jahren angestiegen.
- ❖ Der Anteil der Väter, die Elternzeit nehmen, ist bundesweit angestiegen.

¹⁴⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^c). S. 7.

¹⁴⁹ Ebd.

¹⁵⁰ Vgl. Li, Xuan; Zerle-Elsässer, Claudia. (2015). S.20.

¹⁵¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2011). S. 13.

- ❖ Arbeitgeber erkennen zunehmend das Potenzial vereinbarkeitsfördernder Maßnahmen für ihre Beschäftigten.
- ❖ Alleinerziehende müssen im Alltag größere Hindernisse überwinden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren.
- ❖ Die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen liegt nach wie vor eher in den Händen von Frauen.

4.2 Familie und Familienmodelle

Familie und Kinder genießen in der deutschen Bevölkerung einen hohen Stellenwert¹⁵² und zählen zum wichtigsten Lebensbereich¹⁵³. Dabei ist die Familienform im Sinne einer Ehe oder eheähnlichen Lebensgemeinschaft beziehungsweise als alleinerziehende Form oder als Patchworkfamilie nicht mehr entscheidend. Vielmehr ist Familie in der heutigen Gesellschaft genau dort, wo Generationen füreinander eintreten und gegenseitige Fürsorge übernehmen.¹⁵⁴

Familie „konstituiert sich (...) nicht mehr nur über Heirat, sondern über Solidarität, Wahlverwandtschaft und Elternschaft“¹⁵⁵.

Die Sorge für Kinder spielt in diesem Zusammenhang somit eine wesentliche Rolle. Familien bekommen bundesweit am häufigsten *ein* Kind beziehungsweise *zwei* Kinder.¹⁵⁶ Dem Ideal einer Familie entspricht es deshalb - so der DJI-Survey AID:A von 2015 - zwei Kinder zu haben.¹⁵⁷ Auch wenn sich Familien häufig mehr Kinder wünschen, spricht oft das Alter der Mütter als Hinderungsgrund dagegen.¹⁵⁸

Seit den 1980er Jahren vollzieht sich ein gesellschaftlicher Wandel – nicht nur bezogen auf eine Veränderung der Familienformen, sondern auch in Bezug auf bestehende Rollenbilder. Obwohl die Ehe nach wie vor das bevorzugte Modell der Paare in ganz Deutschland ist¹⁵⁹ - in den alten Bundesländern noch stärker als in den neuen¹⁶⁰ - werden im Zeitverlauf betrachtet deutlich weniger Ehen geschlossen¹⁶¹. Die Analyse der Statistik zeigt, dass zwischen 2005 und 2015 der Rückgang des Anteils der Ehepaare mit ledigen Kindern unter 18 an allen Familienformen mit ledigen Kindern unter 18 in

¹⁵² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S. 9.

¹⁵³ Vgl. Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). S. 2 ff.

¹⁵⁴ Ebd.

¹⁵⁵ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012^c). S. 4 f.

¹⁵⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S. 19.

¹⁵⁷ Vgl. Tölke, Angelika. (2015). S. 22.

¹⁵⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d), S. 25.

¹⁵⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012^c). S. 4.

¹⁶⁰ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d), S. 15.

¹⁶¹ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015). Eheschließungen: Bundesländer, Jahre. Statistik der Eheschließungen. Unter: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/link/tabelleErgebnis/12611-0010>.

Thüringen (-9,9 %), Sachsen (-8,1 %) und Sachsen-Anhalt (-7,6 %) am größten ist, in Berlin dagegen am geringsten (-2,8 %).¹⁶² Dieser Trend lässt sich ebenso für das **SAARLAND** bestätigen. Mit einem Rückgang von -6,6 % Ehen mit Kindern zwischen 2005 und 2015 liegt das **SAARLAND** auf Platz fünf.

Neben der klassischen Ehe gewinnen somit andere Familienformen wie Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende zunehmend an Bedeutung. Ein Blick in andere Länder zeigt, dass „in Frankreich, Norwegen und Schweden jedes zweite neugeborene Kind unverheiratete Eltern hat“¹⁶³. Im **SAARLAND** ergibt sich beim Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienformen eine Steigerung um 1,3 % von 2005 bis 2014.¹⁶⁴ Somit rücken, familienpolitisch betrachtet, vor allem Alleinerziehende zunehmend in den Fokus.

Die traditionelle Familie mit Trauschein, in der die Mutter primär für die Erziehung der Kinder und den Haushalt verantwortlich ist und der Vater die Rolle des Ernährers übernommen hat¹⁶⁵, gehört, entsprechend des achten Familienberichtes der Bundesregierung von 2012, tendenziell der Vergangenheit an. Verschiedene Studien, wie die Vorwerk Familienstudie 2013 oder das DJI-Survey AID:A 2015, machen die Entwicklungen in den familialen Verhältnissen nicht nur an den Veränderungen der Erwerbsrolle der Mütter fest, sondern auch an dem steigenden Wunsch der Väter, ihre beruflichen Aufgaben mit der Betreuung und Erziehung der Kinder erweitern zu wollen.¹⁶⁶ Väter in der heutigen Zeit möchten sich sowohl beruflich engagieren und Lebensunterhalt für die Familie verdienen, als auch vermehrt Zeit mit ihren Kindern verbringen. Der Familienreport der Bundesregierung von 2014 sowie einige wissenschaftliche Studien konstatieren dazu, dass sich junge Familien heutzutage vermehrt eine gleichberechtigte Partnerschaft wünschen, in der sich beide Partner sowohl um die Betreuung/Erziehung der Kinder und den Haushalt kümmern als auch gemeinschaftlich zum Haushaltseinkommen beitragen.¹⁶⁷ Das „traditionelle Modell“ wird eher von Paaren mit geringem Bildungsabschluss präferiert.

Betrachtet man das **SAARLAND** in diesem Punkt genauer, dann zeigt sich im Rollendenken der Familien - zumindest was die Erziehung der Kinder betrifft - ein eher modernes Bild: Der Großteil der Familien im **SAARLAND** hält die Erziehung der Kinder für eine gemeinschaftliche Aufgabe und eine partnerschaftliche Aufgabenverteilung für notwendig. Demgegenüber favorisieren einige der *saarländischen* Haushalte das traditionelle Bild, in dem die Eltern in einer Familie miteinander verheiratet sind und die Kindererziehung sowie der Haushalt Aufgaben der Frauen darstellen.

¹⁶² Eigene Berechnung; Datenquelle: Mikrozensus 2014

¹⁶³ Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen (2015^d). S. 31.

¹⁶⁴ Vgl. Kapitel 1.2 in diesem Bericht.

¹⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2012^c). S. 4.

¹⁶⁶ Vgl. Li, Xuan; Zerle-Elsäßer, Claudia. (2015). S. 16; Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach. (Hrsg.). (2013^a). S.14.

¹⁶⁷ Vgl. DIW Berlin. (Hrsg.). (2014). S. 23; Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^c). S.6-7.

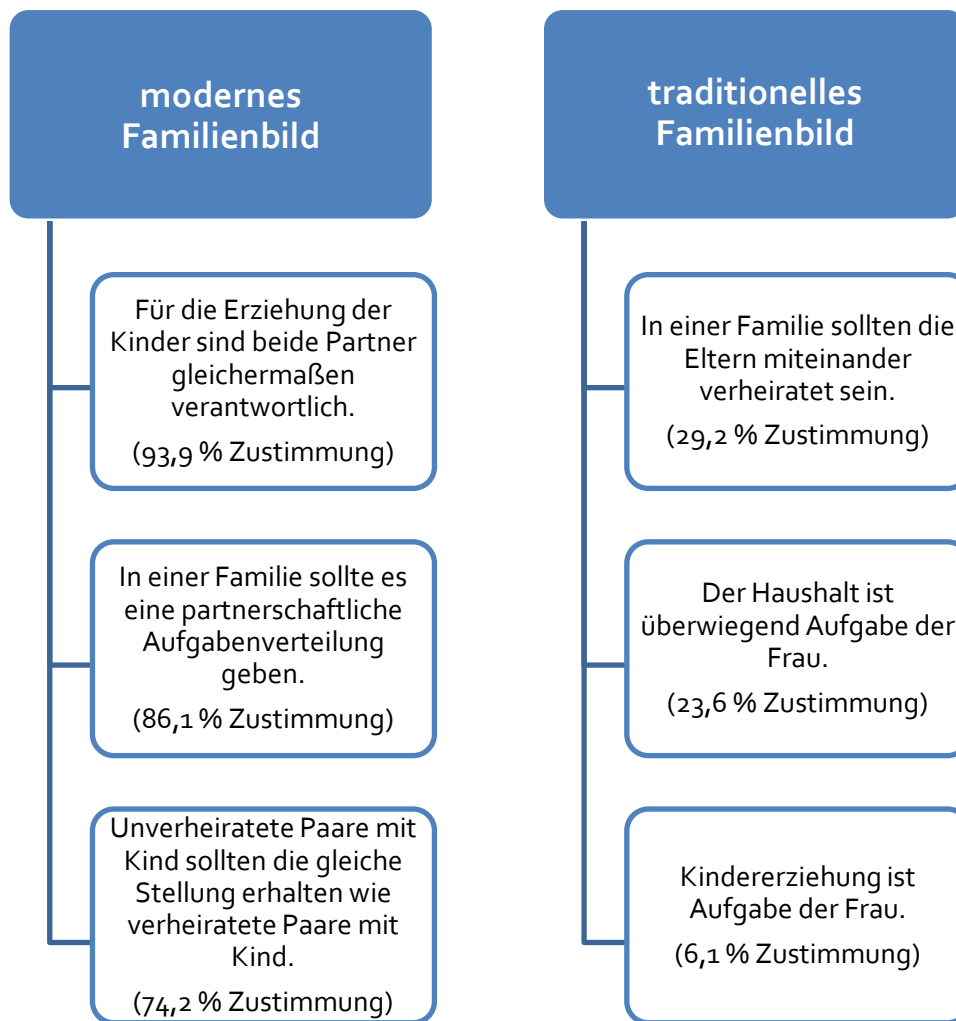


Abbildung 34 Bewertung von Einstellungsaussagen in ein modernes bzw. traditionelles Familienbild (n=539-811), (Haushaltsbefragung)

Trotz dieser allgemeinen positiven gesellschaftlichen Veränderungen im Rollendenken der Paare zeigen jedoch verschiedene bundesweite Untersuchungen, dass innerhalb der Familien immer noch eine große Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach gleichberechtigter Aufgabenverteilung und gelebter Realität besteht. So beschreibt die Vorwerk Familienstudie 2013, dass der Großteil der Frauen nach wie vor die Familien- und Hausarbeit zu großen Teilen selbst bzw. gänzlich übernimmt¹⁶⁸ bleibt. Die Hauptlast, eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf überhaupt erreichen zu können, liegt entsprechend nach wie vor bei den Frauen, da Berufs- und Familienaufgaben - lebensphasenübergreifend – immer noch ungleich verteilt sind.¹⁶⁹

Diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit lässt sich auch im **SAARLAND** feststellen. Bei einem Vergleich zeigt sich, dass die Erziehungsverantwortung deutlich häufiger bei den Müttern liegt und eine partnerschaftliche Teilung von Aufgaben eher ei-

¹⁶⁸ Li, Xuan; Zerle-Elsässer, Claudia. (2015). S.18.

¹⁶⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S. 10.

nem Wunschdenken entspricht. Die egalitäre Aufgabenverteilung empfindet der überwiegende Teil der befragten Personen im **SAARLAND** als gut (86,1 %), deutlich weniger Personen leben dieses Modell jedoch tatsächlich (51,8 %).

Aussagen	Einstellung („trifft voll zu“/„trifft eher zu“)	Realität („trifft voll zu“/„trifft eher zu“)
Die Erziehung der Kinder übernehmen beide Elternteile.	93,9 %	79,0 %
In unserer Familie gibt es eine partnerschaftliche Verteilung der Haushaltsaufgaben.	86,1 %	51,8 %
In unserer Familie ist der Haushalt überwiegend Aufgabe der Mutter.	23,6 %	41,9 %
In unserer Familie ist Kindererziehung überwiegend Aufgabe der Frau.	6,1 %	23,7 %

Tabelle 7 Bewertung der persönlichen Familiensituation mit Einteilung in ein modernes bzw. traditionelles Familienbild (n=468-786), (Haushaltsbefragung)

4.3 Elternzeit - Wiedereinstieg in den Beruf - Arbeitszeit

Familie, Pflege und Beruf vereinbaren zu können heißt, die entsprechenden Voraussetzungen vorzufinden und Zeit für die Umsetzung zu haben. Bereits der achte Familienbericht der Bundesregierung von 2012 beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Zeit.¹⁷⁰ Es wird hier von einem **Zeitparadoxon** ausgegangen, welches das, durch Zeitdruck und Zeitknappheit geprägte, subjektive Zeitempfinden der Familien beschreibt. Dabei ist jedoch nicht die erwerbsgebundene Zeit für diese subjektive Wahrnehmung verantwortlich, sondern vielmehr die mangelnde Vereinbarkeit von Arbeits- und Betreuungszeiten.¹⁷¹

„Die Qualität des Zusammenlebens von Familien ist untrennbar verbunden mit den zeitlichen Ressourcen, zeitlichen Verpflichtungen und Zeiterfahrungen ihrer Mitglieder.“¹⁷²

Zeitprobleme entstehen durch unglückliche Zeitsynchronisationen von verschiedenen Lebensbereichen wie Arbeitszeit, Familienzeit, Betreuungszeiten, Sprechzeiten von Ärzten und Ämtern sowie Ladenöffnungszeiten.¹⁷³ Somit kommt dem Faktor „Zeit“ eine wesentliche Schlüsselposition zu, denn Familien brauchen ein notwendiges Maß an Zeit, um überhaupt als solche existieren zu können.

¹⁷⁰ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015°).

¹⁷¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012°). S.5.

¹⁷² Ebd.

¹⁷³ Ebd.

Die Zeitverwendungsstudie von 2012/2013 des Statistischen Bundesamtes ergab beispielsweise, dass ein Drittel der Väter und ein Fünftel der Mütter gern mehr Zeit für ihre Familie/ihre Kinder hätten. Bezüglich Erwerbsarbeit kehrt sich das Verhältnis um und deutlich mehr Mütter (28 %) wünschen sich hierfür mehr Zeit als Väter (7 %).¹⁷⁴ Im Rahmen der Vorwerk Familienstudie 2013 geben vor allem die Mütter an, sich mehr Zeit zu wünschen, um sich um ihre eigenen Bedürfnisse kümmern zu können.¹⁷⁵

Befragt man die **saarländischen** Haushalte zum Thema Zeit und Zeitressourcen, dann wünschen sie sich vor allem mehr Zeit für Sport und für die Familie. Weniger Zeit würden sie gern für Arbeitswege, für Fahrten allgemein aber auch für die Fahrdienste der Kinder aufwenden. Zu viel Zeit verwenden Familien ihrer Einschätzung nach für Arzt- und Ämterbesuche aufgrund der zum Teil langen Wartezeiten.



Abbildung 35 „Ich würde gern weniger Zeit aufwenden, für ...“ (n=270), (Haushaltsbefragung)

Die Mehrzahl der **saarländischen** Haushalte erachtet es als sinnvoll, die Öffnungszeiten bei Ämtern und Behörden sowie Ärzten und medizinischen Einrichtungen familienfreundlich zu gestalten. Auch der achte Familienbericht der Bundesregierung von 2012

¹⁷⁴ Statistisches Bundesamt (2015). Pressemitteilung vom 26. August 2015 – 309/15. Unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_309_63911.pdf?__blob=publicationFile

¹⁷⁵ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach. (Hrsg.). (2013³). S.24.

merkt hierzu kritisch an, dass sich insbesondere öffentliche Behörden und Ämter in ihrem Grundverständnis wandeln müssen, um die strukturelle Zeitknappheit der Familien zu reduzieren. Die Einrichtungen müssten sich verstärkt als Dienstleister verstehen und eine vereinbarkeitsfördernde Funktion anstreben.¹⁷⁶

Bezieht man an diesem Punkt die Ergebnisse aus dem Kapitel Wohnen und Mobilität dieses Berichtes hinzu, dann wird deutlich, dass eine gute Infrastruktur mehr denn je an Bedeutung gewinnt. Um dem Wunsch nach kurzen Wegen zu verschiedenen Institutionen zu entsprechen und den Familien damit mehr Zeit zu ermöglichen, braucht es entweder eine verbesserte Anbindung und/oder einen Ausbau an Einrichtungen. Gerade für den ländlichen Raum wurde ein Mangel an verschiedenen Institutionen konstatiert, der, um das Angebot dennoch wahrnehmen zu können, mitunter lange Wege in die Städte nach sich zieht. Familienfreundliche Strukturen, auch im Sinne von verlängerten Öffnungszeiten, könnten diese Herausforderung ein Stück minimieren.

4.3.1 Elternzeit

Mütter und Väter wünschen sich heute *sowohl* Familie *als auch* Beruf.¹⁷⁷ Der Elternzeit kommt dabei eine große Bedeutung zu. Auch hier hat sich in der Vergangenheit ein Wandel vollzogen. Der achte Familienbericht der Bundesregierung von 2012 zeigt auf, dass die Elternzeit, die Mütter in den neuen Bundesländern nehmen, sehr viel kürzer ist als die der Mütter in den westdeutschen Bundesländern. Die längste Erwerbsunterbrechung ergibt sich bei Müttern aus Migrationshaushalten. Bezugnehmend auf die Väter stellt der Familienreport der Bundesregierung von 2014 zum Thema **Elternzeit** fest, dass aufgrund der gestiegenen Familienorientierung immer mehr Väter Elternzeit für die Betreuung der Kinder nehmen.¹⁷⁸ Das Statistische Bundesamt weist hier eine durchschnittliche Bezugsdauer des Elterngeldes in Höhe von 4,4 Monaten bei den Vätern und 11,8 Monaten bei den Müttern aus¹⁷⁹. Der Anteil liegt für den gleichen Berichtszeitraum im **SAARLAND** mit 4,6 Monaten bei den Vätern über dem Durchschnitt. Betrachtet man allerdings den Anteil der Väter, die Elterngeld beziehen, liegt das **SAARLAND** jedoch mit 8,6 % bundesweit auf dem letzten Platz.¹⁸⁰ Ein Vergleich zum 2. Quartal 2015 weist eine ähnliche Bezugsdauer des Elterngeldes (4,1 Monate für Väter, 11,8 Monate für Frauen) zum 4. Quartal 2014 auf. Der Väteranteil mit 9,4 % für das **SAARLAND** erhöht sich zwar, im bundesweiten Vergleich liegt dieser jedoch erneut deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 13,4 % und wiederum auf dem letzten Rang. Zusammengefasst bedeutet

¹⁷⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012^c). S. 9.

¹⁷⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2014). S. 2.

¹⁷⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (2009–2015). *Statistiken zum Elterngeld*. Gemeldete beendete Leistungsbezüge, Wiesbaden. Unter:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/SozialeLeistungen/Elterngeld/Elterngeld.html>

¹⁷⁹ 4. Quartal 2014.

¹⁸⁰ Der bundesweite prozentuale Anteil für die Elternzeit von Vätern liegt bei 12,0 % im 4. Quartal 2014.

dies also, dass der prozentuale Väteranteil beim Bezug des Elterngeldes steigt (bundesweit ebenso wie im **SAARLAND**), die durchschnittliche Bezugsdauer für die Väter jedoch tendenziell wieder sinkt.

Ein wesentlicher Grund für den bundesweit gestiegenen Anteil ist, entsprechend dem Familienreport 2014, die Einführung des Elterngeldes¹⁸¹. Die Dauer der Elternzeit von Vätern hängt, so die Ergebnisse einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, dabei von mehreren Faktoren ab. Hier spielen die Berufsorientierung des Vaters, die Vertretungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz sowie die Berufsorientierung der Partnerin bzw. deren Arbeits- und Einkommensbedingungen eine wesentliche Rolle.¹⁸² Väter, die sich für eine Elternzeit entscheiden, entsprechen häufig einer höher qualifizierten Gruppe, die sich auch in einer höheren beruflichen Position befindet.¹⁸³ Hinderungsgründe für die Elternzeit von Vätern sind vor allem Befürchtungen vor Karriereeinschnitten. Eine Studie zu den nachhaltigen Effekten der Elterngeldnutzung durch Väter von 2014 schlussfolgert jedoch, dass langfristige Karrierefolgen ausbleiben.¹⁸⁴ Dennoch seien die Sorgen der Väter nicht ganz unbegründet, da sich, laut dieser Studie, für ein Fünftel der befragten Väter die Aufstiegschancen verschlechtert hätten¹⁸⁵, angefangen von einer Verschlechterung der Arbeitssituation insgesamt bis hin zu einer Reduzierung des Einkommens. Ähnliche Ergebnisse erzielte auch die Studie der Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen Forsa. Elternzeit nehmende Väter sprechen in der Mehrheit von keinen relevanten Auswirkungen auf die Karrierechancen infolge der Elternzeit. Dennoch geht circa ein Drittel von eher negativen Folgen im Arbeitskontext aus.¹⁸⁶

Die Befragung der **saarländischen** Haushalte bestätigt im Wesentlichen die bisherigen bundesweiten Aussagen zur Elternzeit. Auch hier übernehmen nach wie vor die Mütter den überwiegenden Teil der Elternzeit. Bei rund einem Viertel der Familien hat auch der Vater einen Teil der Zeit übernommen, die sich dabei, entgegen der allgemeinen Statistik, auf zwei Monate beschränkte. Väter, die Elternzeit genommen haben, verfügen deutlich häufiger über ein Abitur als jene, die keine Elternzeit nahmen. Bei der Entscheidung darüber, welches Elternteil die Elternzeit übernimmt, war die finanzielle Situation bzw. das Arbeitseinkommen der Elternteile das ausschlaggebende Kriterium. Die Untersuchung ergab zudem, dass der Elternteil mit dem niedrigeren Arbeitseinkommen in der Regel diese Aufgabe übernommen hat. Die betreffenden Mütter, so die Ergebnisse der Untersuchung, arbeiten aktuell überwiegend in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen mit einer Stundenanzahl zwischen 20 und 30 Stunden pro Woche. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen übernahmen beide Elternteile

¹⁸¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S. 51.

¹⁸² Vgl. Hans-Böckler Stiftung. (Hrsg.). (2014). S. 3.

¹⁸³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S.51.

¹⁸⁴ Vgl. Hans-Böckler Stiftung. (Hrsg.). (2014). S. 7.

¹⁸⁵ Vgl. Hans-Böckler Stiftung. (Hrsg.). (2014). S. 8.

¹⁸⁶ Vgl. Forsa (2013). S. 15.

die Elternzeit. Aber auch ein geringerer Statusverlust in der beruflichen Tätigkeit, geringere Probleme beim Wiedereinstieg in den Beruf sowie geringere Karriereeinschnitte waren Gründe für die Übernahme der Elternzeit durch die Mütter.

Untersuchungen zeigen, dass die Elternzeit der Väter eine positive Auswirkung auf die Vater-Kind-Beziehung hat. Väter, die Elternzeit in Anspruch genommen haben, verbringen mehr Zeit mit ihren Kindern.¹⁸⁷ Untersuchungen in Großbritannien und den USA fassen außerdem zusammen, dass eine starke Beteiligung des Vaters an der Kindererziehung einen positiven Einfluss auf das Wohlergehen und die Lebenszufriedenheit der Mütter hat. Damit stieg die Stabilität in der Partnerschaft. Außerdem konnte eine Verringerung der Scheidungsrate festgestellt werden.¹⁸⁸

4.3.2 Wiedereinstieg in den Beruf – arbeitgeberseitige Unterstützungsmaßnahmen

Nach beendeter Elternzeit stellt sich für Mütter und Väter die Frage nach dem „Ob“ und „Wie“ für eine erfolgreiche Rückkehr in den Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht dabei im Fokus.

Eine Studie des DELTA-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternzeit fand heraus, dass für Frauen mit einer Erwerbsunterbrechung von mehr als drei Jahren der Wiedereinstieg nicht oder nur verzögert gelingt. Sie stellten fest, dass zwischen Frauen mit einer kurzen Erwerbsunterbrechung von weniger als drei Jahren und Frauen mit einer langen Erwerbsunterbrechung unterschiedliche Perspektiven im Wiedereinstiegsprozess vorherrschen. So arbeiten Frauen mit kurzer Unterbrechung knapp doppelt so oft in Vollzeit. Wohingegen Frauen mit langer Unterbrechung mehr als dreimal so oft nach der Erwerbsunterbrechung im Minijob arbeiten.¹⁸⁹ Darüber hinaus zeigte eine Prognos-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern, dass über die Hälfte der dort befragten Eltern mit schulpflichtigen Kindern insbesondere in ländlichen Regionen Schwierigkeiten haben, die Vereinbarkeit zu gewährleisten.¹⁹⁰ Die Gruppe der Alleinerziehenden und der vollzeiterwerbstätigen Mütter berichten häufiger von Vereinbarkeitsproblematiken.¹⁹¹

Die Haushaltsbefragung im **SAARLAND** bestätigt weitestgehend die angesprochenen Ergebnisse. Über ein Drittel der befragten Haushalte kann Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren. Gar nicht beziehungsweise kaum gelingt es rund 15 % der Haushalte. Dies sind vor allem solche ohne weitere familiäre Unterstützungssysteme, mit zu

¹⁸⁷ Hans-Böckler Stiftung. (Hrsg.). (2014). S. 4.

¹⁸⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015^d). S. 72.

¹⁸⁹ Vgl. Wippermann, Carsten. (2011). S. 16 ff..

¹⁹⁰ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2011). S. 13-16.

¹⁹¹ Ebd.

pflegenden Angehörigen und Alleinstehende. Fragt man weiter nach den Gründen für die mangelnde Vereinbarkeit, dann werden am häufigsten die Arbeitszeiten, die Erschöpfung nach dem Arbeitstag sowie Überstunden angegeben.

Mit den Agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen bietet das **SAARLAND** den Familien konkrete Unterstützungsmaßnahmen durch die Vermittlung von zuverlässigen versicherten Hilfen für hauswirtschaftliche Arbeiten.¹⁹² Trotz dieses Angebotes lässt sich für manche Personengruppen die Vereinbarkeit schlecht realisieren:

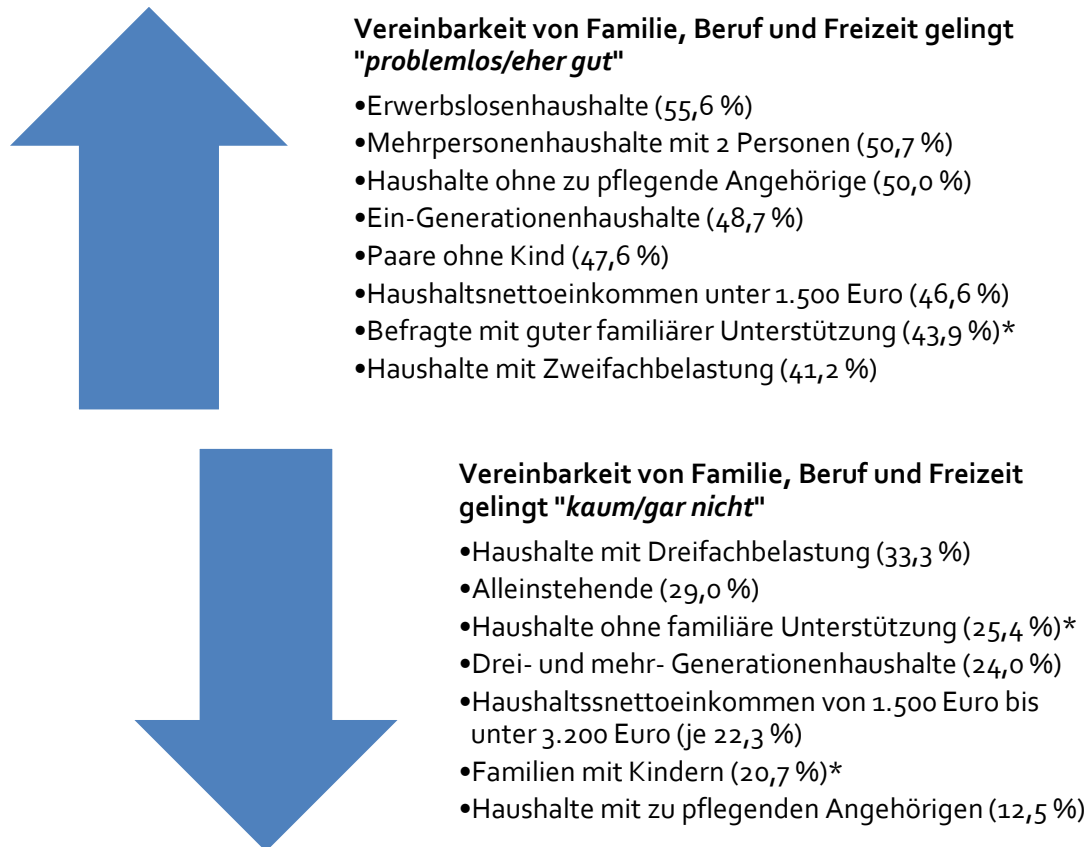


Abbildung 36 Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit „problemlos/eher gut vereinbaren“ und „kaum/gar nicht vereinbaren“ nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen (n=51-499), (Haushaltsbefragung)

Um den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, sind vor allem die Unternehmen gefordert, Handlungsansätze zu diskutieren und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Gerade der gelingende Wiedereinstieg stellt einen wesentlichen Baustein bei der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf dar und ist damit ein wichtiger Faktor für eine familienfreundliche Region.

Nur ein tatsächlicher Bewusstseinswandel bei den Arbeitgebern kann zu einer Verbesserung der Familienfreundlichkeit im Unternehmen führen. Diesen konkreten Wunsch

¹⁹² AhA – Agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen.
 Unter: www.saarland.de/agentur_haushaltsnahe_arbeit.htm.

nach einer stärkeren Sensibilisierung der Arbeitgeber äußerten auch die Teilnehmenden innerhalb der **Dialogkonferenzen** im **SAARLAND**.

Bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der Unternehmen stellt eine familienfreundliche Unternehmenspolitik eine wirtschaftliche Chance dar. Studien belegen, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt und die Produktivität in diesen Unternehmen höher ist.¹⁹³ Weniger Fehl- und Krankheitszeiten, aber auch weniger Arbeitnehmerwechsel - als Folge einer guten unternehmensinternen Vereinbarkeitspolitik - haben am Ende einen positiven Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit.¹⁹⁴ Vereinbarkeit ist demnach längst zu einem wichtigen Merkmal der Arbeitgeberattraktivität und ein entscheidender Faktor bei der Arbeitgeberwahl geworden.¹⁹⁵ Dabei weisen Studien weiter darauf hin, dass die familienpolitischen Maßnahmen innerhalb eines Unternehmens gerade dann sehr positiv von den Beschäftigten bewertet werden, wenn Führungspersonen im Unternehmen unterstützend wirken, sodass sich ein starker Zusammenhang zwischen der Unternehmenskultur und der Rolle der Führungskräfte zeigt. Insbesondere auch die Rolle männlicher Vorgesetzter ist hier interessant und wichtig. Nehmen männliche Führungskräfte Elternzeit und demonstrieren die Berücksichtigung von Vereinbarkeitsaspekten, dann ist die Nachahmungsquote durch männliche Arbeitnehmer deutlich höher.¹⁹⁶

Der Unternehmensmonitor 2016 stellt als potenzielle Risikofaktoren einer weniger familienfreundlichen Unternehmenskultur den eingeschränkten Zugang beziehungsweise ungeeignete Angebote sowie eine mangelnde Kommunikationsstruktur im Unternehmen heraus. Der Familienreport des Freistaats Bayern¹⁹⁷ sowie der 2. Thüringer Familienbericht¹⁹⁸ bestätigen die unzureichende Beratung zu familienfreundlichen Maßnahmen sowie den Wunsch nach mehr Informationen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die über das jeweilige Angebot in den Unternehmen hinausgehen.

Den Wunsch nach mehr Informationsangeboten zur Unterstützung von Familien beziehungsweise zum Thema Pflege äußern die Befragten im **SAARLAND** ebenso. Gerade Haushalte aus eher ländlichen Regionen sowie Alleinerziehende oder Familien ohne entsprechende familiäre Unterstützungssysteme wünschen sich hier mehr Informationen.

¹⁹³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2014). S.15 ff.

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^d). S.84.

¹⁹⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2016^a). S. 16.

¹⁹⁷ Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. (Hrsg.). (2014). S. 120.

¹⁹⁸ Vgl. Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. (Hrsg.). (2014^b). S. 104.

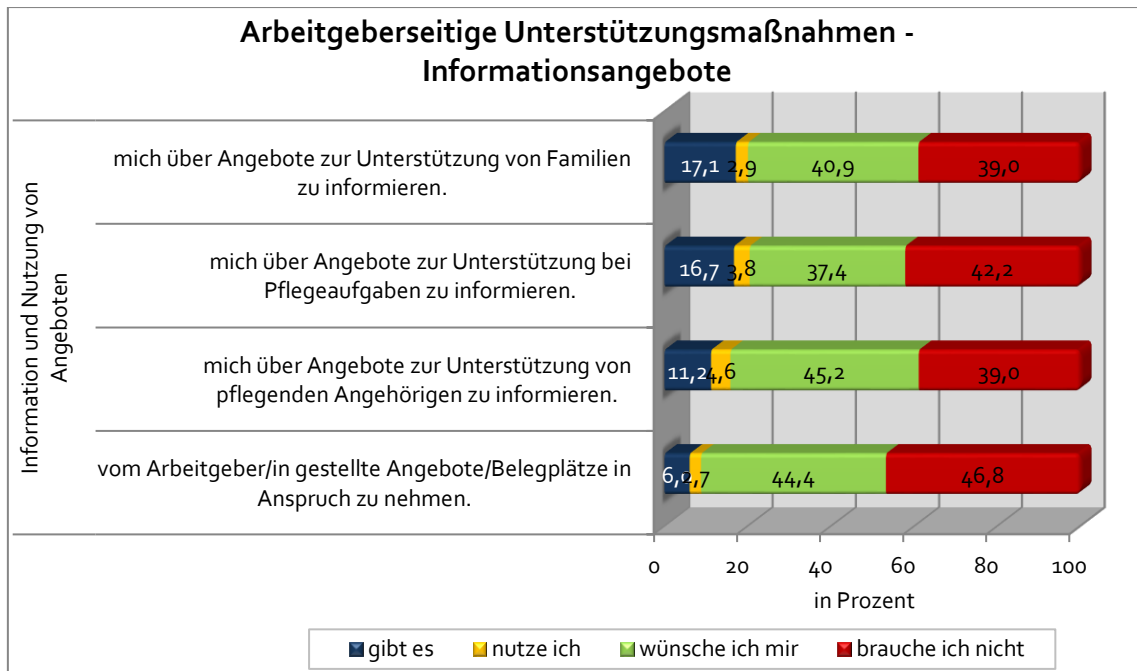


Abbildung 37 arbeitgeberseitige Unterstützungsmöglichkeiten bezogen auf Information und Nutzung von Angeboten (n=365-374), (Haushaltsbefragung)

Bezüglich der Möglichkeit des schnellen **Wiedereinstiegs in den Beruf** zeigt sich insgesamt, dass einige Unternehmen Schwierigkeiten haben, adäquate Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu finden.¹⁹⁹ Im **SAARLAND** zeigt sich, dass einige Unternehmen ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Wiedereinstieg bereits unterstützen, 29 % der befragten **Saarländerinnen und Saarländer** wünschen sich jedoch von ihrem aktuellen Arbeitgeber an diesem speziellen Punkt mehr Hilfe. Auch hier sind es wiederum die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auf gelegentliche beziehungsweise keine familiären Unterstützungssysteme zurückgreifen können.

Der bereits angesprochene Wandel in den Familien- und Rollenbildern führte bisher dazu, dass auf der einen Seite die Erwerbstätigkeit der Mütter in den letzten Jahrzehnten bundesweit deutlich angestiegen ist (insbesondere auch die kürzere Elternzeit und damit der schnellere Wiedereinstieg)²⁰⁰ und auf der anderen Seite, dass neben den Müttern auch zunehmend die Väter eine Doppelbelastung durch die Familien- und Hausarbeit erfahren.²⁰¹ Ein Kritikpunkt in der Vereinbarkeit sehen die Männer darin, dass die arbeitgeberseitigen Angebote insbesondere auf Frauen und nicht auf sie als Zielgruppe zugeschnitten sind.²⁰²

¹⁹⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012^c). S.92 ff.

²⁰⁰ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach. (Hrsg.). (2013^a). S. 10.

²⁰¹ Vgl. Li, Xuan; Zerle-Elsäßer, Claudia. (2015). S.16.

²⁰² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S.83.

Betrachtet man – neben dem aktiv eingeleiteten Bewusstseinswandel – weitere Maßnahmen einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik, dann ist die **flexible Arbeitszeitgestaltung** ein wesentlicher Punkt. Weitere Studien zeigen, dass flexible Arbeitszeitgestaltung bereits in der Hälfte aller Unternehmen möglich ist und auch eine flexible Gestaltung des Arbeitsplatzes selbst immer häufiger umgesetzt wird.²⁰³ Zusammengefasst lässt sich demnach festhalten, dass Unternehmen am stärksten auf individuelle Arbeitszeitmodelle und flexible Arbeitszeiten setzen.²⁰⁴

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit und des Arbeitsortes wird insbesondere auch vor dem Hintergrund der wachsenden Digitalisierung der letzten Jahre zu einem entscheidenden Thema. Studien zeigen, dass sowohl Unternehmen selbst als auch Beschäftigte eine Verbesserung der Situation der Vereinbarkeit aufgrund der Digitalisierung und Mobilisierung erwarten.²⁰⁵

Unterstützungsmöglichkeiten der *saarländischen* Arbeitgeber bezüglich Teilzeitarbeit, Arbeitszeitkonten/Jahresarbeitszeitkonten usw., existieren aus der Sicht der Befragten in vielen Unternehmen. Hilfeformen wie Informationsangebote oder die Beteiligung an Kinderbetreuungs- und Pflegekosten sind dagegen eher selten. Unbezahlte Freistellungen in Notsituationen, mehrwöchige unbezahlte Urlaube in akuten Betreuungssituationen, flexible Arbeits- und Pausenzeitengestaltungen sowie Arbeitszeit- bzw. Jahresarbeitszeitkonten werden im Durchschnitt von je einem Drittel als im Unternehmen bestehend eingeschätzt, von einem weiteren Drittel der Befragten als Wunsch angeführt. Die Heim-/Telearbeit favorisieren vergleichsweise wenige Personen (24 %), diese Form existiert jedoch auch nur zu einem geringen Anteil innerhalb der Unternehmen (circa 15 % Zustimmung durch die Befragten).

Die Akteurinnen und Akteure der **Dialogkonferenzen** bestätigen diese Ergebnisse. Um die Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer langfristig gewährleisten zu können, waren sich die Teilnehmenden einig, dass es neuer flexibler Modelle bedarf, die eine offene alternative Gestaltung der beruflichen Tätigkeit ermöglichen. Dazu gehört auch, nicht die Arbeitszeit selbst in den Fokus zu rücken, sondern eher ergebnisorientiert zu denken, was durch mobiles Arbeiten erreicht werden könnte. Weitere angesprochene Möglichkeiten waren der branchenspezifische Ausbau der Telearbeit, der Einsatz digitaler Alternativen. Auch eine Erweiterung von Freistellungsmöglichkeiten für Eltern mit kranken oder behinderten Kindern beziehungsweise mit zu pflegenden Angehörigen wurde thematisiert. Wichtig ist bei all den Vorschlägen, dass die Vereinbarkeit in den Firmen von den Betriebsräten oder den Mitarbeitervertretungen zum Thema gemacht werden muss. Nur dann kann eine erfolgreiche Sensibilisierung und

²⁰³ Vgl. DIW Berlin. (Hrsg.). (2014). S. 31.

²⁰⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2016^a). S. 8.

²⁰⁵ Ebd.

Umsetzung von Maßnahmen erfolgen, so die Teilnehmenden der **Dialogkonferenzen** im **SAARLAND**.

Ein weiterer häufiger Wunsch der **saarländischen** Haushalte ist die Möglichkeit, Kinder in **Notsituationen** ins Unternehmen mitzubringen sowie den gesetzlichen Anspruch auf Pflegezeit nutzen zu können.

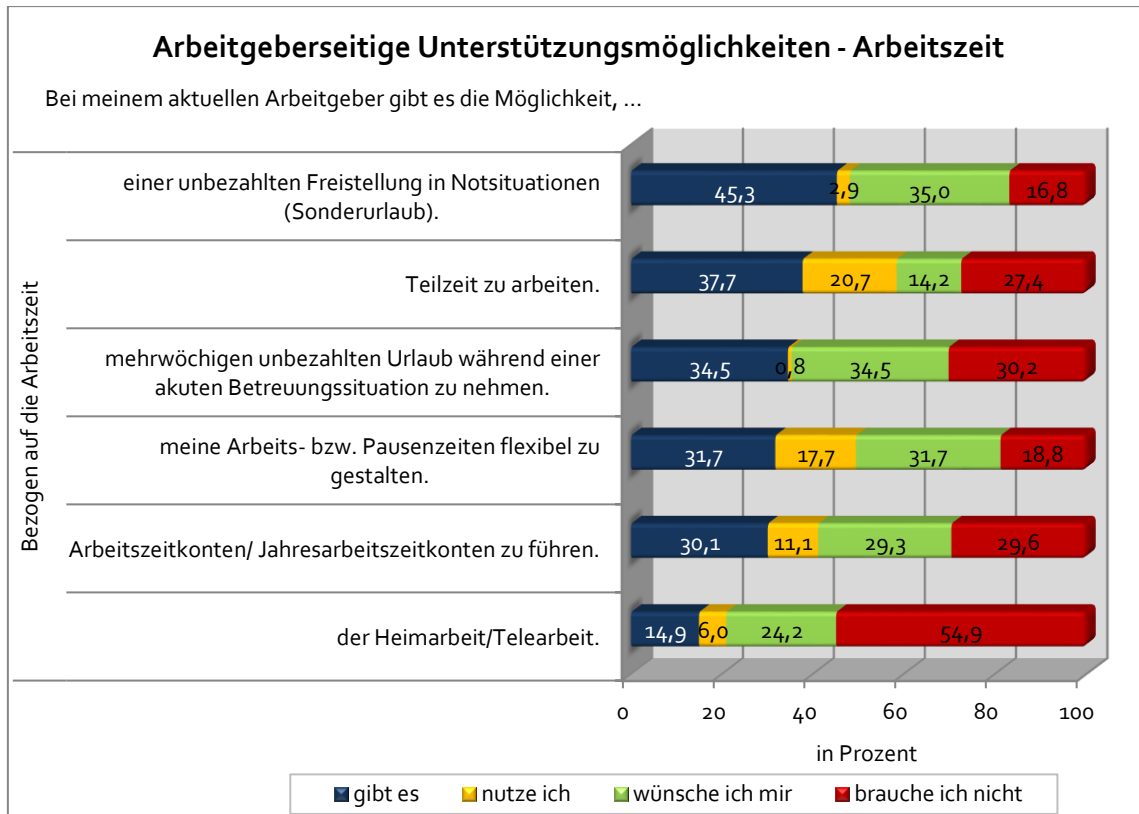


Abbildung 38 arbeitgeberseitige Unterstützungsmöglichkeiten bezogen auf die Arbeitszeit (n=368-387), (Haushaltsbefragung)

Der Aufbau **eigener Betreuungsformen** (Betriebskindergärten, Großtagespflegestellen) erscheint als eine Alternative innerhalb der Unternehmen, um auf Vereinbarkeitsproblematiken zu reagieren. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass es bundesweit wenige Unternehmen gibt, die betriebsnahe Kinderbetreuung anbieten, auch wenn es hier zu einem stetigen Ausbau des Angebots gekommen ist. Der Familienreport der Bundesregierung von 2014²⁰⁶ weist an dieser Stelle auf einen positiven Trend beim Ausbau der Angebote hin. Großtagespflegestellen bzw. betriebsnahe Verbundlösungen sind für Unternehmen dabei weniger kompliziert und ggf. auch finanziell weniger aufwändig als Betriebskindergärten.

Nicht zuletzt geht es innerhalb der Unternehmen auch darum, das Thema „Pflege von Angehörigen“ auf die interne Agenda zu bringen, welches gegenüber den Fragen der

²⁰⁶ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d). S. 105 ff.

Kinderbetreuung innerhalb der Unternehmenspolitik immer noch eine eher untergeordnete Rolle erfährt. Dabei hat die Auseinandersetzung mit dem Thema Pflege und Pflegezeiten auch unter Arbeitnehmern bisher weniger stark stattgefunden. Entsprechend dem Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016 gibt es ein zunehmendes Angebot kleinerer Firmen zur Arbeitszeitreduzierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen.²⁰⁷

Insgesamt betrachtet werden einige Unterstützungsformen von **saarländischen** Arbeitgebern bereits offeriert; die Nutzung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist jedoch eher verhalten, der Wunsch nach diesen Hilfeformen fällt dennoch vergleichsweise hoch aus.

Mit der seit 2008 gegründeten Servicestelle „Arbeiten und Leben im **SAARLAND**“ (ALS) hat die Landesregierung bereits frühzeitig auf die Entwicklungen im Bereich der Vereinbarkeit reagiert. Die Servicestelle berät **saarländische** Unternehmen kostenfrei zur Entwicklung maßgeschneiderter, familienfreundlicher Unternehmenskonzepte und unterstützt bei der Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Schwerpunkte wurden in der aktuellen Kooperationsvereinbarung mit dem Land im Jahr 2016 auf die Bewusstseinsbildung in Unternehmen und auf die Themen familienbewusste Arbeitszeiten, Väterverantwortung und betriebsnahe Kinderbetreuung gelegt.

Auch für den öffentlichen Dienst des Landes steht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf ganz oben auf der Agenda. Gehörten flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit und Telearbeit in den meisten Bereichen bereits zum festen Bestandteil einer familienfreundlichen Personalpolitik, so hat die Landesregierung mit dem 2016 in Kraft getretenen neuen Landesgleichstellungsgesetz für einen modernen öffentlichen Dienst Zeichen gesetzt. Das neue Gesetz verpflichtet die Dienststellen u.a. dazu, Arbeitszeiten und sonstige Rahmenbedingungen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer anzubieten. Teilzeit- bzw. Telearbeit müssen auch bei Stellen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben ermöglicht werden, soweit dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen. Hierfür sind in Frauenförderplänen dienststellenspezifische Zielvorgaben für den Anteil an Leitungsfunktionen festzulegen, die mit reduzierter Arbeitszeit ausgeübt werden können.

4.3.3 Arbeitszeit

Die soeben betrachteten arbeitgeberseitigen Maßnahmen bieten Müttern und Vätern die Chance, Familie und Beruf besser miteinander vereinen zu können. Eine im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie vom Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern

²⁰⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2016^a). S. 8.

ergab, dass die Erwerbstätigkeit der Mütter nach dem ersten Lebensjahr des Kindes deutlich ansteigt. Die Väter dagegen sind auch mit sehr jungen Kindern mehrheitlich in Vollzeit beschäftigt.²⁰⁸ Der Anteil an Vollzeitbeschäftigung bzw. vollzeitnaher Tätigkeit steigt kontinuierlich mit dem Alter der Kinder an.²⁰⁹ Ist im ersten Lebensjahr des Kindes noch vorwiegend der Partner derjenige, der das Einkommen verdient, so übernimmt im zweiten Lebensjahr die **Mutter** bereits einen kleinen Teilzeitanteil. Weiterhin zeigte die Untersuchung auf, dass der Umfang der Erwerbstätigkeit vom Bildungsabschluss der Mütter abhängig ist. Mütter mit Hochschulabschluss haben vergleichsweise einen höheren Erwerbsumfang als Mütter mit einem niedrigeren Abschluss.²¹⁰ Auch der Familienreport der Bundesregierung von 2014 konstatierte dazu, dass Mütter insgesamt betrachtet nach Elternzeit früher in den Beruf zurückkehren wollen als im Vergleich der vergangenen Jahre. Kürzere Berufsausstiege haben dabei Mütter in vorheriger Vollzeit, höher qualifizierte Frauen, Selbstständige, aber auch Frauen mit einem niedrigen Einkommen.²¹¹

Die Mehrheit aller erwerbstätigen Frauen, sowohl kinderlos als auch mit Kindern, ist mit ihrer Zeit, die sie im Beruf verbringen, zufrieden. Zu diesem Schluss kommen Bertram und Deuflhard (2015)²¹². Tendenziell erachten Frauen, die geringfügig beschäftigt sind, es als erstrebenswert mehr zu arbeiten. Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen die Verfasserinnen und Verfasser des Nordrhein-Westfälischen Familienberichts, wonach Mütter sich im ersten Lebensjahr des Kindes intensiver der Familie widmen, deren Erwerbstätigkeit jedoch nach Ablauf des Elterngeldbezuges wieder ansteigt.²¹³ Dennoch schlussfolgert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dass eine Gleichverteilung der Erwerbsarbeit eher selten vorkommt.²¹⁴ Der Familienbericht des Landes Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2015 beschreibt, dass die Erwerbstätigenquote der Mütter mit steigender Kinderzahl sinkt. Väter dagegen arbeiten meist mehr als die vertraglich geregelten Wochenstunden, so der DJI-Survey AID:A von 2015. Viele Überstunden führen nach dieser Analyse zu einer geringeren aktiven Vaterschaft.²¹⁵

Bertram und Deuflhard kommen insbesondere bei der Arbeitszeit abschließend zu der Erkenntnis, dass die Balance der Arbeits- und Familienzeit in einem persönlichen Aushandlungsverhältnis zwischen Paar und Familie besteht, welches den Frauen die Chance auf eine Erhöhung der Arbeitszeit ermöglicht. Eine Beeinflussung der Politik ist

²⁰⁸ Vgl. DIW Berlin. (Hrsg.). (2014). S. 15 f..

²⁰⁹ Ebd. S. 17.

²¹⁰ Ebd. S. 22.

²¹¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015^d). S. 47-48.

²¹² Bertram, Hans; Deuflhard, Carolin. (2015). S. 124.

²¹³ Vgl. Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. (2015). S. 27.

²¹⁴ Vgl. DIW Berlin. (Hrsg.). (2014). S. 17.

²¹⁵ Vgl. Walper, Sabine; Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas. (2015). S. 8.

an dieser Stelle schwer möglich.²¹⁶ Zu dem gleichen Schluss kommt auch das DIW Berlin in der Studie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern (2014).²¹⁷

4.4 Kinderbetreuung

Seit 2013 haben Eltern mit Kindern ab der Vollendung des ersten Lebensjahres bis zum dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz. 2015 wurde in Deutschland ein Drittel der Kinder in der Altersgruppe bis zwei Jahre in einer Kindertagesbetreuung betreut. Bei den Kindern zwischen drei und fünf Jahren lag die Betreuungsquote 2015 in Deutschland bei 95 %. Dabei ergaben sich Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern. Im früheren Bundesgebiet wurden im Jahr 2015 unter den zwei-Jährigen und jüngeren Kindern 28 % betreut. In der gleichen Altersgruppe besuchten in den neuen Bundesländern, einschließlich Berlin, 52 % der Kleinkinder eine Kindertagesbetreuung.²¹⁸

Entsprechend des DJI-Survey AID:A steigt die Betreuungsquote bereits seit 2010 kontinuierlich an.²¹⁹ Von 2014 auf 2015 konnte eine weitere Erhöhung der Anzahl an unter drei-Jährigen in Kindertageseinrichtungen verzeichnet werden.²²⁰ Von 2006 bis 2015 ist die Betreuungsquote bundesweit um 19,3 % gestiegen.²²¹ Die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen ist bei Eltern nach wie vor das bevorzugte Modell. Das zeigt auch die Befragung der Haushalte im **SAARLAND**. Für die Altersgruppe der Kinder bis fünf Jahre nutzen die befragten Haushalte am häufigsten die Kindertagesstätten. Bevorzugt genutzt wird diese Form im **SAARLAND** von Familien ohne familiäre Unterstützungssysteme, Befragten aus städtischen Gebieten und von Erwerbslosenhaushalten.

Im Jahr 2015 existierten im **SAARLAND** entsprechend 482 Kindertageseinrichtungen mit 36.014 genehmigten Plätzen.²²² Der Monitor „Die NEUE Vereinbarkeit“ des Bundesministeriums (2015) weist darauf hin, dass der **Ausbau der Kinderbetreuung** in den letzten Jahren – insbesondere für die unter 3-Jährigen – vorangeschritten ist. Ebenso wurde die Ganztagsbetreuung weiter ausgebaut.²²³ Dennoch ist der Bedarf an Kinderbetreu-

²¹⁶ Bertram, Hans; Deuflhard, Carolin. (2015). S. 124.

²¹⁷ Vgl. DIW Berlin. (Hrsg.). (2014). S. 17.

²¹⁸ Statistisches Bundesamt. Unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote.html

²¹⁹ Vgl. Alt, Christian; Hubert, Sandra; Steinberg, Hannah. (2015). S.25.

²²⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015^f).

²²¹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2016^b). S. 5.

²²² Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2016^a).

²²³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^e). S.9.

ung noch nicht flächendeckend befriedigt. Der Anteil der Eltern, die 2015 einen Betreuungsbedarf geäußert haben, ist weiter gestiegen.²²⁴ Ein Blick in die Statistik zeigt bundesweite Unterschiede zwischen der Betreuungsquote und dem Bedarf der Eltern für Kinder unter 3 Jahren. Die Differenzen zwischen Angebot und Bedarf liegen zwischen 4,3 % und 14,1 %. Der höchste errechnete Unterschied liegt in Bremen, der niedrigste in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Im **SAARLAND** besteht eine Differenz von 11,1 % zwischen Angebot und Bedarf. Zudem bestätigt die koordinierte Bevölkerungsvorausbeziehung, dass die Anzahl der Kinder ab drei Jahren in den kommenden Jahren steigen wird und damit zusätzliche Kinderbetreuungsplätze nötig werden.²²⁵

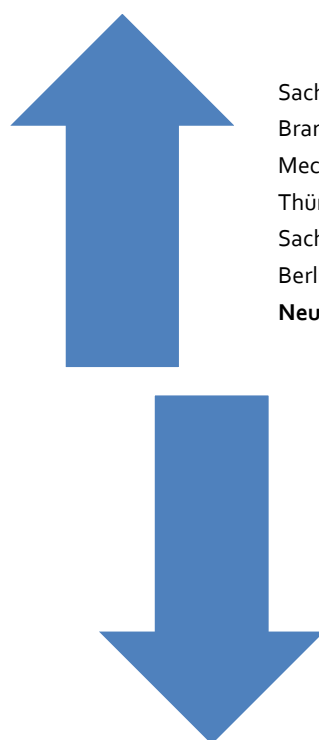
Die Betreuungsquoten in den alten Bundesländern sind deutlich geringer als in den neuen Bundesländern. Insgesamt ist jedoch ein Anstieg zu verzeichnen.²²⁶ Das **SAARLAND** liegt im März 2016 mit einer Betreuungsquote von 28,6 % für Kinder unter drei Jahren über dem westdeutschen Durchschnitt von 28,1 %. In den vergangenen vier Jahren stieg der Anteil im **SAARLAND** von 22,1 % (2012) auf 28,6 % (2016).²²⁷

²²⁴ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2016^b). S.6.

²²⁵ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2016^b). S.9.

²²⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2015^h).

²²⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt. Unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/09/PD16_345_225.html;jsessionid=90D77BD6F654669A7C716CC2ECFD9FBC.cae3.



	unter 3 Jahren
Sachsen-Anhalt	57,0 %
Brandenburg	57,2 %
Mecklenburg-Vorpommern	56,0 %
Thüringen	52,2 %
Sachsen	50,6 %
Berlin	45,9 %
Neue Länder mit Berlin	51,8 %
Hamburg	42,9 %
Schleswig-Holstein	30,9 %
Rheinland-Pfalz	29,9 %
Hessen	29,7 %
Niedersachsen	28,4 %
SAARLAND	28,6 %
Baden-Württemberg	27,7 %
Bayern	27,2 %
Bremen	27,0 %
Nordrhein-Westfalen	25,7 %
Früheres Bundesgebiet	28,1 %

Tabelle 8 Betreuungsquoten der Kinder unter zwei Jahren und von drei bis unter fünf Jahren in Kindertagesbetreuungen im Jahr 2016 nach Bundesländern

Die institutionalisierte Betreuung von Kindern hat enorme positive Auswirkungen auf deren Entwicklung. Kinder in institutioneller Betreuung sind sprachlich, motorisch und sozial weiterentwickelt. Der frühkindlichen Bildung kommt somit eine Schlüsselfunktion zu. Vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklungen ist es von großer Bedeutung, ein gutes Betreuungsangebot für Familien sicher zu stellen. Gerade für Alleinerziehende und erwerbstätige Frauen ist dieses Angebot essentiell.²²⁸ Dazu gehören auch die Flexibilität in der Betreuung, d.h. adäquate Öffnungszeiten, die auch Arbeits- und Wegezeiten gut abdecken.²²⁹ Eltern wünschen sich gerade während der Schulferien eine bessere Betreuung sowie Bring- und Abholdienste.²³⁰

Dies untermauern die Befragungsergebnisse im **SAARLAND**. Die Familien bemängeln hier vor allem auch die vielen Fahrten für ihre Kinder und die damit einhergehenden Zeitverluste. Beim Thema Betreuungszeiten für Kita und Schule geben 30 % der Haushalte, die keine Vereinbarkeit realisieren können, unter anderem die Betreuungszeiten für Kita und Schule als Grund an. Die Betreuungszeiten empfinden eher die Familien aus den städtischen Regionen im Vergleich zu denen aus ländlichen Gebieten unpassend. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsangebote sowie der Ganztagsbetreuung an Schulen wird darüber hinaus von über 80 % bzw. 70 % der Befragten als sinnvoll zur Steigerung der Familienfreundlichkeit in der Region angesehen. Paare mit Kindern und

²²⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015^d). S.64-65.

²²⁹ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^e). S. 10-11.

²³⁰ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2011). S.17.

Alleinerziehende sowie Haushalte, die die Vereinbarkeit nicht realisieren können, bewerten dies als deutlich sinnvoller im Vergleich zu den Alleinstehenden, den Paaren ohne Kinder beziehungsweise den Haushalten mit gut funktionierender Vereinbarkeit.

Der Ausbau an Kinderbetreuungsangeboten wird durch die *saarländische* Landesregierung seit 2008 mit dem Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetz (SKBBG) Rechnung getragen. Der Krippenausbau soll nach dem Wunsch der Landesregierung auf 35 % und der Ausbau an Ganztagsplätzen auf 40 % gesteigert werden.²³¹ Für die kommenden Jahre wird dies vermutlich nicht den Bedarfen der Familien entsprechen.

Kindertagespflege, private Kinderbetreuung oder auch stundenweise betriebliche Betreuungsangebote sind im **SAARLAND** eher die Ausnahme. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 293 Kindertagespflegepersonen gezählt.²³² Kann eine Betreuung durch Regelangebote wie Kindertagesstätten oder Kindertagespflege nicht sichergestellt werden, übernehmen Verwandte oder Freunde vorrangig die Kinderbetreuung. Im Alter zwischen 6 und 13 Jahren nutzen die Eltern zusätzlich gern Vereine, Ferienangebote oder Schul-AGs. Befragte aus eher ländlichen Gebieten greifen für die Kinderbetreuung häufiger auf Verwandten/Freunde, Befragte aus eher städtischen Gebieten dagegen auf Vereine für die Kinderbetreuung zurück.

4.5 Pflege

Die Vereinbarkeit von Pflegeaufgaben mit der Familie und dem Beruf stellt eine weitere zukünftige große Herausforderung für die Familien dar.

Die *saarländische* Haushaltsbefragung hat bei der Frage nach der Vereinbarkeit gerade für diese Personengruppe große Einschränkungen aufgezeigt. Weiterhin wurde dargestellt, dass dieses Thema in den Unternehmen bundesweit noch nicht den gewünschten Stellenwert für personalpolitische Veränderungen erreicht hat. Dies bestätigen nicht nur die Ergebnisse der Befragung, sondern auch die Teilnehmenden aus den **Dialogkonferenzen** im **SAARLAND**. Für die dortigen Akteurinnen und Akteure scheint das Thema Beruf und Pflege noch nicht bei den Unternehmen angekommen zu sein. Dabei empfinden die Expertinnen und Experten die Arbeitgeber als wesentliche „Stellschraube“ für die Vereinbarkeit in diesem Bereich. Auch hier bedürfe es neuer Unterstützungsmodelle, so die Diskutantinnen und Diskutanten. Ein möglicher Grund für die bisher weitgehende Vernachlässigung des Themas könne zum einen sein, dass die Auseinandersetzung häufig erst durch die eigene Betroffenheit und deshalb kaum „vorsorglich“ stattfindet. Zum anderen sei die Pflege häufig auch ein wenig kalkulierbares

²³¹ Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2012–2017). S. 24.

²³² Statistisches Landesamt (2016). Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege, Pädagogisches, Leitung- und Verwaltungspersonal. Wiesbaden. Unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=oC86A7BE4C2CABD6400412367B568FE0?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=473-44-4&levelindex=1&levelid=1472146182719&index=1>.

Phänomen. Anders als beim Thema Kinderbetreuung ließe sich eine zukünftige Pflegebedürftigkeit schwer „planen“. Allgemein diskutiert wurde innerhalb der **Dialogkonferenzen** in diesem Zusammenhang weiter, dass die Pflege kein Thema des Alters sei.

Der DAK-Pflegereport von 2015 zeigt auf, dass die pflegenden Personen in der Regel weiblich sind und insgesamt ein Drittel der pflegenden Personen einer Erwerbstätigkeit nachgehen²³³, wobei jede zehnte teilnehmende Person die berufliche Tätigkeit von Vollzeit auf Teilzeit reduzieren musste, die Frauen dabei doppelt so häufig wie die Männer.²³⁴ Das Zentrum für Qualität und Pflege konstatiert in einer aktuellen Repräsentativbefragung, dass nur 7 % die Vereinbarkeit mit der Pflege als gut einschätzen; über drei Viertel der Befragten bewertet diese mit „schlecht“ bzw. „sehr schlecht“.²³⁵ Darüber hinaus zeigt sich ein Informationsdefizit bei den Befragten. Die meisten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kannten die aktuellen Regelungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf nach der Einführung im Januar 2015 nicht.²³⁶

Im Rahmen der **saarländischen** Haushaltsbefragung gab jedoch nur ein geringer Anteil der Befragungspersonen an, aktuell eine oder mehrere Personen zu pflegen. Für die Mehrzahl der befragten Pflegepersonen im **SAARLAND** ist die berufliche Situation trotz Pflege unverändert geblieben. Ein geringer Anteil musste die Arbeitszeit reduzieren bzw. den Beruf ganz aufgeben. Die Reduzierung der Arbeitszeit traf vor allem die Alleinerziehenden. Gänzlich aufgeben mussten eher die Alleinstehenden ihre berufliche Tätigkeit.

Die Teilnehmenden der **Dialogkonferenzen** im **SAARLAND** sprechen sich beim Thema Pflege und Finanzen eindeutig für eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung aus, um die Betreuung während der Arbeitszeiten realisieren zu können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Pflegeberufen nimmt das **SAARLAND** aktuell in den Blick. Im September 2016 haben 21 Organisationen, darunter Krankenkassen, Verbände und Gewerkschaften, auf Initiative von Sozialministerium und Landespflege-rat den „Pflegepakt **SAARLAND**“ gestartet, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern. Als kurzfristige Maßnahme setzten sich die Akteure das Ziel, durch eine Selbstverpflichtungsvereinbarung der Träger für mehr Familienfreundlichkeit und Gesundheitsmanagement in den Einrichtungen zu sorgen. Langfristige Handlungsschritte legen den Fokus auf die Professionalisierung der Branche.

²³³ DAK Gesundheit. (Hrsg.). (2015). S. 20-21.

²³⁴ Ebd.

²³⁵ Zentrum für Qualität in der Pflege „ZQP“. (2015). S. 3.

²³⁶ Zentrum für Qualität in der Pflege „ZQP“. (2015). S. 4.

4.6 Zusammenfassung

Im Bereich der Vereinbarkeit wurde in der Vergangenheit bereits einiges erreicht - sowohl bundesweit als auch länderspezifisch. Besonders positiv gestaltet sich die Entwicklung der Elternzeit. Immer mehr Väter nehmen Elternzeit – die Dauer jedoch geht dabei zurück. Auffällig dabei ist, dass vor allem besser gebildete Eltern häufiger Elternzeit nehmen. Die Konsequenzen, die sich daraus für die Arbeitgeber ableiten lassen, sind ganz klar: Wie kann es gelingen, die Übergänge für Eltern unterstützend zu gestalten? Und welchen Einfluss hat dabei die Landesregierung? Mit der Servicestelle „Arbeiten und Leben“ knüpft das **SAARLAND** genau an dieser Frage an. Sie unterstützt Unternehmen bei allen Fragen rund um das Thema Vereinbarkeit. Und der Erfolg gibt ihr Recht. Flexible Arbeitszeitgestaltung beispielsweise ist in den meisten **saarländischen** Unternehmen kein Fremdwort mehr. Dennoch zeigten die Ergebnisse auch, dass an dieser Stelle noch viel Potential vorhanden ist und der Ausbau von familienfreundlichen Maßnahmen wie betriebsnahe Kinderbetreuung oder finanzielle Unterstützung der Familien in den Unternehmen durchaus verstärkt werden kann. Damit wäre es sowohl den Müttern als auch den Vätern möglich, die gewünschte Elternzeit zu nehmen, aber auch frühzeitig wieder in den Beruf zurückzukehren.

Die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten ist im **SAARLAND** das bevorzugte Betreuungsmodell. Andere Formen werden deutlich weniger genutzt. Positiv zu erwähnen sind hierbei die familienpolitischen Bestrebungen des Krippenausbaus sowie des Ausbaus von Ganztagesplätzen. Die Bedeutung des Ausbaus unterstreichen die statistischen Zahlen: Zur Deckung des Bedarfs an Kinderbetreuung wird in den kommenden Jahren eine weitere Erhöhung der tatsächlichen Betreuungsquote im **SAARLAND** notwendig sein.

Weiterhin positiv zu erwähnen sind die **saarländische** Agentur für Haushaltsnahe Dienstleistungen sowie die Lokalen Bündnisse für Familien, die Familien bei der Vereinbarkeit im **SAARLAND** unterstützend zur Seite stehen.

Mit dem novellierten Landesgleichstellungsgesetz hat die Landesregierung verbindliche Regelungen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für den öffentlichen Dienst geschaffen. Der öffentliche Dienst des **SAARLANDES** übernimmt hier eine Vorbildfunktion.

5 BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG

„Wenn jeder dem anderen helfen wollte, wäre allen geholfen.“

(Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830 - 1916),
österreichische Erzählerin, Novellistin und Aphoristikerin)

5.1 Einleitung

Das Leben eines Menschen ist durch unterschiedliche Phasen geprägt. Während in den ersten Jahren die elterliche Fürsorge und Unterstützung im Mittelpunkt steht, nimmt im Lebensverlauf die Selbstständigkeit und die Fürsorge und Unterstützung für andere zu. Besonders die Phase der Familiengründung ist durch eine wachsende Verantwortung geprägt und stellt insbesondere werdende Eltern vor neue Herausforderungen. Im höheren Alter lässt sich dann wiederum ein kontinuierlicher Rückgang der Selbstständigkeit beobachten, der eine Kompensation erforderlich macht. Dieser kurze Abriss verdeutlicht bereits, wie unterschiedlich der Unterstützungsbedarf in den einzelnen Lebensphasen ausgeprägt ist. Dabei gelingt es in vielen Fällen durch die Unterstützung von Familienangehörigen die Problem- oder Notlage zu überwinden. Dieser innerfamiliären Unterstützung wird sich der erste Teil dieses Kapitels widmen.

Menschen, die jedoch nicht auf familiäre Unterstützung zurückgreifen können, benötigen professionelle Hilfe. Die Wirksamkeit solcher institutionalisierten Hilfen ist umso höher, je eher sie Betroffene erreichen. Noch positiver wirken sich Angebote aus, die vor dem Entstehen der Problemlagen ansetzen. Diese Primärprävention beinhaltet Leistungen, die bei physischer und psychischer Unversehrtheit, eine Verhaltens- oder Einstellungsänderung hervorrufen, die den Eintritt eines unerwünschten Zustandes verhindern sollen. Liegt allerdings bereits ein Gefährdungspotential vor, spricht man von sekundärpräventiven Leistungen. Ist bereits ein unerwünschter Zustand eingetreten, muss intervenierend im Sinne der Tertiärprävention eingegriffen werden. In der Fachliteratur spricht man dann von einem umfassenden Unterstützungsansatz, wenn es gleichermaßen Angebote in allen Präventionsbereichen gibt. Vorzugsweise sollen die Angebote aufeinander aufbauen und den Familien in den wichtigsten Lebensphasen die jeweils geeignete Hilfe offerieren.

Befunde zum Thema Beratung und Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland:

- ❖ Verwandte aus dem engen Familienkreis sind die primäre Unterstützungsquelle der Familien.
- ❖ Die Pluralisierung der Familienformen führt oftmals zu einer hohen räumlichen Distanz zwischen Angehörigen der Kernfamilie, dennoch geht dadurch nicht zwingend die Intensität der familiären Beziehung verloren.

- ❖ Innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe hält eine immer stärkere Betonung des Präventionsgedankens Einzug.
- ❖ Frühe Hilfen gelten im Hinblick auf die Stärkung des Präventionsgedankens als sinnvoll angelegte Zukunftsinvestition für die Gesellschaft.
- ❖ Alleinerziehende haben einen höheren Bedarf an Unterstützungsleistungen als Paare mit Kindern.
- ❖ Der Ausbau der Pflegestützpunkte in Deutschland weist hohe regionale Unterschiede auf.

5.2 Familiäre Beratung und Unterstützung

Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes beschreibt die Pflege und Erziehung der Kinder sowohl als das natürliche Recht der Eltern als auch die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.²³⁷ Damit einhergehend sind sowohl Recht als auch Pflicht eng miteinander verbunden. Die Kernfamilie trägt die Verantwortung für die Sorge füreinander und die Unterstützung der Kinder. Demnach obliegt es in erster Linie dem engen Familienkreis, Unterstützung im Alltag und in Notlagen zu leisten. Dementsprechend beruht die Sozialpolitik in Deutschland auf dem Prinzip der Subsidiarität. Hilfe und Unterstützung durch Institutionen soll erst dann greifen, wenn die alltägliche Selbstständigkeit der Familien nicht mehr ausreicht.²³⁸ Somit ist zunächst die Familie in der Verantwortung. Die Pluralisierung der Familienformen führt allerdings immer häufiger zu weiträumig verteilten Mehr-Generationen-Beziehungen, die gegenseitige Unterstützung schwieriger realisieren lässt. Der Familiensurvey des Deutschen Jugendinstituts verdeutlicht, dass dadurch die Intimität der familiären Beziehungen keineswegs negativ beeinflusst wird.²³⁹ Vielmehr lassen sich steigende Zuwendung durch Großeltern gegenüber Enkeln feststellen, die unter anderem auf eine steigende Lebenserwartung mit inzwischen sogar vier bis fünf Generationen einer Kernfamilie zurückzuführen ist. Einen negativen Einfluss hat die Distanz zwischen Angehörigen der Kernfamilie auf die Intimität ab einer Entfernung von mehr als einer Stunde.²⁴⁰ Der Monitor Familienleben von 2013 stellt fest, dass insbesondere bei Betreuungsengpässen die nahen Verwandten, wie beispielsweise die eigene Mutter oder die Schwiegermutter zuerst eine Hilfestellung leisten²⁴¹. Auch die Befragung der *saarländischen* Haushalte verdeutlicht, dass familiärer Unterstützung eine hohe Bedeutung beigemessen wird. So stellt Beratung und Unterstützung durch die eigene Familie die am häufigsten genannte Unterstützungsart dar. Circa drei Viertel der befragten *Saarländerinnen* und *Saarländer* können auf familiäre

²³⁷ Vgl. *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Art. 6 Abs. 2. <https://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>.

²³⁸ Vgl. Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans. (2011). S. 972.

²³⁹ Vgl. Bien, Walter. (2009). S. 12 f..

²⁴⁰ Vgl. Bien, Walter. (2009). S. 13.

²⁴¹ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach. (Hrsg.). (2013^b). S. 13.

Unterstützung zurückgreifen. Weiterhin steht der Mehrheit der Befragten ein wohnortnahes familiäres Unterstützungssystem zur Verfügung. Wovon insbesondere Personen profitieren, die bereits ihr gesamtes Leben im **SAARLAND** wohnen. Gleichzeitig leben auch deren Eltern und Verwandte häufiger in der Nähe oder am gleichen Wohnort, so dass die Voraussetzungen für eine gegenseitige wohnortnahe Unterstützung gegeben sind. Weitere Merkmalsträger, die eine gute familiäre Unterstützung aufweisen, sind Haushalte ohne Migrationshintergrund oder jene, die Beruf, Freizeit und Familie problemlos vereinbaren können.

Die Ansichten der Teilnehmenden der **Dialogkonferenzen** widersprechen in diesem Bereich den Einschätzungen der Befragungsteilnehmenden. Sie schildern in erster Linie eine Erosion familiärer Unterstützungssysteme, vornehmlich im ländlichen Raum. Betroffen sind hiervon insbesondere ältere Menschen. Lösungen für diese Problematik, sowohl auf niedrigschwelliger als auch auf institutioneller Ebene zu finden, beschäftigte die Akteurinnen und Akteure besonders in den Themenfeldern Mobilität und Versorgung. Die Expertinnen und Experten konstatieren den Bedarf nach kleinräumigen bzw. niedrigschwelligen Unterstützungssystemen, die insbesondere älteren alleinlebenden Menschen Hilfestellung bieten.

Zu den Personengruppen, die seltener auf ein familiäres Unterstützungsnetzwerk zurückgreifen können, gehören besonders Alleinerziehende, unter anderem auch deshalb, weil ihre Angehörigen seltener in unmittelbarer Nähe leben und sich zum Teil durch die Trennung das familiäre Unterstützungsnetzwerk verringert. Neben Alleinerziehenden sind von fehlenden familiären Netzwerken auch Alleinlebende, Haushalte mit Migrationshintergrund, jene, die Beruf, Freizeit und Familie nicht vereinbaren können, sowie Personen, die noch nicht sehr lang im **SAARLAND** wohnen, betroffen.

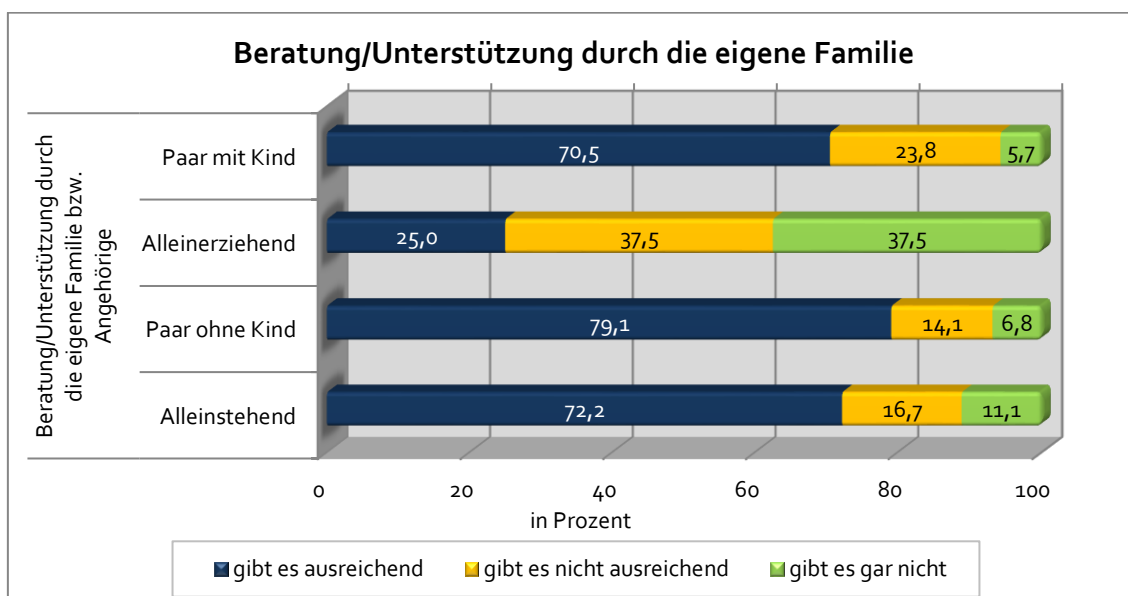


Abbildung 39 Beratung/Unterstützung durch die eigene Familie bzw. Angehörige nach Familiensituation (n=274-358), (Haushaltsbefragung)

Eine Ausgestaltungsform familiärer Hilfesysteme ist die Unterstützung von Kindern und Enkelkindern in finanziellen Belangen sowie im Lebensalltag. Knapp zwei Drittel der *saarländischen* Haushalte unterstützt Familienangehörige auf diese Weise. Gegenseitige familiäre Unterstützung wird am häufigsten im Falle von Krankheit sowie bei Sorgen und Nöten ausgeübt. Auch bei Behördengängen findet regelmäßig, aber in geringerem Maße Unterstützung statt. Bemerkenswert ist auch, dass diejenigen die auf ein gutes familiäres Unterstützungssystem zurückgreifen können, die Bedingungen für die Familienfreundlichkeit im *SAARLAND* deutlich positiver beurteilen.

5.3 Präventive Beratungs- und Unterstützungsleistungen

Nach den vorsorglichen familiären Unterstützungsleistungen findet im Folgenden die Betrachtung primär- und sekundärpräventiver Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Familien statt, in dessen Fokus besonders die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Gesundheitsförderung liegt.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung von 2013 begründet die allgemeine Forderung nach einer verstärkten öffentlichen Verantwortung mit einer steigenden Komplexität des Aufwachsens von Kindern. Aufgrund des Strukturwandels innerhalb der Familien und der damit zusammenhängenden Pluralisierung von Familienformen kann es zu einer Begrenzung von innerfamiliären Leistungs- und Problemlösungskapazitäten kommen. Bereits im 11. Kinder- und Jugendbericht wird deshalb nicht nur auf eine verstärkte Unterstützung benachteiligter Familien und deren Kinder hingewiesen, sondern ebenso auf einen Auf- und Ausbau einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur für alle Familien, Kinder und Jugendliche.²⁴²

Dieser präventive Ansatz der Kinder- und Jugendhilfe ist sowohl im Kinder- und Jugendhilfegesetz als auch dem neu aufgelegten Bundeskinderschutzgesetz begründet. Im Bundeskinderschutzgesetz wird Prävention und Intervention in gleichem Maße betont und gestärkt.²⁴³ Betrachtet man das Feld der Prävention, dann geht es um eine ganzheitliche und frühzeitige Unterstützung zur Vermeidung von Problemlagen. In der Begleituntersuchung der Prognos AG zum Projekt „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“, konnten die Ausgaben für tertiäre Prävention – wie Inobhutnahme – den Ausgaben für primäre Präventionsmaßnahmen gegenübergestellt werden. Die Autoren kamen zu dem Schluss, dass mittelfristig durch wirksame Maßnahmen der primären und sekundären Prävention große Ausgabesummen eingespart werden können, da Maßnahmen der tertiären Prävention sowie reaktive Maßnahmen um ein vielfaches kostspieliger sind.^{244 245}

²⁴² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2013). S. 63 f.

²⁴³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015). *Das Bundeskinderschutzgesetz*. <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=119832.html>.

²⁴⁴ Vgl. Prognos AG. (2011). S. 32.

²⁴⁵ Vgl. Görtz, Dr. Regina von; Janssen, Karl. (2014). S. 6.

Die Entwicklung von Präventionsketten folgt genau dieser Herangehensweise. Anhand der Orientierung am Lebensverlauf eines Menschen werden primär- und sekundärpräventive Maßnahmen initiiert, die vor Armut und gesundheitlicher Ungleichheit bewahren sollen. Die Lebenslauforientierung einer Präventionskette ist deren charakteristisches Merkmal. Darüber hinaus sind solche Präventionsketten durch die Entwicklung von Netzwerken, den Praxisbezug sowie die Lebensweltorientierung und Partizipation geprägt. Sie beginnen im Regelfall bereits vor der Geburt eines Kindes, also mit der Schwangerschaft, und sollten lückenlos bis zum Übergang in Ausbildung und Beruf aufgebaut sein.²⁴⁶

Am ersten lebensphasenorientierten Baustein von 0 bis 3 Jahre setzen Frühe Hilfen an. Sie stellen ein zentrales Element des Bundeskinderschutzgesetzes im Rahmen des aktiven Kinderschutzes dar. Für sie stellt der Bund Ländern und Kommunen Mittel zur Verfügung, damit aktiv auf (werdende) Eltern zugegangen werden kann, um sie über Unterstützungsangebote zu informieren und zu beraten. Um gut aufeinander abgestimmte Hilfen bereitzustellen, soll ein breites Netzwerk Früher Hilfen vor Ort entstehen.²⁴⁷

Das Programm Frühe Hilfen im **SAARLAND** hat bereits ab dem Jahr 2008 mit dem Projekt „Keiner fällt durchs Netz“ die Einführung und Entwicklung der Frühen Hilfen maßgeblich geprägt.²⁴⁸

Mit den Bausteinen „Elternkurse zur Steigerung der Erziehungskompetenz“, aufsuchende Unterstützung im häuslichen Umfeld der Familie durch Familienhebammen und Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und -krankenpfleger sowie der Gründung des Netzwerkes für Eltern in jedem Landkreis und dem Regionalverband Saarbrücken, konnte ein umfassendes Unterstützungsangebot für Familien geschaffen werden.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes beeinflussten die Weiterentwicklung zu einem Programm Frühe Hilfen Plus.

Frühe Hilfen Plus beinhaltet die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen auch für ältere Kinder. Es geht um ein verstärktes Übergangsmanagement zwischen den Unterstützungsangeboten im Netzwerk zur Sicherung von Präventionsketten und die professionelle Begleitung des Prozesses. Eine besondere Rolle nehmen hier die Geburts- und Kinderkliniken ein. Des Weiteren wurden die Angebote an die Bedarfe von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung angepasst.

²⁴⁶ Vgl. Richter-Kornweitz, Antje; Utermark, Kerstin. (2013). S. 14f.

²⁴⁷ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^d). S. 3.

²⁴⁸ Vgl. Renner, Ilona. (2012). S. 8.

Das Zentrum für Kindervorsorge koordiniert das verpflichtende Einladungssystem zu den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen. Es ist ein fester Bestandteil der Frühen Hilfen mit dem Ziel, dass alle Kinder im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen gesehen werden, um somit frühzeitig psychosoziale Belastungen zu erkennen und Hilfsangebote zu vermitteln.

In jedem Landkreis und dem Regionalverband Saarbrücken wurden Koordinierungsstellen eingerichtet in denen eine Kinderärztin oder ein Kinderarzt und eine Sozialpädagogin oder ein Sozialpädagoge kooperieren und die auf die Bedarfe der Familien abgestimmten Hilfen koordinieren.

Die im Ministerium angesiedelte Landeskoordinierungsstelle steuert die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen im **SAARLAND** und ist zuständig für Qualitätsentwicklung und Sicherung.

Zur Darstellung von Präventionsketten ist es auch angebracht, Programme zu betrachten, die an der Schnittstelle zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule agieren. Das **SAARLAND** hat hierzu ein Landesprogramm zur Förderung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule mit dem Titel „Schoolworker“ etabliert. Dieses Landesprogramm erbringt ebenfalls Leistungen der primären und sekundären Prävention für Kinder und Jugendliche. Es ist eine an den individuellen Bedarfen orientierte, personenbezogene Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Eltern bzw. Erziehungsberechtigten sowie Lehrkräften. Dabei steht sowohl die Prävention im Sinne eines frühzeitigen Erkennens und Abwendens unerwünschter Entwicklungen bei einzelnen Schülerinnen und Schülern als auch die Prävention im Sinne einer allgemeinen Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und des Sozialverhaltens aller im Mittelpunkt. Vorrang hat dabei die Vermittlung an andere Hilfeinstanzen – im Sinne des Casemanagementansatzes - gegenüber einer durch die Schoolworker selbst durchgeführten Einzelfallbetreuung. Ein besonderer Fokus wird zudem auf die Netzwerkarbeit gelegt.²⁴⁹ Der eigens im **SAARLAND** entwickelte Schoolworker-Ansatz bestärkt damit die Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schule und behandelt die Einzelfallhilfe für Schülerinnen und Schüler nachrangig. 2016 waren über das Programm 108 Schoolworker (66 Vollzeitäquivalente), verteilt auf 215 Schulen, beschäftigt. Mit Hilfe dieses Landesprogramms konnte das **SAARLAND** erfolgreich Sozialarbeit an Schulen etablieren und somit gezielte Hilfen vor Ort vermitteln. Neben dem Landesprogramm Schoolworker arbeiten weitere Unterstützungssysteme der sozialen Arbeit an Schulen. Somit besteht im **SAARLAND** eine nahezu flächendeckende Versorgung der Schulen mit einem sozialpädagogischen Unterstützungsangebot.

²⁴⁹ Vgl. Schäffer, Erik; Heß, Christina; Grün, Christoph. (2015). S. 1.

Ergänzend zu den programmatischen Präventionsleistungen sind im **SAARLAND** auch die, gemäß des gesetzlichen Auftrages im Kinder- und Jugendhilfegesetz vorgeschriebenen, präventiven Ansätzen vorhanden. Dieser wird zunächst über Familien stützende, fördernde und entlastende Leistungen verfolgt. Nach § 16 SGB VIII „Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie“ sollen Eltern und Erziehungsberechtigten Leistungen angeboten werden, die dazu beitragen, dass sie ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen können. Diese Leistungen umfassen beispielsweise Angebote der Familienbildung, der allgemeinen Beratung zu Erziehungsfragen sowie Angebote der Familienfreizeit und -erholung.²⁵⁰ Im besonderen Maße werden hier die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Verantwortung genommen. Sie haben neben vielfältigen weiteren Aufgaben, auch die allgemeine Beratung in Erziehungsfragen als Arbeitsfeld, im Sinne einer präventiven Arbeit, sicherzustellen. Aber auch freie Träger bieten diese niedrigschwelligen Unterstützungsmöglichkeiten an. Im **SAARLAND** spielt, laut **Viertem saarländischen Kinder- und Jugendbericht**, die Beratung nach § 16 SGB VIII im Vergleich zu anderen Beratungsleistungen in diesem Spektrum eine eher untergeordnete Rolle²⁵¹. Familienbildung, Familienfreizeit und Familienerholung werden zur Förderung der Erziehung in der Familie angeboten und durch das Landesprogramm zur Förderung von Familienferienmaßnahmen ergänzt.²⁵²

Den präventiven Unterstützungsansatz ergänzend, setzt die Landesregierung des **SAARLANDES** seit 2011 das **Programm »Das SAARLAND lebt gesund!«** im Rahmen der Gesundheitsförderung um. Eine Beteiligung erfolgt auf kommunaler Ebene durch einen Kooperationsverbund. Inzwischen ist das Programm flächendeckend im **SAARLAND** etabliert. Die zentralen Ziele sind die Gesundheitsförderung und Prävention in den Kommunen in Verbindung mit einer Bedarfs- und Ist-Stand-Analyse zur Planung und Organisation individueller Projekte. Außerdem zielt das Programm darauf ab, eine Aufklärung und Mobilisierung der Bevölkerung sowie einen vernetzten Austausch zu betreiben. Dazu zählt auch die Aufklärung zu Vorsorgeuntersuchungen, wie beispielsweise durch einen Darmkrebs-Infopoint. Eine Transparenz der Angebote wird unter anderem durch eine proaktive Internetplattform sowie Netzwerkveranstaltungen mit Multiplikatoren gewährleistet.²⁵³ Durch diese breite Aufstellung des Programms können Kommunen und Netzwerkpartner Angebote gestalten, die an dem vorhandenen Bedarf direkt vor Ort ansetzen, was gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung stärkt.

Das **Landesinstitut für Präventives Handeln** bündelt bereits seit 2009 die Anstrengungen im präventiven Sektor. Getragen durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie das Ministerium für Inneres und Sport, arbeitet das Institut

²⁵⁰ Vgl. Wiesner, Reinhard. (2011). S. 186 f.

²⁵¹ Vgl. Müller, Heinz; Grossart, Anne; Baas, Stephan; Dittmann, Eva; Schwamb, Nicole. (2014). S. 111.

²⁵² Vgl. Müller, Heinz; Grossart, Anne; Baas, Stephan; Dittmann, Eva; Schwamb, Nicole. (2014). S. 109.

²⁵³ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Das Saarland lebt gesund. Unter: http://www.das-saarland-lebt-gesund.de/das_saarland_lebt_gesund.

im Bereich der ressortübergreifenden Vernetzung von Maßnahmen ähnlicher präventiver Aufgabenstellung. Enge Kooperationspartner sind der Landessportverband für das **SAARLAND** sowie der Verein „wir im Verein mit dir“ e. V.. Das Institut berät Institutionen und Einrichtungen, führt mögliche Kooperationspartner im präventiven Bereich zusammen, entwickelt präventive Maßnahmen weiter und führt sie durch. Darüber hinaus gehören Dokumentation und Evaluation der durchgeführten Maßnahmen zu den wesentlichen Aufgaben. Das Landesinstitut gliedert sich in die Fachbereiche pädagogische Prävention, Kriminalprävention, Gesundheitsförderung sowie Evaluation und Begleitforschung. Damit deckt es sowohl strategische und planerische Aufgabenbereiche, die aktive Umsetzung von Maßnahmen als auch Erfolgskontrolle und Forschung ab. Die Zielgruppen des Instituts sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie alle Menschen, die erzieherisch tätig sind.²⁵⁴

Mit der Umsetzung der beschriebenen Programme „Frühe Hilfen“, „Frühe Hilfen Plus“, „Schoolworker“, »Das **SAARLAND** lebt gesund!« sowie den Regelangeboten der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII konnte das **SAARLAND** flächendeckende primärpräventive und sekundärpräventive Unterstützungsangebote in Form einer Präventionskette etablieren. Das Programm Frühe Hilfen deckt die Lebensphase vor der Geburt bis zum dritten Lebensjahr ab, anschließend greift das Programm Frühe Hilfen Plus bis zu einem Alter von sechs Jahren. Das Schoolworker Programm nimmt darauf aufbauend die schulische Lebensphase in den Fokus. Innerhalb der Präventionskette liegt der Fokus des Programms »Das **SAARLAND** lebt gesund!« auf der Gesundheitsförderung der gesamten Bevölkerung. Mit der Ausgestaltung der Programme und Leistungen ist es dem **SAARLAND** gelungen eine Präventionskette aufzubauen, die im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Austritt aus dem Schulkontext endet. Bis dahin besteht eine lückenlose Unterstützungsstruktur, die in ihrer Vernetzung gestärkt und im Bereich der Sozialarbeit an der Schule ausgebaut werden sollte. Das Programm »Das **SAARLAND** lebt gesund!« zielt auf alle Altersgruppen ab, um mit seinen Angeboten gesundheitsfördernde Wirkung vom Kindesalter bis ins Seniorenalter entfalten zu können. Das Landesinstitut für Präventives Handeln leistet mit seiner vernetzenden und steuernden Arbeit hierzu einen wesentlichen Beitrag, wodurch sich das **SAARLAND** innerhalb Deutschlands hervorhebt.

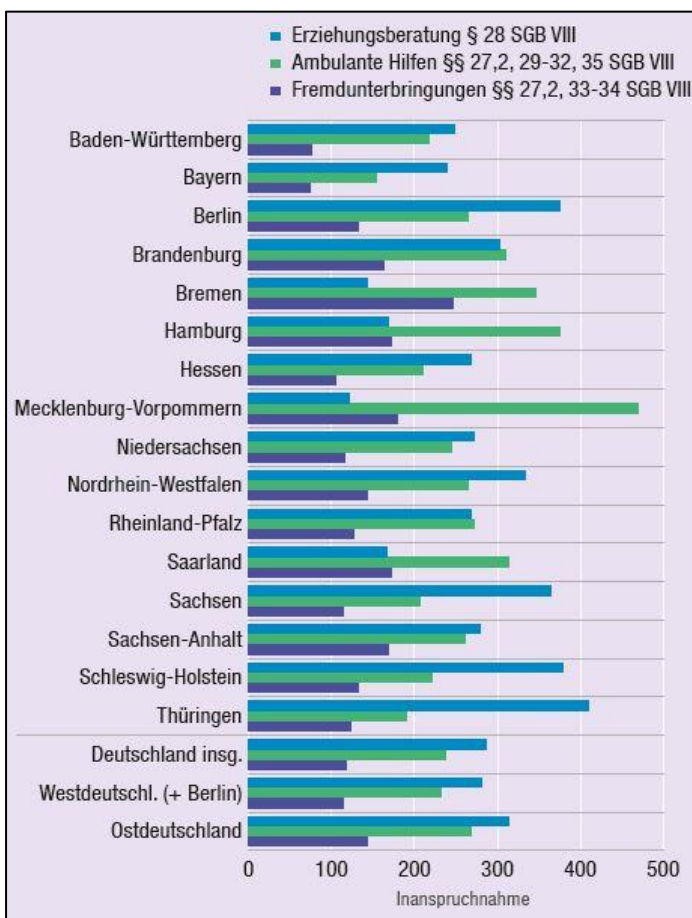
5.4 Einflussnehmende Beratungs- und Unterstützungsleistungen

Sind Familien in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen bereits von Problem- und Notlagen betroffen, ist es die Aufgabe der Kommunen, ihnen mit Beratungs- und Un-

²⁵⁴ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Landesinstitut für Präventives Handeln. Unter: <http://www.saarland.de/SID-4F2C1C3B-69E2DD20/63941.htm>.

terstützungsangeboten zu begegnen. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Pflicht- bzw. Selbstverwaltungsaufgaben auch finanziell. Ähnlich wie im primär- und sekundärpräventiven Bereich, ist im tertiärpräventiven Sektor auch die Kinder- und Jugendhilfe in der Verantwortung. Darüber gibt es Betroffenenengruppen in besonderen Lebenslagen, wie Menschen mit Migrationshintergrund, Behinderung und Pflegebedürftige, die Unterstützungsleistungen des tertiären Leistungsspektrums erfordern. Dies bestätigen auch die Ergebnisse der Haushaltsbefragung im **SAARLAND**. Situationen, in denen die Befragten am häufigsten Beratung in Anspruch nehmen, sind Schwangerschaft, Kindererziehung, Vorsorge beziehungsweise Krankheit und Pflege.

5.4.1 Kinder- und Jugendhilfe



Ist eine Intervention zum Wohle des Kindes angezeigt, können Unterstützungsangebote im Sinne der §§ 27 bis 35 SGB VIII notwendig werden. Nach § 27 SGB VIII hat ein Personensorgeberechtigter einen Anspruch auf Hilfe, wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist. Im Rahmen dessen können pädagogische und therapeutische Leistungen gewährt werden, welche vom erzieheri-

Abbildung 40 Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (Quelle: Fendrich, Sandra; Pothmann, Jens; Tabel, Agathe. (2014). Monitor Hilfen zur Erziehung. Dortmund. (S.14).

schen Bedarf im Einzelfall abhängen.²⁵⁵ Für die bedarfsgerechte Umsetzung dieses Anspruchs sind die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zuständig. Die Leistungen im Spektrum von §§ 27 bis 35 SGB VIII werden in der Regel durch Träger der freien Jugendhilfe erbracht.

Die Autorinnen und Autoren des Monitors Hilfen zur Erziehung 2014 stellen fest, dass trotz einheitlicher rechtlicher Grundlage, die Ausgestaltung der Hilfeleistungen und deren Inanspruchnahme in den Bundesländern sehr unterschiedlich sind. 2012 nahmen in Deutschland 2,9 % der unter 21-Jährigen bzw. deren Personensorgeberechtigte Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII in Anspruch. Der Anteil ambulanter Hilfen²⁵⁶ lag 2012 bei 2,4 % und der Anteil der Fremdunterbringung²⁵⁷ bei 1,2 % bezogen auf die unter 21-Jährigen. Betrachtet man die Inanspruchnahme der Erziehungsberatung im Ländervergleich, dann lässt sich feststellen, dass das **SAARLAND** mit rund 1,8 % den niedrigsten Wert der westdeutschen Flächenländer aufweist. Bei den ambulanten Hilfen ist im **SAARLAND** jedoch mit rund 3,1 % der höchste Wert der westdeutschen Flächenländer zu verzeichnen. Auch die Fremdunterbringung liegt im bundesdeutschen Vergleich im oberen Bereich. Eine hohe Inanspruchnahme der kostenintensiven Fremdunterbringung könnte auf eine höhere Problembelastung in der Region hindeuten.²⁵⁸ Die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe beliefen sich im Jahr 2012 auf 32,23 Milliarden Euro für das gesamte Bundesgebiet. Im Ländervergleich wurde im Jahr 2012 pro unter 21-Jährigen zwischen 298 Euro in Bayern und 1.104 Euro in Bremen aufgewendet. Im **SAARLAND** lagen die Ausgaben bei 659 Euro pro unter 21-Jährigen.²⁵⁹ Betrachtet man die Inanspruchnahme der Erziehungsberatung sowie der ambulanten und stationären Hilfen in Verbindung mit den Ausgaben, dann ist augenscheinlich, dass diese miteinander in einem Zusammenhang stehen. So überwiegt in Bayern die Inanspruchnahme der Erziehungsberatung deutlich gegenüber den stationären Hilfen, gleichzeitig sind hier die niedrigsten pro-Kopf Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe zu verzeichnen. Im **SAARLAND** liegt dagegen die Nutzungsquote der Erziehungsberatung gleichauf mit der der stationären Hilfen. Die Kosten pro unter 21-Jährigen sind im oberen Mittelfeld deutschlandweit zu finden.

Betrachtet man die Beratungs- und Unterstützungsangebote, die im **SAARLAND** bei Problemlagen für Familien aufzufinden sind, dann wird ein ausdifferenziertes Netz sichtbar. So gibt es für Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung insgesamt 11 Anlaufstellen in unterschiedlicher Trägerschaft und damit mindestens einen Standort in jedem Landkreis bzw. dem Regionalverband Saarbrücken. Darüber hinaus verfügt das **SAARLAND** über ein allgemeines telefonisches Beratungsangebot sowie Beratung

²⁵⁵ Vgl. Wiesner, Reinhard. (2011). S. 334.

²⁵⁶ §§ 27, 2; 29-32, 35 SGB VIII.

²⁵⁷ §§ 27, 2; 33-34 SGB VIII.

²⁵⁸ Vgl. Fendrich, Sandra; Pothmann, Jens; Tabel, Agathe. (2014). S. 14.

²⁵⁹ Vgl. Fendrich, Sandra; Pothmann, Jens; Tabel, Agathe. (2014). S. 38.

über das Internet. Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen gibt es insgesamt 24, davon 6 Beratungsstellen, die keine Konfliktberatung, sondern nur allgemeine Schwangerenberatung anbieten. Neben den Beratungsstellen öffentlicher Träger wie die der kommunalen Gesundheitsämter stehen auch Angebote freier Träger zur Verfügung. Beratungsangebote, zum Teil mit mehreren Anlaufstellen, gibt es sowohl in der Stadt Saarbrücken als auch in allen Kreisstädten.²⁶⁰

In Fällen häuslicher Gewalt hält das **SAARLAND** für Betroffene Beratungsfachkräfte in mehreren spezialisierten Beratungsstellen und Opferunterstützungseinrichtungen bereit: Neben einer Beratungs- und Interventionsstelle für Opfer häuslicher Gewalt, dem Frauennotruf sowie drei Frauenhäusern gibt es außerdem zwei Beratungsstellen, die auf die besonderen Hilfebedarfe von Frauen mit Migrationshintergrund spezialisiert sind. Eine Beratungsstelle richtet sich schwerpunktmäßig an Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, die häusliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren. Eine weitere Beratungsstelle ist als Fachstelle auf die Beratung von Migrantinnen spezialisiert, die als Opfer von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre betroffen bzw. bedroht sind, oder als Opfer von Zwangsprostitution Hilfe benötigen.

Hilfesuchende, die eine sichere Unterkunft benötigen können sich an eine von insgesamt vier Schutzeinrichtungen wenden: Neben den Wohnangeboten der drei Frauenhäuser steht außerdem eine weitere Schutzeinrichtung zur Verfügung, die auf die Bedarfe von Frauen mit besonderem Unterstützungsbedarf ausgerichtet ist.

Sexuelle Gewalt trifft besonders häufig Kinder im Grundschulalter. Für Betroffene von sexueller Gewalt gibt es neben den geschlechtsspezifischen Beratungsangeboten – NELE (Beratung bei sexuellem Missbrauch von Mädchen) und (Beratung bei sexuellem Missbrauch von Jungen) auch die Hilfeangebote des SOS-Beratungszentrums Kinderschutz in Fällen von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung. Alle Beratungsstellen leisten Erstberatung und vermitteln die Betroffenen gegebenenfalls an niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weiter. Bis zum Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung ist damit für die Betroffenen die erforderliche psychosoziale Betreuung - sowie im Falle eines Strafverfahrens auch die Prozessbegleitung - sichergestellt.

Die Beratungsstelle NEUE WEGE ist ebenfalls Teil des Präventionskonzeptes des Landes gegen sexuellen Missbrauch. Die Beratungsstelle richtet sich an straffällig gewordene sexuell übergriffige Jugendliche zur Rückfallvorbeugung. Die Behandlung erfolgt in enger Absprache mit den örtlichen Jugendhilfeträgern, Einrichtungen der Justiz und den Erziehungsberechtigten.²⁶¹

²⁶⁰ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Unter: <http://www.saarland.de/108370.htm>.

²⁶¹ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Unter: <http://www.saarland.de/108370.htm>. S. 86.

Alle Angebote der Beratungsstellen - im Präventions- und Interventionsbereich - stellen ein niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfeangebot für betroffene Jungen und Mädchen sowie deren Bezugspersonen dar, das nicht nur telefonisch und in den Räumen der Beratungsstelle, sondern auch dezentral und wohnortnah in allen Landkreisen wahrgenommen werden kann.

Bei Fällen von Drogenkonsum und Suchtproblematik besitzt das **SAARLAND** ein Netz an Präventions- und Suchtfachstellen in den Landkreisen. In den meisten Fällen sind dies Angebote der psychosozialen Beratungsstellen der Träger der freien Wohlfahrtspflege.²⁶² Zur Frühintervention bei Cannabiskonsum gibt es das Programm „FreD“ für Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren²⁶³. Im Fall exzessiven Alkoholkonsums greift das Programm „HaLT“²⁶⁴.

Anhand des beschriebenen Bestandes an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Familien in Problemlagen lassen sich Verteilungsschwerpunkte bestimmen. Schwerpunktmäßig sind die Angebote in den Kreisstädten sowie in Saarbücken verortet.

²⁶² Vgl. Saarländische Landesstelle für Suchtfragen. Beratungsstellen der Wohlfahrtspflege im Saarland. Unter: <http://landesstelle-sucht-saarland.de/>.

²⁶³ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. *FreD Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten*. <http://www.saarland.de/fred.htm>.

²⁶⁴ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. *HaLT – Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen*. http://www.das-saarland-lebt-gesund.de/projekte/projekt-halt_alkoholpraevention_bei_kindern_und_jugendlichen.

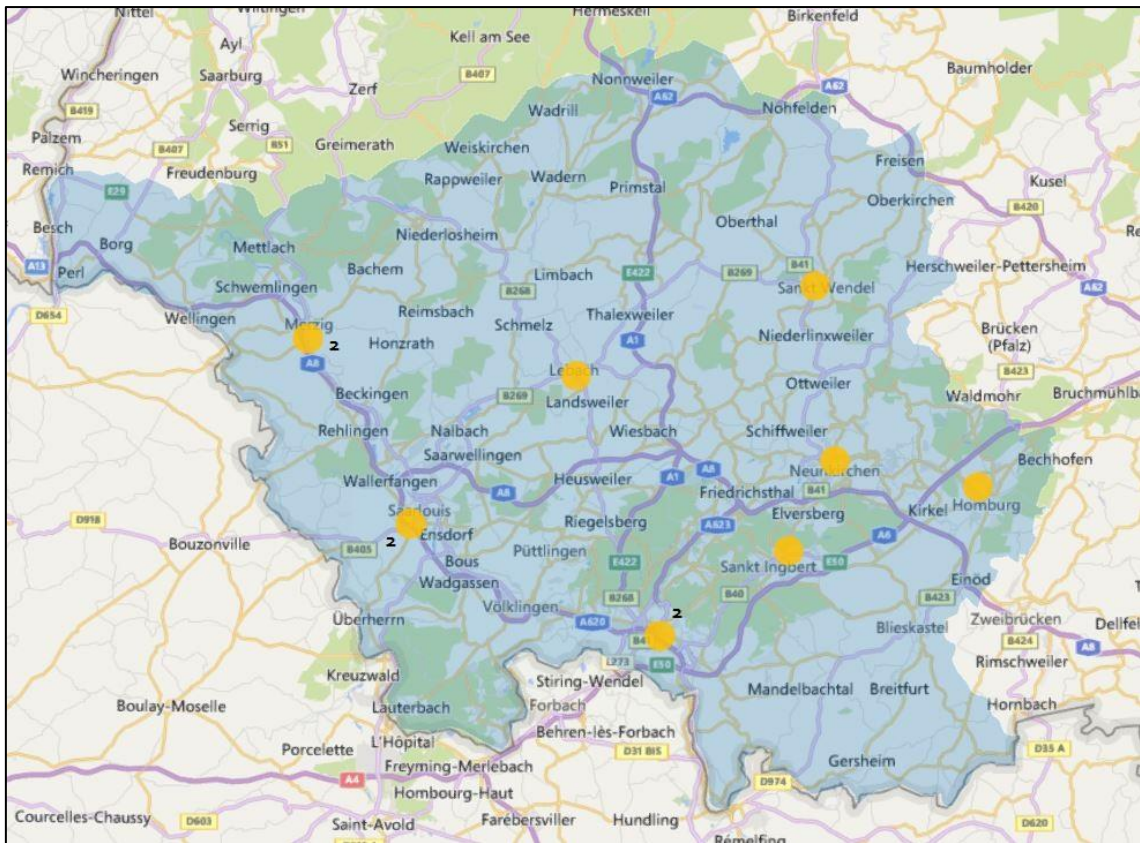


Abbildung 41 Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen im SAARLAND

Aus den Befragungsergebnissen im **SAARLAND** leitet sich ein nicht ausreichendes Angebot an Beratungsstellen ab, wie die Bewertung in der nebenstehenden Abbildung zeigt. Insbesondere Alleinerziehende und Familien ohne Kinder unter 18 Jahren halten das Angebot an wohnortnaher Beratung für nicht ausreichend. Betrachtet man die Einschätzung der **saarländischen** Haushalte differenziert, dann zeigt sich für die Familien mit Kindern unter 18 Jahren folgende Bedarfslage: Mehrheitlich gaben sie an, Familienbildungsangebote und Angebote von Familienzentren seien nicht ausreichend vorhanden. Auch Angebote der Kinderbetreuung und Beratungsangebote für Familien werden mit 43 % bzw. 42 % als nicht ausreichend bewertet. Wiederum scheint der Ausbau der Frühen Hilfen sich positiv auf die Bewertung der Ausstattung der Beratung zur Schwangerschaft auszuwirken. Dieser Befund verdeutlicht möglicherweise eine Diskrepanz zwischen dem Angebot an Beratungs- und Unterstützungsangeboten und der Bekanntheit. Für einen Anteil von über 40 % der Familien erscheinen die vorhandenen Angebote als nicht ausreichend.

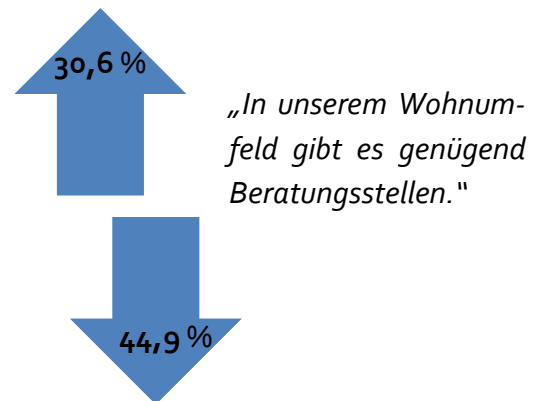


Abbildung 42 „In unserem Wohnumfeld gibt es genügend Beratungsstellen.“ (n=259-825), (Haushaltsbefragung)

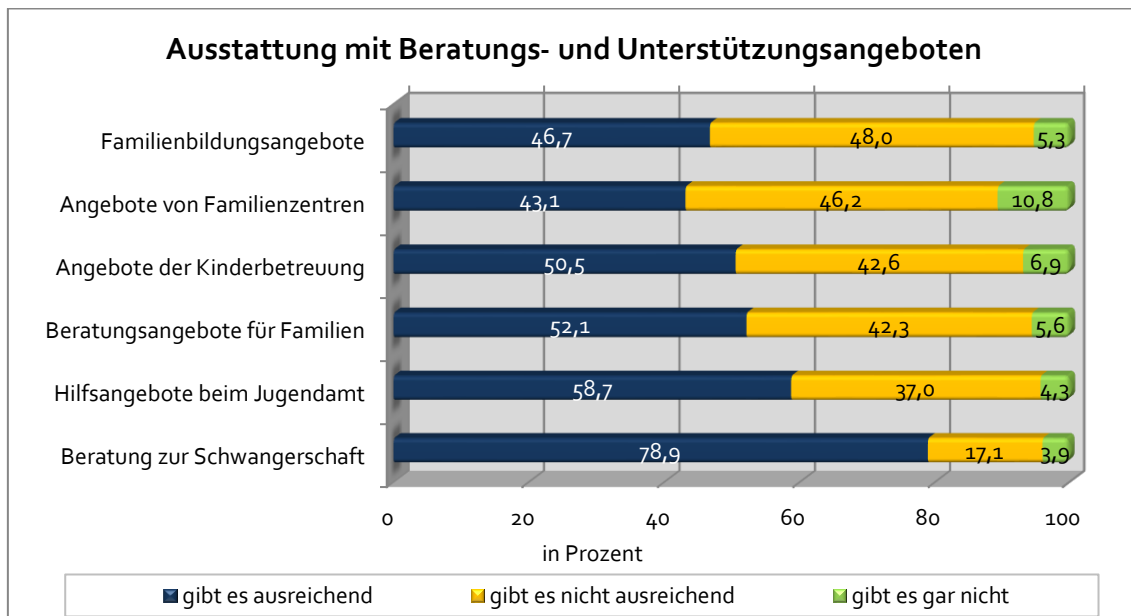


Abbildung 43 Ausstattung mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten (nur Familien) (n=46-101), (Haushaltsbefragung)

Um die Lage der Alleinerziehenden genauer zu beleuchten, kann die Studie der Bertelsmann Stiftung von 2016 herangezogen werden. Daraus geht hervor, dass sich Alleinerziehende mehr Unterstützung wünschen. Die Unübersichtlichkeit der Hilfeleistungen sowie ein hoher bürokratischer Aufwand bei der Generierung von Hilfen stellt für sie

eine große Hürde dar.²⁶⁵ Auch die *saarländische* Haushaltsbefragung bestätigt eine erhöhte Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen durch Alleinerziehende. Vier von fünf Alleinerziehenden erachten zudem zusätzliche Unterstützungsangebote zur Steigerung der Familienfreundlichkeit als sinnvoll. Sie gaben im Rahmen der Befragung deutlich häufiger als Paare mit Kindern an, Unterstützungsangebote beim Jugendamt oder Beratungsangebote für Familien zu nutzen. Auffällig ist dabei besonders die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten des Jugendamtes. Knapp 30 % der Alleinerziehenden haben diese Leistung bereits in Anspruch genommen. Der Anteil der Paare mit Kindern liegt bei 2,3 %. Ähnliches zeigen die Angaben zur Nutzung der Beratungsangebote im Schulsystem, der Beratungsangebote für Familien, der Angebote der Mehrgenerationenhäuser und der Familienzentren. Im Gegenzug verdeutlichen die Nutzungszahlen, dass Paare mit Kindern häufiger Beratung zur Schwangerschaft in Anspruch nehmen. Gerade in sich verändernden Lebenssituationen (wie z. B. bei Trennung und Scheidung) sind strukturelle Unterstützungsleistungen notwendig. Dies erklärt zum Teil die Hohe Inanspruchnahme von Leistungen des Jugendamtes durch Alleinerziehende, da sowohl bei der Beantragung des Unterhaltsvorschusses als auch bei Fragen rund um Trennung und Scheidung das Jugendamt zuständig ist. Aber auch andere Befunde dieses Reports deuten auf einen erhöhten Wunsch nach Unterstützung hin, wie beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das schwächere familiäre Unterstützungssystem von Alleinerziehenden ist möglicherweise ein Grund für diesen erhöhten Unterstützungsbedarf.

„nutze ich/habe ich bereits genutzt“	Paare mit Kindern	Alleinerziehende
Beratung zur Schwangerschaft	15,6 %	5,9 %
Beratungsangebote im Schulsystem	10,9 %	17,6 %
Hilfsangebote beim Jugendamt	2,3 %	29,4 %
Familienbildungsangebote	8,2 %	6,7 %
Beratungsangebote für Familien	6,4 %	13,3 %
Angebote von Mehrgenerationenhäusern	3,2 %	6,7 %
Angebote von Familienzentren	2,3 %	3,3 %

Tabelle 9 Nutzung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Familiensituation (n=832), (Haushaltsbefragung)

Einen erhöhten Bedarf an Unterstützung für Familien, die von Problemlagen wie Armut oder Krankheit betroffen sind, setzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der **Dialogkonferenzen** voraus.

²⁶⁵ Vgl. Lenze, Anne; Funke, Antje. (2016). S. 12.

5.4.2 Menschen mit Migrationshintergrund

Für Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere für Geflüchtete hält das **SAARLAND** eine Vielzahl von Maßnahmen zur Betreuung und Integration bereit. Je nachdem ob es sich um Asylsuchende Flüchtlinge oder andere ausländische Zuwanderer handelt, gibt es vielfältige Unterstützungsleistungen. Asylsuchende erhalten sowohl bei zentraler als auch dezentraler Unterbringung Unterstützung durch Asylbegleiter im Rahmen des Projektes „BASiS“.²⁶⁶ Sie unterstützen die Ankommenden ab der Aufnahme in der Landesaufnahmestelle Lebach, geben Orientierung in einer fremden „Umgebung“ und begleiten z.B. bei Behördengängen. Sobald ein Aufenthaltstitel vorliegt, betreuen Integrationslotsen die anerkannten Flüchtlinge bei Alltagsfragen insbesondere in den aufnehmenden Kommunen und leisten erste Integrationsschritte ein. Nach Abschluss der Erstorierungsphase greifen bundesweite Angebote der Jugendmigrationsdienste oder der Migrationsberatung für Erwachsene (wenn mit dem Integrationskurs begonnen wurde).²⁶⁷

Neben den Integrationslotsen hat die **saarländische** Landesregierung einen flächendeckenden Fachdienst für die nachholende Integration eingerichtet, die **sogenannte Landesintegrationsbegleitung (LIB)**. Aufgabenschwerpunkt dieses Dienstes ist es, vor allem zugewanderte Personen, die schon längere Zeit im **SAARLAND** leben und bei denen bisher kein oder nur geringer Integrationserfolg feststellbar ist, wieder anzusprechen, um einen erneuten Integrationsprozess zu initiieren und sie dabei sozialpädagogisch zu begleiten. Dies geschieht durch das Heranführen an Sprachfördermaßnahmen und durch eine enge Zusammenarbeit mit Bildungsträgern, der Arbeitsverwaltung bzw. den Jobcentern, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Ausbildungsbetrieben insbesondere mit dem Ziel der beruflichen Integration.²⁶⁸

Die Integrationslotsen und die Landesintegrationsbegleitung bilden in Deutschland zusammen mit Beratungsangeboten des Bundes (Migrationsberatung für Erwachsene/MBE und Jugendmigrationsdienste/JMD) ein einzigartiges Netzwerk. Es wurde eine umfangreiche Beratungs- und Integrationskette aufgebaut, um eine lückenlose berufliche und gesellschaftliche Integration planen und steuern zu können.

Dennoch zeigen die Ergebnisse der befragten **saarländischen** Haushalte, insbesondere derer mit Migrationshintergrund, Auffälligkeiten bezüglich der Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Haushalte mit Migrationshintergrund gaben deutlich häufiger

²⁶⁶ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Schaubild Beratungsstruktur für Flüchtlinge und Asylsuchende im Saarland. http://www.saarland.de/dokumente/thema_soziales/Beratungsstruktur_im_Saarland_Schaubild.pdf.

²⁶⁷ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Unter: <http://www.saarland.de/123180.htm>.

²⁶⁸ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Unter: <http://www.saarland.de/123437.htm>.

an, dass es die aufgeführten Angebote, wie Schuldner- und Suchtberatung, Onlineberatung oder Unterstützung von Menschen mit Behinderung bzw. beeinträchtigter Menschen nicht gäbe. Dieser Befund weist darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund möglicherweise in unzureichendem Maße von diesen Beratungs- und Unterstützungsangeboten erreicht werden oder die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt auf die Belange dieser Zielgruppe auszurichten ist.

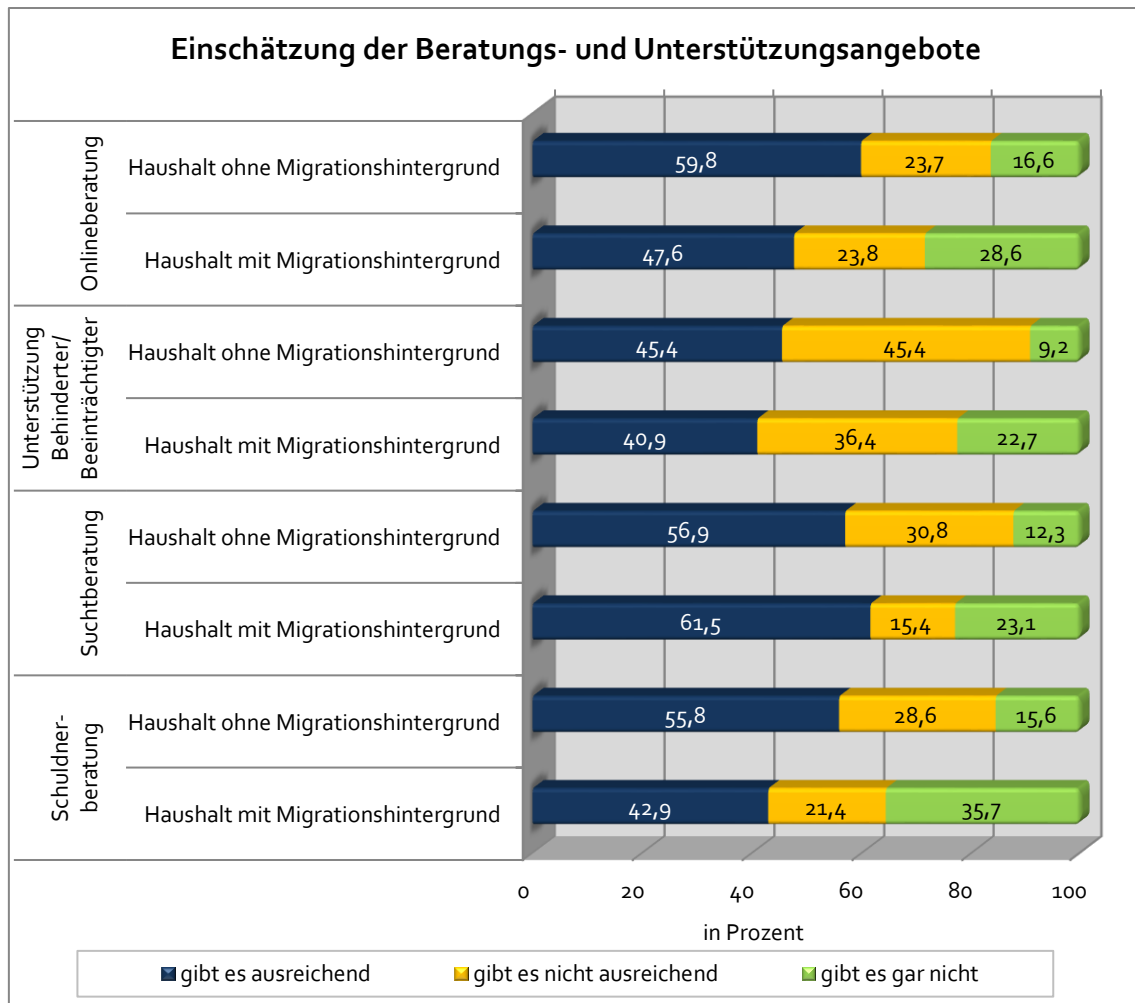


Abbildung 44 Ausstattung mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten nach Migrationshintergrund (n=168-463), (Haushaltsbefragung)

5.5 Menschen mit Behinderung

Am 26. März 2009 trat in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Innerhalb der Konvention werden Themen wie Barrierefreiheit, Bildung, Gesundheit und Arbeit behandelt. Ihr ausgeschriebenes Ziel ist die Konkretisierung und Spezifizierung der universellen Menschenrechte durch Teilhabe, Selbstbestimmung und Unterbindung von Diskriminierung²⁶⁹. Die 16 Bundesländer sind angehalten, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, damit so die Wirkung der hinter der Konvention stehenden Idee zum Tragen kommen kann.

Mit dem Programm „**SAARLAND** inklusiv – unser Land für Alle“ hat das **SAARLAND** einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgelegt. 1975 gab es bereits den ersten Landesbehindertenplan. 2000 beschloss die *saarländische* Landesregierung in jeder Legislaturperiode einen solchen Plan zu erstellen und damit über die Lage der Menschen mit Behinderung und die Entwicklung der gesellschaftlichen und beruflichen Integration zu informieren. Mit dem Fünften Landesplan legte das **SAARLAND** ein Papier vor, welches sich hinsichtlich des Planungshorizontes von den vorangegangenen unterscheidet und den Blick hin zur Weiterentwicklung der Inklusion schärft. Der aktuelle Landesplan definiert zehn Handlungsfelder der Behindertenpolitik, die einerseits die unterschiedlichen Lebensbereiche sowie andererseits den spezifischen Bedarf berücksichtigen. Ergänzend zum 5. Landesplan verabschiedete das **SAARLAND** 2015 zum Ausbau der Teilhabe von Menschen mit Behinderung einen „Zehn-Punkte-Plan“, der konkrete Maßnahmen benennt. Auch hier steht eine frühestmögliche Hilfe und Förderung im Fokus. Konkret bedeutet dies, ein Vorhandensein von Unterstützungsangeboten bereits von der Geburt an.²⁷⁰

Ein Unterstützungsangebot ist die Förderung durch interdisziplinäre Frühförderstellen (IFF), die in Form von Hausbesuchen oder in der Kindertagesstätte Hilfen zur Kompetenzentfaltung und Integration der Kinder leisten²⁷¹. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, dass Familien, die ihre Kinder in einem Regelkindergarten betreuen lassen wollen, Unterstützung durch die Arbeitsstellen für Integrationspädagogik/-hilfen (AFI) in Anspruch nehmen können²⁷². In einem Modellprojekt „Frühförderung PLUS“ hat das Land erprobt, wie sich die Verzahnung der beiden Angebote IFF und AFI auf die Eingliederungshilfe von Kindern mit Behinderungen auswirkt. Dazu erhielten zwei Träger den

²⁶⁹ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. (2016) Die UN-Behindertenrechtskonvention. Unter: http://www.behindertenbeauftragte.de/DE/Koordinierungsstelle/UNKonvention/UNKonvention_node.html.

²⁷⁰ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^c).

²⁷¹ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Frühförderung und Frühförderstellen im Saarland. <http://www.saarland.de/SID-9Co5D2C4-11036302/73513.htm>.

²⁷² Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Arbeitsstellen für Integrationspädagogik/Integrationshilfen. <http://www.saarland.de/73514.htm>.

Auftrag beide Leistungen „aus einer Hand“ zu erbringen.²⁷³ Die positive Resonanz führt dazu, dass künftig die Hilfen gebündelt und „aus einer Hand“ erbracht werden sollen. Außerdem soll eine Abstimmung mit den Frühen Hilfen im Sinne der Präventionskette erfolgen.²⁷⁴ Mit den Maßnahmen, die das **SAARLAND** zur Inklusion von Menschen mit Behinderung umsetzt, ist es damit besonders im Bereich der Prävention im frühkindlichen Bereich umfangreich aufgestellt.

Der Anteil an Menschen mit einer Schwerbehinderung (Grad der Behinderung 50% oder mehr) liegt in Deutschland bei 9,3 %. Das **SAARLAND** lag 2013 mit einem Anteil von 10,2 % an der gesamten *saarländischen* Bevölkerung etwas über dem deutschen Durchschnitt.²⁷⁵ Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren sind besonders häufig von einer Schwerbehinderung betroffen. 2013 entsprach der Anteil der über 65-Jährigen 59,0 % aller Menschen mit Schwerbehinderung im **SAARLAND**. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren macht einen Anteil von 1,5 % der Menschen mit Schwerbehinderung aus.²⁷⁶

Die *saarländischen* Haushalte schätzen die Unterstützung für Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung mit über 40 % als nicht ausreichend ein. Die Nutzungswerte der Angebote liegen wiederum in einem sehr niedrigen Bereich, wobei Seniorinnen und Senioren diese vergleichsweise häufiger nutzen und auch häufiger als ausreichend vorhanden einschätzen. In Verbindung mit der vorhandenen Angebotsstruktur zur Unterstützung von Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigten deuten diese Befunde darauf hin, dass die vorhandenen Einrichtungen und Dienste über keine ausreichende Bekanntheit verfügen.

5.6 Pflegeberatung

Das elfte Sozialgesetzbuch regelt die soziale Pflegeversicherung. Darin enthalten ist unter anderem § 7, welcher sich mit der gesetzlichen Pflegeberatung befasst. Demnach haben alle gesetzlich Krankenversicherten einen Anspruch auf **Pflegeberatung**. Die Pflegeberatung umfasst eine Einzelfallberatung durch Pflegeberaterinnen oder Pflegeberater in Bezug auf die Auswahl und Inanspruchnahme von Sozialleistungen oder anderer Hilfsangebote. Die Weiterleitung der Anspruchsberechtigten an eine Pflegeberaterin oder einen Pflegeberater erfolgt durch die Pflegekassen. Die Leistungen der Pflegeberatung umfassen insbesondere einen individuellen Versorgungsplan sowie ge-

²⁷³ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Modellprojekt „Frühförderung PLUS“. <http://www.saarland.de/92466.htm>.

²⁷⁴ Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. (2015^c). S. 6.

²⁷⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt. (2016^e). Tabelle 1.11.

²⁷⁶ Vgl. Statistisches Amt Saarland. (2015^d). S. 10.

sundheitsfördernde, präventive, kurative, rehabilitative oder sonstige medizinische Hilfen.²⁷⁷ Auf Bestimmung der zuständigen obersten Landesbehörde können außerdem Pflegestützpunkte durch Pflege- und Krankenkassen eingerichtet werden. An der Finanzierung der Pflegestützpunkte beteiligt sich das Land mit einer anteiligen Förderung, bei gleichzeitiger finanzieller Beteiligung der Landkreise und des Regionalverbands Saarbrücken sowie der Pflege- und Krankenkassen in mindestens gleicher Höhe²⁷⁸. Pflegestützpunkte sollen wohnortnahe Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten gewährleisten. Dabei stellt die Unabhängigkeit der Beratung ein besonderes Merkmal dar. Über die Aufgaben der Pflegeberatung durch die Pflegekassen hinausgehend, sorgen sie für vernetzte, aufeinander abgestimmte, pflegerische und soziale Versorgungs- und Betreuungsangebote. Zur Vernetzung sollen auch Pflegefachkräfte, Selbsthilfegruppen, religiöse Träger sowie Träger der Arbeitsförderung eingebunden werden.²⁷⁹

Eine Untersuchung des TNS Infratest zur Wirkung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes hat gezeigt, dass die Pflege- und Krankenkassen die am häufigsten genutzten Anlaufstellen bei Fragen im Zusammenhang mit der Pflegebedürftigkeit darstellen. Lediglich 11 % lassen sich durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Pflegestützpunktes beraten. Der wesentliche Grund hierfür ist das in Deutschland bislang fehlende flächendeckende System von Pflegestützpunkten. Dabei empfanden Personen, die Beratung durch Pflegestützpunkte erhalten haben, diese mit 89 % als sehr oder eher hilfreich. Hilfreicher bewerteten sie nur die Beratung durch ambulante Pflegedienste.²⁸⁰ Zur Verteilung von Pflegestützpunkten in Deutschland besteht derzeit eine unzureichende Informationslage. Um dennoch einen Eindruck über den Ausbau von Pflegestützpunkten zu erhalten, können Informationen des Zentrums für Qualität in der Pflege herangezogen werden. Dieses spricht von knapp 400 Pflegestützpunkten im Jahr 2015, verteilt auf 14 Bundesländer.²⁸¹

Das **SAARLAND** verfügt über ein flächendeckendes Angebot von acht Pflegestützpunkten. Diese sind zum einen in den Kreisstädten und zum anderen an drei Standorten im Regionalverband Saarbrücken verortet. Ein gemeinsamer Internetauftritt informiert über die Beratungsleistungen und darüber hinaus über Außensprechstunden. Durch die Außensprechstunden entsteht eine Präsenz in den Gemeinden, in denen kein Pflegestützpunkt vorhanden ist. Einzig die Pflegestützpunkte im Regionalverband Saarbrücken-

²⁷⁷ Vgl. Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung. (1994). §7a Pflegeberatung. Unter: https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_11/__7a.html.

²⁷⁸ Vgl. Ministerium der Justiz. (2015). §4 Förderung von Pflegestützpunkten. Unter: http://sl.juris.de/cgi-bin/landesrecht.py?d=http://sl.juris.de/sl/gesamt/PflEinrG_SL_2009.htm.

²⁷⁹ Vgl. Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung. (1994). §7c Pflegestützpunkte. Unter: https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_11/__7c.html.

²⁸⁰ Vgl. TNS Infratest Sozialforschung. (2011). S. 54 f.

²⁸¹ Zentrum für Qualität in der Pflege „ZQP“. Unter: <https://www.zqp.de/pflegeberatung-auf-einen-blick/>.

Ost sowie in Neunkirchen weisen keine Außensprechstunden aus. Die Verteilungsschwerpunkte im Süden des **SAARLANDES** werden durch die Außensprechstunden der Pflegestützpunkte in St. Wendel und Merzig kompensiert, die den Norden des **SAARLANDES** damit abdecken.²⁸² Hervorzuheben ist der Pflegestützpunkt in St. Wendel, der 2008 als Modellstützpunkt eingerichtet wurde und damit einen der ersten Pflegestützpunkte deutschlandweit darstellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pflegestützpunkte im **SAARLAND** verfügen alle über umfangreiche Zusatzqualifikationen, der Personalschlüssel liegt bei 3 bis 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.²⁸³

In diesem Zusammenhang konnte in der **saarländischen** Haushaltsbefragung festgestellt werden, dass diejenigen, bei denen mindestens ein zu pflegender Angehöriger wohnt, etwas häufiger die Beratung durch Pflegestützpunkte in Anspruch nehmen, als die Pflegeberatung durch die Krankenkasse. Circa ein Drittel der Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen bewerten die Unterstützung durch Pflegeeinrichtungen als unzureichend. Außerdem gaben mehr Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen an, Pflegeberatung und Beratung beim Pflegestützpunkt wäre gar nicht vorhanden, im Vergleich zu Haushalten ohne zu pflegende Angehörige. Dieser Befund deutet auf eine unzureichende Bekanntheit - bezogen auf die gewünschte Zielgruppe - hin. Auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer der **Dialogkonferenzen** bezogen Stellung zum Beratungsangebot der Pflegestützpunkte. Demnach sollen die Ausstattung sowie die Bekanntheit der Pflegestützpunkte auf dem Prüfstand stehen. Beratungsbedarf bestünde hinsichtlich bürokratischer Hürden, wie der Beantragung von Unterstützungsleistungen. Weiterhin zeigt sich, dass Haushalte mit Migrationshintergrund mit über einem Drittel angaben, es gäbe diese Angebote nicht.

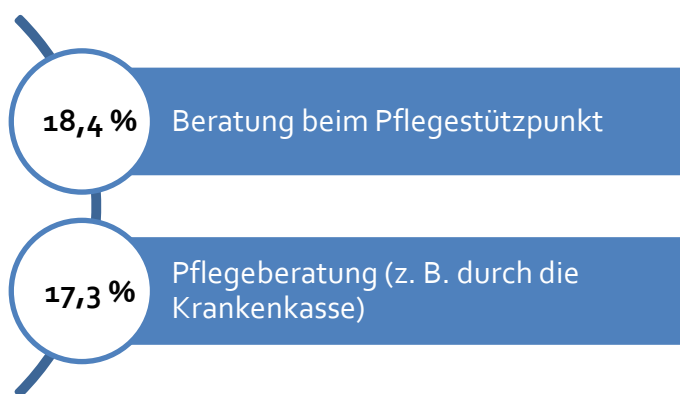


Abbildung 45 Nutzung von Beratung zum Thema Pflege durch Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen (n=182), (Haushaltsbefragung)

²⁸² Pflegestützpunkte im Saarland. Unter: <https://www.psp-saar.net/termine-veranstaltungen>.

²⁸³ Vgl. Setz, Helga. (2014). S. 9.

5.7 Zusammenfassung

Zusammenfassend kann das Beratungs- und Unterstützungsangebot im **SAARLAND** positiv bewertet werden. So zählt das ausgeprägte familiäre Unterstützungssystem der **saarländischen** Bevölkerung als eine wesentliche Stärke. Mehrheitlich können die **Saarländerinnen und Saarländer** auf wohnortnahe Unterstützung durch die eigene Verwandtschaft zurückgreifen. Auch die umfangreichen primär- und sekundärpräventiven Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen, der Frühen Hilfen Plus sowie im Rahmen des Schoolworker-Programms können in besonderer Weise positiv hervorgehoben werden.

Im Bereich der tertiären Prävention gibt es ebenfalls umfangreiche Angebote, die Unterstützung in problematischen Lebenslagen liefern. So ist die Beratungskette für Geflüchtete, Asylbewerber oder Zuwanderer ein herausragender Ansatz, um frühzeitig Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration zu unterstützen. Auch die Angebote für Menschen mit Behinderung, insbesondere im frühen Kindesalter, sind ein Schritt auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft. Für ältere Menschen mit Beeinträchtigungen ist das **SAARLAND** im Bereich der Pflegeberatung durch den weitreichenden Ausbau der Pflegestützpunkte aktiv.

Insgesamt betrachtet hält das **SAARLAND** vielfältige und ausdifferenzierte Beratungs- und Unterstützungsangebote bereit. Familien können durch diese Vielfalt zur Unterstützung in den unterschiedlichen Lebenslagen auch schnell überfordert sein und dann vor Ort nicht die richtige Beratung finden. Die Landesregierung hat bereits auf diesen Umstand reagiert und die Service- und Kompetenzstelle Familie auf Landesebene initiiert. Entsprechende vernetzte Strukturen in den Landkreisen und im Regionalverband können den Familien noch mehr Orientierung geben.

Zudem ist eine Diskrepanz zwischen dem Vorhandensein von Einrichtungen und Diensten und der Bekanntheit der Angebote festzustellen, was auf Potentiale in der Sichtbarmachung hinweist. Besonders deutlich wird die Diskrepanz im Hinblick auf die Nutzung der Erziehungsberatung, auch vor dem Hintergrund der ausgeprägten Inanspruchnahme der ambulanten und stationären Hilfen. Hieraus ergeben sich Handlungsansätze für die **saarländische** Familienpolitik.

D. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die vorangegangenen Kapitel bilden die aktuellen Lebensbedingungen von Familien im **SAARLAND** im Vergleich zu bundesweiten Tendenzen und anderen Bundesländern ab. Hierfür wurde die durchgeführte Haushaltsbefragung und renommierte Studien herangezogen. Grundsätzlich kann in Auswertung der Analysen festgestellt werden, dass die familienpolitische Ausrichtung des **SAARLANDES** geeignet ist, die Lebensbedingungen der dort lebenden Familien zu verbessern. Hieran gilt es anzusetzen und diese positiven Aspekte weiterzuentwickeln. Die folgenden Handlungsempfehlungen bilden die Verbindung zwischen Vorgefundenem und Erreichbarem und sind somit Ausdruck von Potentialen und Adaptionmöglichkeiten, die einerseits fachlich und andererseits sachlich begründet sind. Dabei soll sowohl das bisher Erreichte gewürdigt als auch Weiterentwicklungspotentiale formuliert werden. Damit können sie dazu dienen, Anregungen zur Weiterentwicklung der Familienpolitik zu geben. Die Umsetzungsverantwortung bleibt damit beim Auftraggeber.

Die Handlungsempfehlungen des vorliegenden Familienreports gliedern sich in neun Schwerpunktbereiche, die in ihren Bezeichnungen teilweise der thematischen Gliederung beziehungsweise den Kapitelbezeichnungen folgen.

1 MEHR SERVICE UND VERBESSERTE UNTERSTÜTZUNG FÜR FAMILIEN AUS EINER HAND

Die Untersuchungen im Rahmen des Familienreports stellen eine Vielzahl familienpolitischer Leistungen des **SAARLANDES** heraus. Diese gilt es in den kommenden Jahren zu bündeln und besser sichtbar zu machen. Viele Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten sind nur schwer bzw. durch gezielte Suche auffindbar.

Daher sollte das Leistungsportfolio der **Service- und Kompetenzstelle Familie** weiter mit dem Ziel ausgebaut werden, den *saarländischen* Familien Hilfe und Unterstützung aus einer Hand bieten zu können. Zudem sollte von dieser zentralen Stelle aus die Vernetzung bestehender Angebote weiter vorangetrieben werden.

Besonders erfolgversprechend erscheinen auch die Entwicklung einer **Familien-App auf Basis eines** jährlich aktualisierten **Familienhelfers** und eine intensivere Unterstützung und Begleitung der **Familienbündnisse – auch durch ein entsprechendes gemeinsames Portal**.

Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Schaffung von **Familienservicestellen** in den Landkreisen und im Regionalverband, wobei eine solche kommunale familienfördernde Struktur landesseitig durch ein entsprechendes Förderprogramm mittels Anteilsfinanzierung unterstützt werden sollte. Auch die **Agenturen für haushaltsnahe Arbeit** (AhA) bieten eine gute Möglichkeit der Unterstützung für Familien. Die

Sichtbarmachung der Angebote sollte zukünftig noch gestärkt werden. Außerdem entspräche ein Ausbau dieser Strukturen in den kommenden Jahren dem demografischen Wandel und könnte so sowohl sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen als auch Privathaushalte im Alltag entlasten.

2 DEN GENERATIONENDIALOG FÖRDERN UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT HERSTELLEN

Um das Land und die Kommunen zukunftssicher zu gestalten, sollte diskutiert werden, ob eine **Prüfung aller landesweiten Gesetze und Verordnungen** dazu beitragen kann, die Bedingungen für Familien zu verbessern, die besonderen Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft zu berücksichtigen und damit die Generationengerechtigkeit zu befördern.

Die Kommunen sollten zudem in ihrer Planungsverantwortung gestärkt und landesseitig beim Ausbau ihrer Fachplanungen hin zu einer **integrierten Sozialplanung** unterstützt werden. Dazu können sowohl fachliche Empfehlungen und Arbeitshilfen hilfreich sein, als auch ein entsprechendes Modellprojekt „Integrierte Sozialplanung“.

Auch im Bereich des Generationendialogs hat die **saarländische** Landesregierung bereits einige Erfolge vorzuweisen. Beispielsweise sei hier das Förderprogramm „Alt und Jung“ genannt. Solche Initiativen zur Stärkung des nachbarschaftlichen Engagements können die Nachbarschaftshilfe fördern. Familienpatenschaften und Leihgroßelterndienste könnten weiterhin hilfreich sein und durch die lokalen Bündnisse für Familie auf den Weg gebracht werden. Im Hinblick auf den Unterstützungsbedarf vieler Älterer und die Problematik einer zunehmenden Gefahr der Vereinsamung stellt das neu aufgelegte Seniorenlotsenprogramm der Landesregierung ein hilfreiches Instrument für die betroffenen Menschen dar und sollte verstetigt werden.

Zudem sollte der von der Landesregierung initiierte Dialog der Generationen weiter unterstützt und vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, das in 2016 in vier Kommunen gestartete Modellprojekt des virtuellen Mehrgenerationenhauses weiterzuentwickeln und landesweit umzusetzen. Es stellt einen wertvollen Baustein für die Weiterentwicklung der unterstützenden Infrastruktur im Hinblick auf den Dialog der Generationen, die Erweiterung von Kommunikationsmöglichkeiten und auch zur Vermeidung von Vereinsamung dar.

Ehrenamtliches Engagement benötigt entsprechende hauptamtliche Strukturen und Anerkennung. Beides ist bereits vorhanden, sollte aber gezielt weiterentwickelt werden. Gerade ehrenamtsunterstützende Einrichtungen wie Ehrenamtszentralen können dabei helfen, die vorhandenen Potentiale durch direkte Ansprache zu heben. Waren es früher noch die langfristigen Beziehungen zu Vereinen und Verbänden, die Menschen zu ehrenamtlichem Engagement bewogen haben, sind es heute eher interessante und

zeitlich überschaubare Projekte und konkrete Ideen, die dazu führen. Dafür braucht es unterstützende Strukturen, die dafür sorgen, dass Projekte und Menschen passgenau zusammenfinden.

3 DURCH FACHLICHE STEUERUNG DIE KINDER- UND JUGENDHILFE WEITERENTWICKELN

Die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind im Rahmen des eigenen Wirkungskreises verantwortlich für die Umsetzung des SGB VIII, insbesondere obliegt ihnen dabei auch die regionale Jugendhilfeplanung. Derzeit werden die Kommunen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen dieses Gesetzes primär durch den kommunalen Finanzausgleich landesseitig unterstützt. Darüber hinaus wirkt das Land im Rahmen einer Landesjugendhilfeplanung an der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Handlungsstrategien aller beteiligten Akteure aktiv mit. Ziel der sich derzeit im Prozess befindenden „Landesjugendhilfeplanung Plus“ sollte es daher sein, mittels quantitativer und qualitativer Daten der örtlichen und der überörtlichen Ebene eine Grundlage für einen kontinuierlichen Austausch zu Planungs- und Steuerungszwecken zu schaffen und ein geeignetes Praxismodell für eine fortlaufende Landesjugendhilfeplanung zu entwickeln. In einem darauf aufbauenden nächsten Schritt, sollten darüber hinaus in enger Abstimmung mit den handelnden Akteuren im Hinblick auf zu setzende Schwerpunkte und Handlungsnotwendigkeiten verbindliche Vereinbarungen hinsichtlich der konkreten Umsetzung einer ganzheitlichen Planung angestrebt werden. Bedenkenswert könnte in diesem Zusammenhang sein, neben der Landesjugendhilfeplanung zukünftig auch durch spezielle Förderprogramme weitere Anreize im Sinne einer landesweiten Jugendhilfeplanung und -steuerung zu setzen.

Bisher erfolgt nur in einzelnen Bereichen (beispielsweise durch das „Schoolworker-Programm“) eine fachliche Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe durch das Land.

Das **saarländische** Schoolworker-Programm bietet Kindern und Jugendlichen Unterstützung an einem Ort, an dem sie sich einen großen Teil ihres Lebens aufhalten. Dieses Arbeitsfeld hat daher großes Potential, nah an den Bedürfnissen der jungen Menschen ansetzen zu können. Gleichzeitig ist intendiert, dass sich durch dieses Programm die Angebote von Jugendhilfe und Schule verzahnen sollen. Eine Erweiterung des Angebots erscheint durchaus sinnvoll.

Im Landesprogramm Schoolworker, dem **saarländischen** Kooperationsmodell zwischen Jugendhilfe und Schule, erfolgt eine fachliche Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe durch das Land, die seit 2011 auch vertraglich verankert ist. Gemeinsam mit den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken wird der Einsatz der Schoolworker gefördert und landesweit gesteuert. Die „bestehenden Unterstützungssysteme der sozialen Arbeit an Schulen sollen aufeinander zu bewegt werden, da sie einen wesentli-

chen Beitrag zur sozialen Inklusion an den Schulen leisten“²⁸⁴. So steht es im Koalitionsvertrag der Landesregierung. Die soziale Arbeit an Schulen ist eine Aufgabe des Landes, der Kreise und der Kommunen in gemeinsamer Verantwortung. Eine Steuerung sollte nicht nur im Schoolworker-Programm erfolgen. Eine Abstimmung und gemeinsame Steuerung der Rahmenbedingungen und der Finanzierung sollte landesweit zwischen allen beteiligten Fachministerien, den Jugendhilfeträgern und den Schulträgern erfolgen. Wir empfehlen dem Land, seine Planungs- und Steuerungsverantwortung stärker wahrzunehmen, um in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein landesweites Gesamtkonzept der sozialen Arbeit an Schulen zu erstellen.

4 UNTERSTÜTZUNGSSYSTEME VERZAHNEN UND AUSBAUEN

Die positive Resonanz der **Mehrgenerationenhäuser** und **Pflegestützpunkte** sowohl auf Bundes- als auch Landesebene legt nahe, diese Unterstützungsstruktur weiterzuentwickeln. Aber auch **Erziehungsberatungsstellen** können niedrigschwellig ein gutes Unterstützungssystem im Bereich der Sekundärprävention darstellen. Es gilt zu überprüfen, ob die **Lage der Einrichtungen und Dienste** den aktuellen Bedarfen gerecht wird oder eine Nachsteuerung sinnvoll sein könnte. Bemerkenswert ist die aufsuchende Struktur der meisten Pflegestützpunkte. Hier sollte zum einen geprüft werden, ob die angebotenen Außensprechstunden alle Regionen abdecken, und zum anderen, ob solche Strukturen perspektivisch auch auf andere Felder übertragbar sind.

Die **Erziehungsberatungsstellen** könnten sicher bei entsprechender Vernetzung mit anderen Programmen (beispielsweise Frühe Hilfen und Frühe Hilfen plus) und Institutionen (beispielsweise Kindertagesstätten und Schulen) im Rahmen von Präventionsketten wohnortnahe Basisunterstützung anbieten.

Im Rahmen der Landespflegeplanung sollten gemeinsam mit den Kommunen Konzepte für eine Erweiterung der ambulanten und teilstationären Pflege (Tagespflege) entwickelt werden. Insbesondere pflegende Angehörige könnten so entlastet werden. Alternative und punktuelle Unterstützungsformen sollten zudem Berücksichtigung finden.

Hierzu gehören auch die alltäglichen Unterstützungssysteme "Ambient Assisted Living", kurz „AAL“. Diese technischen Hilfen im Alltag breiter zu nutzen und in vorhandene Konzepte und Netzwerke vor Ort einzubauen, ist eine wichtige Möglichkeit, dem Wunsch der meisten Menschen zu entsprechen, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in den gewohnten vier Wänden zu verbringen.

²⁸⁴ Vgl. Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtags des Saarlandes (2012 – 2017). S. 27.

5 WOHNEN FÜR FAMILIEN UND ÄLTERE MENSCHEN THEMATISIEREN

Die Zufriedenheit der *Saarländerinnen* und *Saarländer* ist ein hohes Gut für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dazu kann das **Landessiegel** „Familienfreundliche Kommune“ beitragen. Daher sollte dieses Instrument fortgeführt werden.

Seniorinnen und Senioren ist das Leben in den eigenen vier Wänden auch im Alter wichtig, zumal ein großer Teil über Wohneigentum verfügt. Diese beiden Umstände betrachtend empfehlen sich **Zukunftskonferenzen** zu „Gutes Leben im Alter“. Diese sollten sich insbesondere an die Bevölkerungsgruppe der 55- bis 65-Jährigen richten, um mit ihnen gemeinsam nach alternativen Konzepten des Wohnens im Alter zu suchen.

Die bestehende **Wohnraumförderung** (Wohnraumförderungsgesetz) sollte evaluiert werden, insbesondere in Bezug auf die Einkommensgrenzen und die Nutzung dieser Förderung durch einkommenschwächere Zielgruppen. Die Fördermaßnahme für barrierefreies Wohnen bei Pflegebedürftigkeit oder bei außergewöhnlicher Gehbehinderung sollte auch nach 2017 in Anbetracht des geringen Vorhandenseins barrierefreier bzw. -armer Wohnungen als hilfreiche Maßnahme zur Sensibilisierung der Bevölkerung fortgeführt werden.

Die **Spielplatzrichtlinie und -ausstattungsverordnung** stellen eine gute Grundlage für eine familienfreundliche Entwicklung neuer Wohnquartiere dar. Eine Erweiterung auf die Belange von Seniorinnen und Senioren sollte geprüft werden.

6 MOBILITÄT IN JEDEM ALTER ERMÖGLICHEN

Mobilität spielt in jedem Alter eine große Rolle für die Lebenszufriedenheit. Diesem Wunsch nach uneingeschränkter Mobilität erfüllen sich viele *Saarländerinnen* und *Saarländer* durch den Kauf eines eigenen PKW. Dem gegenüber steht die geringe Nutzung des ÖPNV. Mit zunehmendem Alter kann dies allerdings auch zu Problemen führen. Auch Jugendliche sind auf „mobilitätsfördernde Maßnahmen“ angewiesen, wenn sie die jugendkulturellen Angebote in anderen Orten nutzen. Nicht immer stehen dafür die Eltern bereit und auch der ÖPNV ist auf die besonderen Bedürfnisse junger Menschen nicht eingerichtet. Daher sollte das *saarländische* Mobilitätskonzept auf die Anforderungen des demografischen Wandels und jugendlicher Bedürfnisse hin überprüft werden. Berücksichtigung müssen dabei sowohl alternative Mobilitätskonzepte wie Ruftaxis und Mitfahrgelegenheiten als auch seniorenfreundliche und barrierefreie Bedingungen im ÖPNV (Rollatoren) finden. Dies gilt ebenfalls für öffentliche Gebäude.

Die Fahrtüchtigkeit im Alter sollte thematisch mit einem präventiven Ansatz in das Programm „**Das SAARLAND lebt gesund**“ aufgenommen werden.

7 ARMUTSPRÄVENTION FORTFÜHREN

Besonders Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern können oftmals ihre Lebenssituation finanziell nicht alleine bewältigen und sind somit auf Transferleistungen angewiesen.

Auf diesen Umstand wurde im **SAARLAND** bereits mit verschiedenen Instrumenten reagiert. Der vorliegende **Aktionsplan zur Armutsbekämpfung** sollte mit den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichtes abgeglichen und fortgeschrieben werden. Im Hinblick auf atypische Erwerbsbiographien und dem zunehmenden Problem der Altersarmut muss der Fokus zudem aber auch auf die **Seniorinnen und Senioren** gelegt werden. Die bestehenden Initiativen sollten evaluiert und weiterentwickelt werden.

Auch die berufliche Qualifizierung **Alleinerziehender** mit entsprechender Kinderbetreuungsmöglichkeit scheint ein hilfreicher Ansatz zur Verbesserung der finanziellen Situation dieser Zielgruppe zu sein.

Die Verbesserung von **Bildung und Teilhabe** der Familien mit einkommensbedingter Beeinträchtigung kann dann gut gelingen, wenn die unterschiedlichen Sozial- und Bildungsakteure sensibilisiert sind und mithilfe der vorhandenen Fördermöglichkeiten niedrigschwellig unterstützen können. Gleichwohl muss auch auf Bundesebene eine Vereinfachung in der Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes erfolgen.

Die Förderrichtlinie „**Familienferienmaßnahmen**“ stellt eine gute Möglichkeit dar, einkommensschwächeren Familien einen Urlaub zu ermöglichen. Hier könnte eine Überprüfung der Indikatoren, insbesondere der Einkommensgrenzen, erfolgen, damit dem Bedarf der Familien noch besser entsprochen werden kann.

Um Familien finanziell zu entlasten, bieten sich besonders im Bereich der Freizeitgestaltung **auf Familien zugeschnittene Vergünstigungen** an. Ein Ziel sollte es daher sein, Kommunen und Träger, beziehungsweise Betreiber von Freizeiteinrichtungen, dafür zu sensibilisieren und entsprechende Rabattaktionen und Vergünstigungen für Familien zu bündeln, aufzuzeigen und stärker zu bewerben.

Signifikante Verbesserungen der finanziellen Situation von Alleinerziehenden, Mehrkinderfamilien sowie Seniorinnen und Senioren mit niedriger Rente bedürfen allerdings weitergehender Maßnahmen von Seiten des Bundesgesetzgebers. Insofern sollten in diesem Zusammenhang gegebenenfalls auch mögliche Bundesratsinitiativen geprüft werden.

8 VEREINBARKEIT VON FAMILIE, PFLEGE UND BERUF WEITERENTWICKELN

Eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche ist eine bedarfsentsprechende Infrastruktur. Die *saarländische* Landesregierung unterstützt dies durch den Ausbau der **Krippenplätze** und der **Ganztagsbetreuung**. Die bisherigen Ausbauquoten werden allerdings perspektivisch den Bedarf nicht mehr decken können. Hier muss daher eine Fortschreibung orientiert an den zu erwartenden Bedarfen erfolgen. Ferner sollte überprüft werden, warum die Kindertagespflege eher gering genutzt ist. Anreizsysteme zur Werbung von **Kindertagespflegestellen** und zur Nutzung dieses Betreuungsangebotes stellen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung dar. Neuere Konzepte wie die Etablierung von Tagespflegestellen bei freien Trägern der Jugendhilfe könnten die Entwicklung der Infrastruktur unterstützen. Gleichwohl könnten auch Großtagespflegestellen für Unternehmen eine Alternative zur betrieblichen Kinderbetreuung darstellen.

Im Rahmen einer weiteren Unterstützung der Betreuungswünsche der Eltern sollte über Erweiterung der **Betreuungszeiten** in Kindertagesstätten nachgedacht werden. Der Wunsch nach **Randzeitenbetreuung** wird durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes immer stärker und bedarf einer sowohl pädagogischen als auch arbeitspolitischen Umsetzungsstrategie.

Die Landesregierung unterstützt Familien mit niedrigem Einkommen bei der Betreuung ihrer Kinder durch ein teilweise oder vollständig **beitragsfreies drittes Kindergartenjahr**. Dies hat dazu geführt, dass mittlerweile in diesem Alter 94 % aller Kinder Kinderbetreuungseinrichtungen besuchen. Die vorliegenden Untersuchungen machen deutlich, dass sich eine frühzeitige Betreuung von Kindern auf deren Entwicklung positiv auswirkt. Daher könnte es aus sozialpolitischer Perspektive positiv sein, die Beitragsfreiheit auf das erste Kindergartenjahr zu legen, um mehr Eltern zum Schritt in die institutionelle Betreuung zu ermutigen.

Die **Servicestelle Arbeiten und Leben im SAARLAND** leistet einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sollte dieses Angebot unbedingt fortgeführt und ausgebaut werden. Der Fokus in der Weiterentwicklung könnte auf der Beratung von Unternehmen zur Umsetzung der betrieblichen Kinderbetreuung oder auf die Unterstützung von größeren Unternehmen bei der Etablierung von Familienservicestellen zur Beratung und Information der eigenen Belegschaft gelegt werden. Ferner könnte die Veröffentlichung von guten Beispielen (beispielsweise Väter in Führungspositionen machen Elternzeit) als Imagekampagne die Familienfreundlichkeit der Unternehmen weiter erhöhen.

Die Nutzung der **Elternzeit durch Väter** hat zwar deutlich zugenommen. Allerdings zeigt der Familienreport auch auf, dass die Quote im **SAARLAND** immer noch deutlich

hinter denen der anderen Bundesländer liegt. Zu vermuten ist, dass der noch nicht abgeschlossene Strukturwandel im **SAARLAND** erhebliche Auswirkungen nicht nur auf die Arbeitswelt, sondern auch auf die private Lebensgestaltung hat. Auch könnten bestehende Unternehmenskulturen Väter noch davon abhalten, Elternzeit zu nehmen. Eine Kampagne zur Sensibilisierung der *saarländischen* Unternehmen sollte durch die Servicestelle Arbeiten und Leben im **SAARLAND** initiiert werden. Ferner könnte eine vertiefende Untersuchung dazu beitragen, die Ursachen für die geringe Nutzungsquote zu finden, sollte die Kampagne nicht die erhofften Wirkungen erzeugen.

Das Themenfeld Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wird in den nächsten Jahren stärker in das Blickfeld geraten. Daher empfiehlt es sich, die **Pflegestützpunkte** um diesen Beratungsaspekt zu erweitern.

Familien, die einen nahen Angehörigen zuhause pflegen und versorgen, stehen oft vor großen Herausforderungen. Vor allem dann, wenn noch Beruf und Familienleben hinzukommen. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf wurden zum 1. Januar 2015 das **Pflegezeitgesetz** und das **Familienpflegezeitgesetz** angepasst. Durch ein zinsloses Darlehen zur besseren Abfederung von Einkommensverlusten und durch die Möglichkeit zur beruflichen Freistellung von bis zu sechs Monaten und bei Kombination von Pflegezeit und Familienpflegezeit bis zu 24 Monaten, sollen Familien bei der Vereinbarkeit eine deutliche Erleichterung erfahren. Dieser rechtliche Anspruch besteht zwar, ist aber vielen Menschen nicht bekannt. Daher sollte mehr dafür geworben und diese Unterstützungsleistungen in Form einer entsprechenden Informations-Kampagne der breiten Öffentlichkeit nahegebracht werden.

Mit den Unternehmensverbänden und Kammern im **SAARLAND** sollte eine große gemeinsame „Vereinbarkeitsoffensive“ zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gestartet werden.

Auch im Rahmen des „Pflegepakts **SAARLAND**“ legt das **SAARLAND** einen Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Gerade in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen mit ihren schwierigen Arbeitsbedingungen soll das Bewusstsein für eine familienfreundlichere Arbeitswelt weiter gestärkt werden und zur Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung aller Beteiligten zu Beginn des Jahres 2017 führen.

9 BERATUNG UND UNTERSTÜTZUNG NIEDRIGSCHWEL- LIG GESTALTEN

Beratung und Unterstützung bilden eine wichtige Basis für die Menschen, die über nur geringe innerfamiliäre Netzwerke verfügen oder in Situationen geraten, in denen sie externe Unterstützung benötigen.

Insbesondere durch das Programm „**Frühe Hilfen**“ und „**Frühe Hilfen plus**“ gibt es im **SAARLAND** ein gutes Unterstützungssystem, damit das gesunde körperliche und seelische Aufwachsen von Kindern bestmöglich gefördert wird. Diese Programme sollten unbedingt fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

Wie bereits erwähnt scheint auch die **Erziehungsberatung** ein niedrigschwelliges Unterstützungsangebot mit Entwicklungspotential zu sein, welches im Sinne der Präventionsketten in Verbindung mit den Programmen „Frühe Hilfen“ und „Frühe Hilfen plus“ weiterentwickelt werden sollte.

Das **saarländische Schoolworker-Programm** bietet Kindern und Jugendlichen Unterstützung an einem Ort, an dem sie sich einen großen Teil ihres Lebens aufhalten. Dieses Arbeitsfeld hat daher großes Potential, nah an den Bedürfnissen der jungen Menschen ansetzen zu können. Gleichzeitig ist intendiert, dass sich durch dieses Programm die Angebote von Jugendhilfe und Schule verzahnen sollen. Eine Erweiterung des Angebots erscheint durchaus sinnvoll.

Für Menschen mit **Migrationshintergrund** bzw. Geflüchtete haben sich im **SAARLAND** eine Vielzahl von Angeboten etabliert. Es ist festzustellen, dass es ein enges Netz an Unterstützungsmöglichkeiten gibt, was eine gelingende Integration fördert. Wichtig erscheint, dass diese Angebote nun verstetigt und sinnvoll in die bestehenden Strukturen eingebunden werden. Möglicherweise benötigen die **saarländischen** Kommunen auch weiterhin landesseitige Unterstützung bei der Integration der Menschen mit Migrationshintergrund.

Der vorliegende Report hat die Lebenssituation von Menschen, deren Lebensentwürfe sich in Bezug auf ihr Geschlecht von denen der Mehrheit abheben, nicht untersucht. Dennoch ist anzunehmen, dass auch im **SAARLAND** Heterosexualität in vielen Köpfen nach wie vor als das Maß der Dinge angesehen wird. Noch immer gibt es Vorbehalte, Ängste und Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung, oft sogar physische und psychische Gewalt. Dem Abbau solcher Diskriminierungen sollte zukünftig begegnet werden. Das Engagement einzelner Vereine und Verbände für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt könnte im **SAARLAND** durch die Einrichtung eines runden Tisches deutlich gestärkt werden.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1 Bevölkerungsdichte in den Bundesländern im Jahr 2014 im Vergleich ...	10
Abbildung 2 Bevölkerungsdichte im SAARLAND im Jahr 2014.....	11
Abbildung 3 Bevölkerung nach Familienformen in Deutschland 2015	12
Abbildung 4 Bevölkerung in Familienformen im SAARLAND 2014.....	12
Abbildung 5 Alleinerziehendenquote im Zeitvergleich für Deutschland und das SAARLAND	13
Abbildung 6 Familien nach der Anzahl der minderjährigen Kindern in Deutschland, in den alten und neuen Bundesländern sowie im SAARLAND im Jahr 2015	14
Abbildung 7 Prozentualer Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund nach Bundesländern	15
Abbildung 8 Asylerst- und Folgeanträge im Jahr 2015 und zwischen Januar bis Juni 2016	16
Abbildung 9 Herkunftsländer der Asylsuchenden im SAARLAND im Jahr 2015.....	16
Abbildung 10 Anteil der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahre im Zeitverlauf	18
Abbildung 11 Überblick über Beratungsschwerpunkte sortiert nach Themenfeldern .	20
Abbildung 12 Wünsche an das Wohnumfeld nach Familien mit Kindern und Alleinerziehenden	27
Abbildung 13 Wünsche an das Wohnumfeld nach Familien ohne Kinder und Alleinstehende	27
Abbildung 14 Wünsche an das Wohnumfeld nach Seniorinnen und Senioren	27
Abbildung 15 Anzahl der PKWs gemessen an der Gesamtbevölkerung	31
Abbildung 16 Einschätzung des Wohnumfeldes: Verkehrsinfrastruktur nach Wohngegend (n=556-768), (Haushaltsbefragung).....	33
Abbildung 17 Arbeitslosenquote im Juli 2016 in den Landkreisen des SAARLANDS	36
Abbildung 19 Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im Bundesdurchschnitt	38
Abbildung 20 Einkunftsarten (n=844), (Haushaltsbefragung).....	40
Abbildung 21 Einkunftsarten nach Familiensituation (n=832), (Haushaltsbefragung)	40
Abbildung 22 Haushaltsnettoeinkommen nach Altersgruppen in Deutschland	41
Abbildung 23 Aussagen zum Thema Geld nach Familiensituation (n=731-767), (Haushaltsbefragung).....	42
Abbildung 24 Aussagen zum Thema Geld nach Familiensituation (n=731-767), (Haushaltsbefragung).....	42
Abbildung 25 Beeinträchtigungen in der Freizeitgestaltung aus finanziellen Gründen (n=218-767), (Haushaltsbefragung)	46
Abbildung 26 Gründe, nach Renteneintritt keiner entgeltlichen Beschäftigung nachzugehen (n=186-233), (Haushaltsbefragung)	48

Abbildung 27 <i>saarländischer</i> intergenerationeller Unterstützungskoeffizient (eigene Berechnung).....	52
Abbildung 28 Drei- und mehr-Generationenhaushalte nach Haushaltsmerkmalen, (Haushaltsbefragung).....	53
Abbildung 29 „Den Großteil meiner Freizeit verbringe ich mit meiner Familie.“ nach Zielgruppe „trifft voll zu/trifft eher zu“ (n=780), (Haushaltsbefragung)	53
Abbildung 30 Ausbau der generationenübergreifenden Freizeitangebote (Mehrgenerationenhäuser) (n=740), (Haushaltsbefragung).....	56
Abbildung 31 Ehrenamtliches Engagement nach Haushaltsmerkmalen (n=501-844), (Haushaltsbefragung).....	57
Abbildung 32 politische Unterstützung (n=768-784), (Haushaltsbefragung)	60
Abbildung 33 Maßnahmen zur Steigerung der Familienfreundlichkeit nach Zielgruppe (n=735-765), (Haushaltsbefragung).....	62
Abbildung 34 „Sollten Sie selbst einmal Pflege benötigen, inwieweit würden folgende Aussagen auf Ihre Situation zutreffen?“ (n=716-748), (Haushaltsbefragung).....	64
Abbildung 35 Bewertung von Einstellungsaussagen in ein modernes bzw. traditionelles Familienbild (n=539-811), (Haushaltsbefragung)	70
Abbildung 36 „Ich würde gern weniger Zeit aufwenden, für ...“(n=270), (Haushaltsbefragung).....	72
Abbildung 37 Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit „problemlos/eher gut vereinbaren“ und „kaum/gar nicht vereinbaren“ nach verschiedenen Haushaltsmerkmalen (n=51-499), (Haushaltsbefragung)	76
Abbildung 38 arbeitgeberseitige Unterstützungsmöglichkeiten bezogen auf Information und Nutzung von Angeboten (n=365-374), (Haushaltsbefragung)	78
Abbildung 39 arbeitgeberseitige Unterstützungsmöglichkeiten bezogen auf die Arbeitszeit (n=368-387), (Haushaltsbefragung)	80
Abbildung 40 Beratung/Unterstützung durch die eigene Familie bzw. Angehörige nach Familiensituation (n=274-358), (Haushaltsbefragung).....	91
Abbildung 41 Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (Quelle: Fendrich, Sandra; Pothmann, Jens; Tabel, Agathe. (2014). Monitor Hilfen zur Erziehung. Dortmund. (S.14).	97
Abbildung 42 Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen im SAARLAND	101
Abbildung 43 „In unserem Wohnumfeld gibt es genügend Beratungsstellen.“ (n=259-825), (Haushaltsbefragung)	102
Abbildung 44 Ausstattung mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten (nur Familien) (n=46-101), (Haushaltsbefragung)	102
Abbildung 45 Ausstattung mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten nach Migrationshintergrund (n=168-463), (Haushaltsbefragung)	105
Abbildung 46 Nutzung von Beratung zum Thema Pflege durch Haushalte mit zu pflegenden Angehörigen (n=182), (Haushaltsbefragung).....	109

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1 Kriterien für die Wahl des Wohnortes (Haushaltsbefragung).....	25
Tabelle 2 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Erwerbshaushalten im Saarland (Haushaltsbefragung)	37
Tabelle 3 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen pro Kopf im Saarland (Haushaltsbefragung).....	39
Tabelle 4 durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Familiensituation im Saarland (Haushaltsbefragung)	39
Tabelle 5 Engagement unterstützende Einrichtungen im Saarland.....	58
Tabelle 6 Kennzahlen zur Pflege in Deutschland und im Saarland.....	63
Tabelle 7 Bewertung der persönlichen Familiensituation mit Einteilung in ein modernes bzw. traditionelles Familienbild (Haushaltsbefragung).....	71
Tabelle 8 Betreuungsquoten der Kinder unter zwei Jahren und von drei bis unter fünf Jahren in Kindertagesbetreuungen im Jahr 2015 nach Bundesländern	85
Tabelle 9 Nutzung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen nach Familiensituation (Haushaltsbefragung)	103

LITERATURVERZEICHNIS

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II. Regionalkonferenzen 2014.

„Geteilte Verantwortung, gemeinsamer Nutzen“ -Dokumentation-. Berlin.

Alt, Christian; Hubert, Sandra; Steinberg, Hannah. (2015).

Auswirkungen des Ausbaus öffentlicher Kindertagesbetreuung für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr. Was ändert sich für potentielle Nutzer und überzeugte Nichtnutzer?, In: Walper, Sabine; Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas (Hrsg.). (2015). Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015, Mainburg: Pinsker Druck und Medien GmbH.

Amrhein, Volker; Schüler, Bernd. (2005).

Dialog der Generationen. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Aus: Politik und Zeitgeschichte. Generationengerechtigkeit. Bonn.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Hrsg.). (2014).

Ifb-Familienreport Bayern 2014. Zur Lage der Familie in Bayern. Schwerpunkt Familienfreundlichkeit in Bayern, München: Druckerei Schmerbeck GmbH.

Bien, Walter. (2009).

Netzwerk Familie. In: Deutsches Jugendinstitut e. V. Das Generationen-Geheimnis. Wie Jung und Alt den Wandel der Gesellschaft meistern können. München.

Bertelsmann Stiftung (2013).

Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten. Eine bundesweite Analyse am Beispiel der 100 einwohnerstärksten Städte.

Bertram, Hans; Deuflhard, Carolin. (2015).

Die überforderte Generation. Arbeit und Familie in der Wissensgesellschaft. Opladen, Berlin & Toronto.

Bundesagentur für Arbeit. (2016).

Immer auf dem Laufenden sein. Das bringt mich weiter. Nürnberg.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2016).

Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl. Nürnberg.

Bundesministerium des Inneren. (2011).

Demografiebericht. Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. (2013).

Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2016^a).

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2016. Niestetal.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2016^b).

Kindertagesbetreuung kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2015, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015^a).

Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). (2015^b).

Wo Menschen aller Generationen sich begegnen, Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2015^c).

Memorandum Familie und Arbeitswelt. Die NEUE Vereinbarkeit. Fortschrittsfelder. Herausforderungen. Leitsätze. Berlin: Sepio GmbH.

Bundesministerium für Familie, Senioren und Frauen. (2015^d).

Familienreport 2014 - Leistungen, Wirkungen und Trends. Niestetal.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2014).

Mehr Zeit für Familien – kommunale Familienzeitpolitik in Deutschland. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik. Ausgabe 33, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2013).

14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2012^a).

Familienatlas 2012. Regionale Chancen im demografischen Wandel.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.) (2012^b).

Generationenbeziehung – Herausforderungen und Potenziale. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2012^c).

Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht, Meckenheim.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2012^d).

Bundeskinderschutzgesetz. Der Inhalt in Kürze.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2011).

Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schulkindern. Niestetal.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Hrsg.). (2010).

Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009.

Cierpka, Manfred; Benz, Marisa; Doege, Daniela; Rudolf, Mariana. (2013).

Frühe Hilfen – Keiner fällt durchs Netz. Bilanzbericht. Projektlaufzeit 2007-2011. Saarbrücken.

DAK Gesundheit (Hrsg.). (2015).

Pflege-Report 2015. So pflegt Deutschland.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. (2016).

Zeit zu handeln. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016.

Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2016).

Altern im Wandel: Zwei Jahrzehnte Alterssurvey (DEAS).

Deutsches Zentrum für Altersfragen. (2010).

Familiale Generationenbeziehungen im Wandel. Berlin.

DIW Berlin. (Hrsg.). (2014).

Politikberatung kompakt. Vereinbarkeit von Beruf und Familie von Paaren mit nicht schulpflichtigen Kindern – unter spezifischer Berücksichtigung der Erwerbskonstellation beider Partner. In: Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016). Zukunftsreport Familie 2030.

Fendrich, Sandra; Pothmann, Jens; Tabel, Agathe. (2014).

Monitor Hilfen zur Erziehung. Dortmund.

Forsa. (2013).

Meinungen und Einstellungen der Väter in Deutschland. Berlin.

Görtz, Dr. Regina von; Janssen, Karl. (2014).

Analysen und Konzepte aus dem Programm „LebensWerte Kommune“. Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen“. Gütersloh.

Hans-Böckler Stiftung. (Hrsg.). (2014).

Zusammenfassung der Studie. Nachhaltige Effekte der Elterngeldnutzung durch Väter. Gleichstellungspolitische Auswirkungen der Inanspruchnahme von Elterngeldmonaten durch erwerbstätige Väter auf betrieblicher und partnerschaftlicher Ebene, Berlin.

Haumann, Dr. Wilhelm. (2014).

Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Berlin.

Institut für Demoskopie Allensbach. (Hrsg.). (2013^a).

Vorwerk Familienstudie 2013. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland. Bonn.

Institut für Demoskopie Allensbach. (2013^b).

Monitor Familienleben 2013. Einstellungen der Bevölkerung zur Familienpolitik und zur Familie. Berlin.

Institut für Psychosomatische Kooperationsforschung und Familientherapie. (2015).

Keiner fällt durchs Netz.

Klages, Helmut. (2014).

Entwicklungsperspektiven der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Bonn.

Koalitionsvertrag für die 15. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2012–2017).

Chancen nutzen. Zusammenhalt bewahren. Eigenständigkeit sichern.

Kompetenzbüro Wirksame Familienpolitik. (2016).

Zukunftsreport Familie 2030.

Krickel, Ursula; Lübking, Uwe. (2014).

Kommunale Impulse generationenübergreifender Arbeit. Hintergründe und Einblicke aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Deutscher Städte- und Gemeindebund. Berlin.

Lenze, Anne; Funke, Antje. (2016).

Alleinerziehende unter Druck. Rechtliche Rahmenbedingungen, finanzielle Lage und Reformbedarf.

Li, Xuan; Zerle-Elsässer, Claudia. (2015).

Können Väter alles unter einen Hut bringen? Das Vereinbarkeitsdilemma engagierter Väter. In: Walper, Sabine et. al. (Hrsg.). *Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunden aus dem DJI-Survey AID:A 2015.* AID:A, Mainburg: Pinsker Druck und Medien GmbH.

Lincke, Hans-Joachim. (2012).

Da war doch was! Profil, Programm und Perspektiven der Freiwilligendienste aller Generationen (FDaG). In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (2012): Informationsdienst Altersfragen, Heft 03 Mai/Juni 2012. Berlin.

Mahne, Katharina, Wolff, Julia K., Simonson, Julia, Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.). (2016).

Alter im Wandel. Zwei Jahrzehnte deutscher Alterssurvey (DEAS).

Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.). (2015).

Familie. Familienbericht Nordrhein-Westfalen. Familie gestalten Zukunft, Geldern: JVA Druck und Medien.

Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten. (2011).

Der Ratshelfer. Gesetzestexte für kommunale Mandatsträger. Saarbrücken.

Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales. (1996).

Landesaltenplan. Fortschreibung 1996. Souverän älter werden. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^a).

Kommunale barrierefreie Projekte. Inklusive Projekte ebnen den Weg in die inklusive Gesellschaft.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^b).

Richtlinie zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen der Flüchtlingshilfe und im Sozialbereich im Saarland für die Jahre 2016/2017.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2016^c).

Pflegemedaille des Saarlandes. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. (2016^d).

Flüchtlingsatlas. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2015^a).

Erster Armuts- und Reichtumsbericht für das Saarland.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (2015^b).

Unser Saarland – unsere Zukunft – unsere Familien. Familienfreundliches Saarland 4.0.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. (2015^c).

„Saarland inklusiv – unser Land für Alle“ – Teilhabe gemeinsam gestalten. 10 Punkte für eine zukunftsorientierte und moderne Behindertenpolitik. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2013).

Aktionsplan zur Armutsbekämpfung im Saarland. Bestandsaufnahme und Handlungsperspektiven der Landesregierung.

Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales. (2007).

Landesseniorenplan Teil I. Fortschreibung 2007. Ältere Menschen im Saarland: Potenziale älterer Menschen entdecken – Generationen-Miteinander fördern. Saarbrücken.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (2012).

Ältere Menschen im Saarland. Landesseniorenplan/Dritter Teil. Saarbrücken.

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr. (2016).

Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung. Arbeitsprogramm 2016.

Morgenstern, Ines. (2014).

Abschlussbericht zur Evaluation der Schulsozialarbeit in Sachsen. Jena.

Müller, Heinz; Grossart, Anne; Baas, Stephan; Dittmann, Eva; Schwamb, Nicole. (2014).

Vierter Kinder- und Jugendbericht für das Saarland. Mainz.

Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans. (2011).

Handbuch Soziale Arbeit. 4. Auflage.

Prognos AG. (2014).

Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland.

Prognos AG. (2011).

Bilanz der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen. Basel.

Reinecke, Meike; Staats, Melanie; Jablonski, Nina; Henkel, Anna Iris. (2012).

Mehrgenerationenarbeit – Lokale Infrastruktur für alle Generationen: Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (2012): Informationsdienst Altersfragen, Heft 03 Mai/Juni 2012. Berlin.

Renner, Ilona. (2012).

Wirkungsevaluation „Keiner fällt durchs Netz“. Ein Modellprojekt des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen. Köln.

Richter-Kornweitz, Antje; Utermark, Kerstin. (2013).

Werkbuch Präventionskette. Herausforderung und Chancen beim Aufbau von Präventionsketten in Kommunen. Hannover.

Schäffer, Erik; Heß, Christina; Grün, Christoph. (2015).

Landesprogramm zur Förderung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule „Schoolworker“. Jahresbericht 2014 der Wissenschaftlichen Begleitung.

Setz, Helga. (2014).

Pflegestützpunkt im Landkreis St. Wendel. Der saarländische Weg zu einer sozialen Innovation in einer älter werdenden Gesellschaft. St. Wendel.

Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens. (2016).

Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Tabellenanhang. Berlin.

Speck, Karsten. (2009).

Schulsozialarbeit. Eine Einführung. 2. Auflage.

Statistisches Bundesamt. (2017).

Verkehr. Verkehr aktuell. Fachserie 8 Reihe 1.1.

Statistisches Amt Saarland. (2016^a).

Saarland Heute. Statistische Kurzinformationen, Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland. (2016^b).

Fortgeschriebener Bevölkerungsstand am Jahresende 1926 bis 2015.

Statistisches Amt Saarland. (2015^a).

Statistische Berichte. Bevölkerungsentwicklung im 3. Vierteljahr 2014. Bevölkerungsstand am 30. September 2014, Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland. (2015^b).

Statistische Berichte. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Haushalte und Familien im Saarland 2014. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland (2015^c).

Fläche, Bevölkerung in den Gemeinden am 31.12.2014 nach Geschlecht, Einwohner je km² und Anteil an der Gesamtbevölkerung (Basis Zensus 2011). Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland. (2015^d).

Schwerbehinderte im Saarland am 31. Dezember 2013. Saarbrücken.

Statistisches Amt Saarland. (2015^e).

Statistische Bericht. Die Entwicklung der Bevölkerung im Saarland 2014 bis 2060.

Statistisches Amt Saarland. (2013).

Ambulante Pflegedienste im Saarland – Stationäre Pflegeeinrichtungen im Saarland – Leistungsempfänger im Saarland.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016^a).

Statistik der Tageseinrichtungen für Kinder, Tageseinrichtungen für Kinder. Wiesbaden.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016^b).

Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren (79) – Stichtag 31.12. – regionale Ebenen. Düsseldorf.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2014).

Zensus 2011. Seniorinnen und Senioren in Deutschland, Hamburg.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2014^a).

Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen – regionale Ebenen. Düsseldorf.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014^b).

Bevölkerungsstand: Bevölkerung nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen – regionale Ebenen. Düsseldorf.

Statistisches Bundesamt. (2017).

Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl je Frau), Bundesländer. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2016^a).

Lebendgeborene: Bundesländer, Jahre, Geschlecht. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2016^b).

Familien und Familienmitglieder mit minderjährigen Kindern in der Familie. Nach Bundesländern im Jahr 2015. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2016^c).

Wirtschaftsrechnungen. Laufende Wirtschaftsrechnungen. Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte.

Statistisches Bundesamt. (2016^d).

Fachserie 16 Reihe 2.1 Verdienste und Arbeitskosten. Arbeitnehmerverdienste. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2016^e).

Sozialleistungen. Schwerbehinderte Menschen 2013. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2015^a).

Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte Gebietsstand: 31.12.2014. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2015^b).

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus. Saarbrücken.

Statistisches Bundesamt. (2015^c).

13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2015^d).

Wohnkosten betragen mehr als ein Drittel des privaten Konsums. Pressemitteilung vom 10. September 2015.

Statistisches Bundesamt (2015^e).

Pflegestatistik 2013. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung Deutschlandergebnisse. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2015^f).

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege. Stichtag 1. März. 2015.

Statistisches Bundesamt. (2015^g).

Eheschließungen: Bundesländer, Jahre. Statistik der Eheschließungen.

Statistisches Bundesamt. (2015^h).

Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.

Statistisches Bundesamt. (2015ⁱ).

Die Generation 65+ in Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2015^j).

Verkehrsunfälle. Unfälle von Senioren im Straßenverkehr.

Statistisches Bundesamt. (2013^a).

Fachserie 1 Reihe 2.2 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt. (2013^b).

Unfälle von Senioren im Straßenverkehr 2012.

Statistisches Bundesamt. (2013^c).

Beteiligte und Verunglückte.

Statistisches Bundesamt. (2013^d).

Pflegestatistik – ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen.

Statistik-Portal. (2014).

Zusammengefasste Geburtenziffer - Anzahl der Kinder pro Frau in Deutschland nach Bundesländern (Stand 2014).

Stiftung für Zukunftsfragen. (2016).

Freizeitmonitor 2016.

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (2014^a).

1. Thüringer Seniorenbericht.

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. (Hrsg.). (2014^b).

2. Thüringer Familienbericht. Familienfreundliches Thüringen mit den Ergebnissen einer Repräsentativbefragung. Erfurt.

TNS Infratest Sozialforschung. (2011).

Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. München.

Tölke, Angelika. (2015).

Ein weiteres Kind. Wunsch und Realisierung einer Familienerweiterung, In: Walper, Sabine Bien, Walter; Rauschenbach. (Hrsg.). Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunden aus dem DJI-Survey AID:A 2015. AID:A, Mainburg: Pinsker Druck und Medien GmbH.

Verband der Sparda-Banken. (2014).

Sparda-Studie. Wohnen in Deutschland. Bundesweite Studie.

vbw Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (2012).

Studie Pflegelandschaft 2030.

Walper, Sabine; Bien, Walter; Rauschenbach, Thomas. (2015).

Aufwachsen in Deutschland heute. Erste Befunde aus dem DJI-Survey AID:A 2015.

Wiesner, Reinhard. (2011).

SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. Kommentar. München.

Wippermann, Carsten. (2011).

Zeit für Wiedereinstieg – Potentiale und Perspektiven. Berlin.

Zeckra, Christoph; Amrhein, Uwe; Sittler, Loring. (2015).

Generali Engagementatlas 2015. Köln.

Zentrum für Qualität in der Pflege „ZQP“. (2015).

Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege kommen nicht an. Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativbefragung.

Internetquellen

AhA – Agenturen für haushaltsnahe Dienstleistungen.

<http://www.saarland.de/SID-618AD00A-04F4707D/1950.htm>

(zuletzt aufgerufen am 23.09.2016.)

Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. (2016). Die UN-Behindertenrechtskonvention.

http://www.behindertenbeauftragte.de/DE/Koordinierungsstelle/UNKonvention/UNKonvention_node.html.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Bfw- Unternehmen für Bildung. (2016).

Servicestelle Kinderbetreuung und Kindertagespflege.

<https://www.service-kinderbetreuung.de/>

(zuletzt aufgerufen am 22.09.2016).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2015). Das Bundeskinderschutzgesetz.

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=119832.html>

(zuletzt aufgerufen am 25.08.2016).

Das Virtuelle Mehrgenerationenhaus

<http://www.onlinerlandsaar.de/virtuelles-mehrgenerationenhaus/>

(zuletzt aufgerufen am 20.09.2016).

Diakonisches Werk an der Saar . Projekt „Wir bleiben daheim!“

[http://diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=7152&parent_id=7124.](http://diakonisches-werk-saar.de/index.php?content_id=7152&parent_id=7124)

(zuletzt aufgerufen am 23.09.2016)

Förderverein Patenschaften Aktiv e. V. Aktivpaten.

[http://aktivpaten.de/vermittlungen-in-ihrer-nahe/.](http://aktivpaten.de/vermittlungen-in-ihrer-nahe/)

(zuletzt aufgerufen am 02.09.2016).

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art. 6 Abs. 2.

<https://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>

(zuletzt aufgerufen am 25.08.2016).

Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft e. V. Das Demografie Netzwerk Saar (DNS).

[http://www.demografie-netzwerk-saar.de/.](http://www.demografie-netzwerk-saar.de/)

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Landespolizeipräsidium. Seniorensicherheitsberater.

<http://www.saarland.de/10495.htm>

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017)

Landtag des Saarlandes (2015). Drucksache 15/1285.

https://www.landtag-saar.de/Drucksache/Aw15_1285.pdf

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017)

Landesjugendring Saar. Jugendserver-saar.de.

<http://www.jugendserver-saar.de/?id=273>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Liste der Mehrgenerationenhäuser (Juni 2016)

<https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/mehrgenerationenhaeuser/haeusersuche/>.

(zuletzt aufgerufen am 20.09.2016).

Ministerium der Justiz. §4 Förderung von Pflegestützpunkten.

http://sl.juris.de/cgi-bin/landesrecht.py?d=http://sl.juris.de/sl/gesamt/PflEinrG_SL_2009.htm.

(zuletzt aufgerufen am 14.10.2016).

Ministerium für Inneres und Sport im Saarland. Dorfgespräche – Bürgerbeteiligungen.

<http://www.saarland.de/5114.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Landesinstitut für Präventives Handeln.

<http://www.saarland.de/SID-4F2C1C3B-69E2DD20/63941.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 14.10.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. WOHNEN IN DEN EIGENEN VIER WÄNDEN.

http://www.saarland.de/dokumente/thema_soziales/Wohnen_in_den_eigenen_vier_Waenden_2014.pdf

(zuletzt aufgerufen am 20.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Förderung der behindertengerechten Anpassung vorhandenen Wohnraums im Falle der Pflegebedürftigkeit oder bei außergewöhnlicher Gehbehinderung.

[http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Al1-vj-Grafik_Internet_\(1\).pdf](http://www.saarland.de/dokumente/thema_statistik/Al1-vj-Grafik_Internet_(1).pdf) (zuletzt aufgerufen am 22.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Fördermaßnahme für Städte und Gemeinden „Alt und Jung – Gemein geht’s besser“.

<http://www.saarland.de/110651.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. FreD Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten.

<http://www.saarland.de/fred.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 14.10.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Erfolgreiches Partizipationsprojekt DingDeinDorf – Landesjugendring übergibt Landesergebnisse an Familienminister Storm.

http://www.saarland.de/6767_107588.htm.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Saarlandes. Leitlinien saarländischer Seniorenpolitik.

<http://www.seniorenbeirat-saarland.de/index.php?id=10>.

(zuletzt aufgerufen am 02.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Landesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen Seniorenbeiräte.

<http://www.seniorenbeirat-saarland.de/index.php?id=9>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. HaLT – Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen.

http://www.das-saarland-lebt-gesund.de/projekte/projekt-halt_alkoholpraevention_bei_kindern_und_jugendlichen.

(zuletzt aufgerufen am 14.10.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Das Saarland lebt gesund.

http://www.das-saarland-lebt-gesund.de/das_saarland_lebt_gesund.

(zuletzt aufgerufen am 13.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Das Saarland hilft.

<https://www.das-saarland-hilft.de/>

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Der Familienhelfer: Ratgeber für Familien im Saarland.

<http://www.saarland.de/108370.htm>

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Schaubild Beratungsstruktur für Flüchtlinge und Asylsuchende im Saarland.

http://www.saarland.de/dokumente/thema_soziales/Beratungsstruktur_im_Saarland_Schaubild.pdf

(zuletzt aufgerufen am 16.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Integrations- und Migrationslotsen.

<http://www.saarland.de/123180.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 16.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Landesintegrationsbegleitung (LIB) – Fachdienste der „nachholenden Integration“.

<http://www.saarland.de/123437.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 16.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Frühförderung und Frühförderstellen im Saarland.

<http://www.saarland.de/SID-9C05D2C4-11036302/73513.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Modellprojekt „Frühförderung PLUS“.

<http://www.saarland.de/92466.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Arbeitsstellen für Integrationspädagogik/Integrationshilfen.

<http://www.saarland.de/73514.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie im Saarland. Landesgütesiegel „Familienfreundliche Kommune“.

<http://www.saarland.de/139329.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 03.02.2017).

Pflegestützpunkte im Saarland. Termine und Veranstaltungen.

<https://www.psp-saar.net/termine-veranstaltungen>

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

Saarländische Landesstelle für Suchtfragen. Beratungsstellen der Wohlfahrtspflege im Saarland.

<http://landesstelle-sucht-saarland.de/>

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung. (1994). §7a Pflegeberatung.

https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_11/__7a.html

(zuletzt aufgerufen am 25.08.2015).

Sozialgesetzbuch – Elftes Buch – Soziale Pflegeversicherung. (1994). §7c Pflegestützpunkte.

https://www.gesetze-im-internet.de/sgeb_11/__7c.html

(zuletzt aufgerufen am 25.08.2015).

Staatskanzlei Saarland. Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer zeichnet Projektträger der 6. Runde von „Saarland zum Selbermachen“ aus. Weitere 19 Projekte erhalten ebenfalls Förderung.

<http://www.saarland.de/211741.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Staatskanzlei Saarland. Ehrenamtskarte.

<http://www.saarland.de/98403.htm>.

(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Stadt Friedrichshafen. Konzept und Kriterienkatalog „Kinder- und familienfreundliches Friedrichshafen“

https://www.friedrichshafen.de/fileadmin/user_upload/images_fn/Bildung_Erziehung/Kinderbetreuung/DL/Kriterienkatalog_kinder-_und_familienfreundliches_FN.pdf

(zuletzt aufgerufen am 22.09.2016).

Stadt Wiesbaden. Familienfreundliche Stadtplanung.

<https://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/familien/content/familienfreundliche-stadtplanung.php>;

(zuletzt aufgerufen am 22.09.2016).

Statistisches Bundesamt. Betreuungsquote 2015.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Kindertagesbetreuung/Tabellen/Tabellen_Betreuungsquote.html

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

Statistisches Bundesamt (2016^b). Familien und Familienmitglieder mit minderjährigen Kindern in der Familie. Nach Bundesländern im Jahr 2015.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/Tabellen/2_2_Familien_Bundeslaender.html

(zuletzt aufgerufen am 22.09.2016)

Statistisches Bundesamt. Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html>

(zuletzt aufgerufen am 31.01.2017).

Statistisches Bundesamt. Wohnen.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Tabellen/AnteilWohnkostenHHeinkommen_SILC.html

(zuletzt aufgerufen am 12.09.2016)

Statistisches Bundesamt. Wohnkosten.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Wohnen/Aktuell_EU_SILC.html

(zuletzt aufgerufen am 03.09.2016)

Statistisches Bundesamt (2016). Pflegebedürftige (absolut, je 100.000 Einwohner, in Prozent). Bonn.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Gesundheit/Pflege/Tabellen/PflegebeduerftigePflegestufe.html>

(zuletzt aufgerufen am 20.08.2015).

Statistisches Bundesamt. Pressemitteilung Nr. 345 vom 28.09.2016.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/09/PD16_345_225.html;jsessionid=90D77BD6F654669A7C716CC2ECFD9FBC.cae3

(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

Statistisches Bundesamt (2009–2015). Statistiken zum Elterngeld. Gemeldete beendetete Leistungsbezüge, Wiesbaden.

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Elterngeld/Elterngeld.html>
(zuletzt aufgerufen am 23.08.2015).

Statistik-Portal. Zusammengefasste Geburtenziffer - Anzahl der Kinder pro Frau in Deutschland nach Bundesländern (Stand 2014)

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/76262/umfrage/geburtenziffer---anzahl-der-kinder-pro-frau-2007-und-2008/>
(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Statistisches Bundesamt. (2015). Anstieg der Geburtenziffer 2014 auf 1,47 Kinder je Frau. Pressemitteilung vom 16. Dezember 2015.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/12/PD15_468_126pdf.pdf?__blob=publicationFile
(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Statistisches Bundesamt (2015). Pressemitteilung vom 26. August 2015 – 309/15.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_309_63911pdf.pdf?__blob=publicationFile
(zuletzt aufgerufen am 19.09.2016).

Statistisches Landesamt (2016). Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege, Pädagogisches, Leitung- und Verwaltungspersonal. Wiesbaden.

<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/data;jsessionid=0C86A7BE4C2CABD6400412367B568FE0?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=473-44-4&levelindex=1&levelid=1472146182719&index=1>
(zuletzt aufgerufen am 25.08.2015).

Zentrum für Qualität in der Pflege „ZQP“. Pflegeberatung auf einen Blick.

<https://www.zqp.de/pflegeberatung-auf-einen-blick/>
(zuletzt aufgerufen am 02.02.2017).

ANLAGEN

Anlage 1: Ergebnisbericht der Haushaltsbefragung

Anlage 2: Dialogkonferenzen